

# Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Jürgen W. Falter/Siegfried Schumann

Methodische Probleme von Wahlforschung  
und Wahlprognose

Hans-Jürgen Hoffmann/Ursula Feist

Die Europawahl 1989 – eine klassische Nebenwahl?

Peter Gluchowski/Wolfgang Staudt/Ulrich von Wilamowitz-Moellendorf

Die dritten Direktwahlen zum Europäischen  
Parlament in der Bundesrepublik Deutschland

Hermann Schmitt

Was war „europäisch“  
am Europawahlverhalten der Deutschen?

B 43/89

20. Oktober 1989

Jürgen W. Falter, Dr. rer. pol., geb. 1944; Professor für Politikwissenschaft und Vergleichende Faschismusforschung an der Freien Universität Berlin.

Zahlreiche Veröffentlichungen zu den Themenbereichen Empirische Wahlforschung, Methodologie der Sozialwissenschaften sowie Historische Wahlforschung.

Siegfried Schumann, Dr. phil., geb. 1957; Mitarbeiter am DFG-Projekt „Wahlverhalten“; 1984–1988 wiss. Mitarbeiter an der Freien Universität Berlin, Zentralinstitut für Sozialwissenschaftliche Forschung.

Veröffentlichungen u. a.: Wahlverhalten und Persönlichkeit, Opladen 1989; Politische Einstellungen und Persönlichkeit. Ein Bericht über empirische Forschungsergebnisse, Frankfurt u. a. 1986.

Hans-Jürgen Hoffmann, M. A., geb. 1953; Leiter des Bereichs Politikforschung bei infas, Institut für angewandte Sozialwissenschaft, Bonn.

Veröffentlichungen: Politogramme infas-Report Wahlen; Beiträge zur Analyse von Landtags- und Bundestagswahlen.

Ursula Feist, Diplom-Psychologin; Leiterin der Abteilung Wahlforschung bei infas, Institut für angewandte Sozialwissenschaft, Bonn.

Veröffentlichungen: Analysen zu Bundestags- und Landtagswahlen, zum Wandel des Parteiensystems, zu Parteimitgliedern und Partieliten, zum Einfluß des Fernsehens auf das Wahlverhalten.

Peter Gluchowski, Diplom-Kaufmann, geb. 1942; Leiter des Forschungsbereichs Empirische Sozialforschung des Forschungsinstituts der Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin.

Veröffentlichungen auf den Gebieten der Wahl- und Einstellungsforschung sowie der Lebensstil-Forschung.

Wolfgang Staudt, Diplom-Volkswirt, geb. 1946; wissenschaftlicher Mitarbeiter im Forschungsbereich Empirische Sozialforschung des Forschungsinstituts der Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin.

Ulrich von Wilamowitz-Moellendorff, Dr. agr., geb. 1952; wissenschaftlicher Mitarbeiter im Forschungsbereich Empirische Sozialforschung des Forschungsinstituts der Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin.

Veröffentlichungen in den Bereichen Abweichendes Verhalten, Stadt- und Regionalforschung.

Hermann Schmitt, Dr. sc. pol., geb. 1952; Leiter (zusammen mit Oskar Niedermayer) des Zentrums für Europäische Umfrageanalysen und Studien (ZEUS) an der Universität Mannheim.

Veröffentlichungen u. a.: Neue Politik in alten Parteien, Opladen 1987; (Mitherausgeber und Autor) Neumitglieder in der SPD, Neustadt 1987.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion: Rüdiger Thomas (verantwortlich), Dr. Ludwig Watzal, Dr. Klaus W. Wippermann, Dr. Heinz Ulrich Brinkmann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62–65, 5500 Trier, Tel. 06 51/46 04 186, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer;
- Bestellungen von gebundenen Bänden der Jahrgänge 1984, 1985, 1986, 1987 und 1988 zum Preis von DM 25,— pro Jahrgang (einschl. Mehrwertsteuer) zuzügl. Versandkosten.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

# Methodische Probleme von Wahlforschung und Wahlprognose

## I. Der Wahlabend in ARD und ZDF

Sobald an einem beliebigen Wahlabend die Wahllokale schließen, spielt sich in schöner Regelmäßigkeit das gleiche Fernsehspektakel ab: Eine Minute nach Schließung der Wahllokale treten in ARD und ZDF die Meinungsforschungsinstitute mit einer Wahlprognose vor die Fernsehöffentlichkeit, in der häufig recht genau das Wahlergebnis vorausgesagt wird. Eine Viertelstunde danach wird es ernst: Erste Trendmeldungen laufen über die Kanäle, ohne Gewähr, aber doch schon dem Wahlergebnis häufig ziemlich nahe kommend. Weitere zehn Minuten später die ersten „echten“ Hochrechnungen, zunächst noch auf statistisch recht dünner und darum ziemlich unsicherer, bald aber schon immer breiter Basis. Nur in Ausnahmefällen, bei einem Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen den großen Parteien oder wenn eine der kleineren Parteien die Fünf-Prozent-Marke streift, bleibt der Abend auch über die Sieben-Uhr-Nachrichten hinaus noch spannend. Wo dies nicht der Fall ist, erfährt man weniger als eine Stunde nach der Wahl schon sehr genau die endgültige Kräfteverteilung zwischen den Parteien, weiß man, ob es die FDP noch einmal geschafft hat, ob die Union die stärkste Partei geblieben ist, ob die GRÜNEN zusammen mit der SPD eine Koalition bilden könnten und wie die Parteien des rechten und linken Rands abgeschnitten haben. Erste Wahlkommentare werden gesprochen, INFAS<sup>1)</sup> legt seine Wählerstromanalyse (in der ARD) vor, das Wahlergebnis wird auf seine sozialstrukturellen Merkmale hin analysiert, das Abschneiden der Parteien in Zusammenhang mit der Beliebtheit ihrer Spitzenkandidaten und den ihnen zugeschriebenen Fähigkeiten gebracht; schließlich kann, gerade zwei Stunden nach der Wahl, während die Auszählung der Stimmen noch in vollem Gange ist, die „Elefantenrunde“ aus den Vorsitzenden der Bundestagsparteien mit der politischen Kommentierung des Wahlergebnisses beginnen. Kurz danach werden die ersten Wahlkreisresultate

ausgestrahlt. Wenn dann, meist so gegen 23 Uhr, vom Bundeswahlleiter das vorläufige amtliche Endergebnis verkündet wird, interessiert das im allgemeinen kaum noch jemanden, da sich seit den ersten stabilisierten Hochrechnungen allenfalls noch die Stellen hinter dem Komma der Wahlergebnisse verändert haben. Am Montag und Dienstag nach der Wahl schieben dann INFAS und die Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim, ihre zusammenfassenden Analysen für die Presse nach; ein gutes Vierteljahr später publizieren Mitarbeiter beider Institute und einige besonders flinke akademische Wahlforscher schließlich die ersten wissenschaftlichen Wahlanalysen; und nochmals drei Jahre später wird eine detaillierte Analyse der Bundestagswahl in Buchform veröffentlicht. Das aber interessiert dann meist nur noch die Wahl- und Parteienforscher selbst und schon längst nicht mehr die außerwissenschaftliche Öffentlichkeit.

Nur den wenigsten Fernsehzuschauern dürfte klar sein, was sich aus der Sicht der Wahlforschung am Wahlabend genau abspielt, wie die Aussagekraft der einzelnen Verfahren zu bewerten ist, worauf die Wahlvoraussagen direkt nach Schließung der Wahllokale basieren, und worauf die Hochrechnungen, Wählerstrom- und Sozialstrukturanalysen oder die namentlich von Politikern, aber auch vielen Journalisten geäußerten Vermutungen über Wählerwille und -motivation. Den meisten dürfte unbekannt sein, daß sich hinter dem Medienspektakel und der Show der Moderatoren und Politprofis ein sorgsam ausgetüfteltes wissenschaftliches Instrumentarium verbirgt, das so oder doch in ganz ähnlicher Form in den meisten westlichen (Fernseh-) Demokratien an Wahlabenden zum Einsatz kommt. Der Artikel wird sich im folgenden, an die Abfolge eines Fernsehwahlabends angelehnt, mit einzelnen methodischen Aspekten von Wahlforschung und Wahlprognose beschäftigen, um damit einen Blick hinter die Kulissen der Wahlberichterstattung und Wahlkommentierung zu werfen.

<sup>1)</sup> Institut für angewandte Sozialwissenschaft, Bonn.

## II. Wahlprognosen und Hochrechnungen

Unproblematisch sind die Ergebnisse der Wahlforschung keineswegs. In ganz besonderem Maße gilt dies für die Voraussage von Wahlresultaten aufgrund von Umfragen, wie die nachstehenden, dem SPIEGEL entnommenen Zitate illustrieren. So hieß es im Zusammenhang mit der Berliner Abgeordnetenhauswahl vom Januar 1989, die bekanntlich der SPD und der Alternativen Liste eine Mehrheit der Mandate (wenn auch nicht der abgegebenen Stimmen, wie manchmal zu lesen steht) einbrachte: „Einen Regierungswechsel . . . brauchen Christ- und Freidemokraten nach Meinung der Demoskopen nicht zu befürchten . . . Eine Infas-Umfrage verheißt der Koalitionsregierung aus CDU und FDP zusammen 52 Prozent der Stimmen.“<sup>2)</sup> Tatsächlich wurden es dann nur knapp 42 Prozent. Mit einem Einzug der Republikaner ins Abgeordnetenhaus hatte kaum jemand ernsthaft gerechnet, ebensowenig damit, daß die FDP an der Fünf-Prozent-Hürde scheitern würde.

Daß es sich dabei um keinen einmaligen Ausreißer handelt, beweisen ähnliche Fehlprognosen aus anderen Zeitabschnitten und Ländern. So waren sich 1948 — in der Frühphase der Umfrageforschung — praktisch sämtliche amerikanischen Umfrageinstitute darüber einig, daß nicht der Kandidat der Demokratischen Partei und spätere tatsächliche Wahlsieger, Harry Truman, sondern sein republikanischer Herausforderer Dewey die amerikanische Präsidentschaftswahl gewinnen würde. 1970 lagen die meisten englischen Meinungsforscher mit ihrer Prognose, der amtierende Labour-Premierminister, Harold Wilson, würde die Unterhauswahl mit klarem Vorsprung gewinnen, meilenweit vom tatsächlichen Wahlergebnis entfernt — Labour verlor die Wahl überraschend deutlich und der Konservative Edward Heath wurde an Stelle von Wilson britischer Premier. Die damalige Fehlprognose wurde weltweit als Fiasko der Meinungsforschung interpretiert. Bei anderen Wahlen dagegen kamen die Demoskopen mit ihren Voraussagen so nahe an das endgültige Wahlergebnis heran, daß sie trotz aller immer wieder einmal auftretenden Fehlprognosen ihren Ruf im Laufe der Jahre zu konsolidieren vermochten. Ähnlich wie die gegen krasse Vorhersagefehler ebenfalls nicht gefeierten Metereologen gelten die Meinungsforschungsinstitute bei Politikern, Parteien, Massenmedien und der Werbewirtschaft längst als ebenso unverzichtbare Dienstleistungsunternehmen wie etwa der Deutsche Wetterdienst in Offenbach.

<sup>2)</sup> Der Spiegel vom 16. Januar 1989, S. 25.

### 1. Wie kommen Wahlprognosen zustande?

Umso wichtiger ist es danach zu fragen, wie sicher Wahlprognosen denn überhaupt sein können. Kann die Meinungsforschung tatsächlich das leisten, was ihre Auftraggeber (unter anderem) von ihr erwarten, nämlich Wahlergebnisse möglichst bis auf die Stelle hinter dem Komma genau vorauszusagen? Oder werden nicht viel eher Stimmungen gemessen, die dann häufig fälschlich als Verhaltensabsichten interpretiert werden? Um diese Fragen beantworten zu können ist es zuerst notwendig zu klären, wie überhaupt Wahlprognosen zustande kommen.

Aufgabe von Wahlprognosen ist es, möglichst genau vorauszusagen, mit welchem Wahlergebnis zu rechnen ist. Dies erreicht man gewöhnlich, indem man die Wähler danach fragt, für welche Partei sie sich entscheiden würden, falls demnächst Bundestags-, Landtags- oder Europawahlen wären. Diese Frage wird entweder in Form der „Sonntagsfrage“ („Welche Partei würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre?“) oder einer Wahlsimulation, bei der die Befragten ähnlich wie im Wahllokal selbst einen Stimmzettel mit Erst- und Zweitstimme ausfüllen, gestellt. Da eine Vollerhebung (die Befragung aller Wähler) viel zu teuer und umständlich wäre, begnügt man sich damit, einer Stichprobe (also einer relativ kleinen Zahl von Wählern) diese Frage (zusammen mit einer ganzen Reihe weiterer Fragen über ihre Einstellungen, politischen Vorlieben und Abneigungen und ihre persönlichen Daten) vorzulegen.

Im allgemeinen werden bei politischen Meinungsumfragen zwischen 1 000 und 2 000 Personen befragt. Aus den Antworten der Stichprobe schließt man auf das Verhalten der Grundgesamtheit aller Wähler. Vielen ist nicht klar, wie man aus den Antworten von nur 1 000 Befragten (manchmal sind es sogar noch weniger) einigermaßen stichhaltige Informationen über das Verhalten von über 45 Millionen Wahlberechtigten gewinnen kann. Man benötigt für bundesweite Wahlen nicht viel mehr Befragte als beispielsweise für Landtags- oder gar Kommunalwahlen: „Die Genauigkeit von Stichprobenerhebungen hängt . . . nicht von dem Prozentsatz der Grundgesamtheit ab, der befragt wurde, sondern von der absoluten Zahl der Befragten.“<sup>3)</sup> Da die notwendige Stichprobengröße mit der Größe der Grundgesamtheit nur sehr wenig zu tun

<sup>3)</sup> Elisabeth Noelle, Umfragen in der Massengesellschaft. Einführung in die Methoden der Demoskopie, Reimbek 1963 (inzwischen teilweise veraltet, aber immer noch informativ und leicht verständlich).

hat, benötigt man für eine Umfrage in der Schweiz beispielsweise kaum weniger Befragte als für die bevölkerungsmäßig rund fünfunddreißig mal größere USA.

Folgendermaßen wird dabei vorgegangen:

1. Die in eine Stichprobe hineinkommenden Personen werden in der Bundesrepublik wie in allen Flächenstaaten mit Hilfe eines mehrstufigen Auswahlverfahrens ermittelt. Zunächst werden, zumeist in einem zweistufigen Auswahlprozeß, die Befragungsgemeinden oder -punkte bestimmt. Innerhalb der Befragungsgemeinden werden dann — anhand recht unterschiedlicher Techniken — die Befragten selbst ermittelt. Das sozusagen klassische, heute aber wegen administrativer Probleme (Datenschutz, Ungenauigkeit der Einwohnermeldekartei) nur noch selten eingesetzte Verfahren ist die *Adressenstichprobe*, wonach in den Erhebungsgemeinden aus der lokalen Einwohnermeldekartei anhand von Zufallszahlen oder eines systematischen Schlüssels die Namen und Adressen der Befragten gezogen werden, mit denen dann die Interviewer Kontakt aufzunehmen versuchen. Sehr viel häufiger angewandt werden heute zwei andere Auswahlverfahren: Zum einen ist das der sogenannte *Random Walk* (also Zufallsweg), bei dem anhand genauer formaler Wegstreckenvorgaben („gehe vom Ausgangspunkt in die zweite Straße links, dort auf die gegenüberliegende Straßenseite, betrete das dritte Haus von der Ecke, gehe in den obersten Stock, nimm dort die linke Wohnung und frage nach dem Haushaltsvorstand . . .“) zunächst in einer Gemeinde die Haushalte, innerhalb derer befragt werden soll, und danach die zu befragenden Personen ermittelt werden. Zum anderen handelt es sich um das sogenannte *Quotenverfahren*, bei dem der Interviewer keine Adressen in die Hand bekommt, sondern Angaben über bestimmte Merkmale der von ihm zu befragenden Personen (drei Frauen, vier Männer; vier Personen über 35 Jahre, davon zwei weiblich; drei Personen unter 35 Jahre etc.); anhand dieser Angaben sucht sich dann der Interviewer beim Quotenverfahren innerhalb der ihm zugewiesenen Befragungsgemeinde seine Interviewpartner selbst aus. In jüngster Zeit allerdings stützen immer mehr Umfrageinstitute ihre Wahlprognosen auf *Telefoninterviews*, was durchaus sinnvoll ist, nachdem in der Bundesrepublik mittlerweile fast jeder Haushalt einen Telefonanschluß hat und durch entsprechende Wahlprogramme eine zufallsgesteuerte Auswahl der Befragten ermöglicht wird.

Ziel all dieser Verfahren ist es, eine repräsentative Stichprobe von Wahlberechtigten zu erhalten, die in ihrer Zusammensetzung möglichst genau der an-

gezielten Grundgesamtheit aller Wahlberechtigten entspricht<sup>4</sup>). Dabei gelten folgende Regeln: Von der statistischen Theorie her stellt die klassische Adressenstichprobe, gefolgt vom *Random Walk* und anderen zufallsgesteuerten Ersatzverfahren wie der Telefonstichprobe, die beste Alternative dar. Diese Verfahren setzen im Gegensatz zum Quotenverfahren keine Kenntnisse des Forschers über Merkmalsverteilungen in der Bevölkerung voraus; bei beiden hat jeder Wahlberechtigte die gleiche (oder zumindest eine berechenbare) Chance, in die Stichprobenauswahl zu gelangen, so daß aus den Merkmalsverteilungen der Stichprobe (z. B. Prozentsatz der Personen mit CDU- oder SPD-Wahlabsicht) mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit innerhalb bestimmter Fehlermargen die Werte der Grundgesamtheit, also etwa der tatsächliche Prozentsatz der CDU- oder SPD-Wähler, geschätzt werden können. So würde eine in der Stichprobe gemessene Wahlabsicht von 43 Prozent zugunsten der CDU/CSU bei einer Stichprobengröße von 1 000 Befragten bedeuten, daß der wahre Wert innerhalb der Grundgesamtheit mit einer Wahrscheinlichkeit von rund 68 Prozent zwischen 41,4 und 44,6 Prozent, mit einer Wahrscheinlichkeit von knapp 96 Prozent zwischen 40 und 46 Prozent und einer Wahrscheinlichkeit von über 99 Prozent zwischen 38,3 und 47,7 Prozent läge.

Für Wahlprognosen sind solche Intervalle eigentlich zu groß. Politiker und Öffentlichkeit wollen verständlicherweise möglichst genaue Aussagen über das zu erwartende Wahlergebnis, d. h. den „wahren Wert“ mit einer möglichst geringen Irrtumswahrscheinlichkeit innerhalb eines möglichst kleinen Fehlerbereichs erfahren. Das aber ist nur durch die Erhöhung der Befragtenzahl möglich, wobei diese Möglichkeit jedoch einem deutlich abnehmenden Grenznutzen unterliegt, da die Genauigkeit einer Umfrage bei gegebener Irrtumswahrscheinlichkeit nicht proportional zur Befragtenzahl, sondern nur stark unterproportional (im Verhältnis zu deren Quadratwurzel) zunimmt. Um die Genauigkeit der Schätzergebnisse zu verdoppeln, müßte also die Stichprobengröße vervierfacht werden; um statt mit 68prozentiger mit knapp 96prozentiger Wahrscheinlichkeit bestimmen zu können, daß die Unions-Wahlabsicht aller deutschen Wähler zu einem gegebenen Zeitpunkt zwischen 41,4 und 44,6 Prozent liegt, müßte beispielsweise der Stichprobenumfang nicht von 1 000 auf 2 000, sondern auf 4 000 Personen erhöht werden. Wenn dies immer noch zu ungenau ist und bei gleicher Irrtumswahrscheinlichkeit von rund vier Prozent

<sup>4</sup>) Zur Stichprobentheorie und zu den einzelnen Auswahlverfahren Ferdinand Böltken, *Auswahlverfahren*. Eine Einführung für Sozialwissenschaftler, Stuttgart 1976.

nur ein Vertrauensbereich von  $\pm 1$  Prozent akzeptiert wird, müßte man die Stichprobengröße sogar auf 10 000 Befragte erweitern. Dadurch entstünden unverhältnismäßig hohe Kosten und enorme Probleme der Erhebung. Denn eine Wahlumfrage soll innerhalb kürzester Zeit durchgeführt werden, damit nicht während der Befragungsphase auftretende politische Ereignisse und Stimmungsentwicklungen das Ergebnis beeinflussen. Je mehr Befragte jedoch interviewt werden müssen, desto länger zieht sich der Zeitraum der Umfrage hin, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, daß für die Antworten der zuerst befragten Personen andere Einflüsse ausschlaggebend waren als für die Antworten der zuletzt befragten. Außerdem gestaltet sich die Interviewer- und Fehlerkontrolle sehr viel schwieriger als im Falle kleinerer Stichprobengrößen. Die üblichen Meinungsumfragen sind daher schon aus rein stichprobentheoretischen Gründen für Wahlprognosen nur bedingt geeignet<sup>5)</sup>.

2. Obwohl die Quotenstichprobe von der Stichprobentheorie her gesehen streng genommen nur ein Ersatz- oder Annäherungsverfahren für echte Zufallsauswahlen darstellt, ist sie im Hinblick auf ihre prognostische Genauigkeit den zufallsgesteuerten Auswahlverfahren nicht notwendigerweise unterlegen, wie die Praxis belegt. Dies liegt an einer Reihe von Fehlerquellen, denen alle Umfragen, auch die Zufallsstichproben, ausgesetzt sind. Zu nennen ist hier neben den oben erwähnten zufälligen Stichprobenfehlern zum einen die für alle Wahlumfragen auftretende Problematik, daß sich die Stichprobe notwendigerweise immer auf die Wahlberechtigten, nicht aber auf die tatsächlichen Wähler bezieht. Es werden also auch potentielle Nichtwähler und hinsichtlich ihrer Parteipräferenz noch nicht Entscheidene erfaßt, was zu ersten Verzerrungen führen kann. Denn wer sich am Wahltag wirklich an der Wahl beteiligt und wie die Unentschiedenen letztendlich abstimmen werden, ist nicht durch die jeweilige Umfrage, sondern bestenfalls anhand bestimmter Erfahrungswerte (und damit eben nicht völlig exakt) zu bestimmen. Zum zweiten haben alle Stichproben immer nur eine begrenzte Ausschöpfungsquote: Bestimmte Personen verweigern das Interview, andere brechen es ab, dritte sind auch nach wiederholten Kontaktversuchen nicht zu erreichen, weil sie nur selten zu Hause anzutreffen

<sup>5)</sup> Allerdings läßt sich die Prognosequalität von Umfragen selbst mit relativ einfachen Mitteln noch erheblich verbessern. Vgl. hierzu Hans Rattinger/Dieter Ohr, Wahlprognosen in einer Welt ohne Stichprobenfehler: Analytische Überlegungen und empirische Befunde, in: Jürgen W. Falter/Hans Rattinger/Klaus G. Troitzsch (Hrsg.), Wahlen und politische Einstellungen in der Bundesrepublik Deutschland, Neuere Entwicklungen der Forschung, Frankfurt-Bern 1989, S. 282–331.

sind (dies gilt besonders für Jungwähler, aber auch einige Berufsgruppen wie etwa Vertreter, Montearbeiter, Piloten und Stewardessen etc.). Interviewverweigerungen werden am häufigsten von älteren, alleinstehenden Personen ausgesprochen. Selbst in den günstigen Fällen beträgt die Ausschöpfungsquote nur etwa zwei Drittel der ursprünglich angezielten Stichprobe; daraus können bei nicht-neutralen<sup>6)</sup> Ausfällen systematische Verzerrungen resultieren, die sich unter bestimmten Umständen auf das Umfrageergebnis auswirken, selbst wenn man einen Teil der daraus resultierenden Verzerrungen nachträglich wieder bereinigt (z. B. durch Umgewichtung, d. h. Über- oder Unterbewertung von Meinungen oder sozialen Personenmerkmalen). Drittens schließlich tritt bei allen Umfragen zumindest als prinzipielle Möglichkeit das Phänomen des „last minute swing“ auf, also der Meinungsänderung zumindest eines Teils der Wähler in der Zeit zwischen der Durchführung der Umfrage und der Wahl, da zwischen beiden Ereignissen notwendigerweise immer ein gewisser zeitlicher Abstand besteht. Je weiter entfernt vom tatsächlichen Wahlgang die Umfrage plaziert ist, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit derartiger Meinungsänderungen. Zwar kann man versuchen, mit seiner Erhebung möglichst nahe an den Wahltag heranzurücken (was im Zeitalter der Telefoninterviews natürlich leichter fällt als in früheren Jahren), doch läßt sich das Problem dadurch in seiner Bedeutung bestenfalls vermindern, nicht jedoch gänzlich beseitigen.

3. Von erheblich größerem Gewicht für die Qualität einer Wahlprognose scheinen „Falschankünfte“ aufgrund noch nicht endgültig festliegender Wahlabsichten, einer vom Befragten unterstellten sozialen Erwünschtheit oder Unerwünschtheit der Antworten oder aufgrund eines bestimmten dominierenden Meinungsklimas zu sein. Hieraus können gravierende Resultatverzerrungen entstehen, wie die Erfahrungen vor allem der siebziger Jahre gezeigt haben, als die SPD in den Umfragen regelmäßig weit besser abschnitt als am Wahltag, während das CDU-Potential durch die Meinungsforschung stellenweise stark unterschätzt wurde. Da hiervon regelmäßig alle Umfragen und nicht nur die Erhebungen einzelner Institute betroffen waren, kann es sich nicht um einzelne, zufallsbedingte Ausreißer gehandelt haben (mit denen selbstverständlich immer zu rechnen ist), sondern um einen systemati-

<sup>6)</sup> Unter nicht-neutralen Ausfällen sind Ausfälle zu verstehen, die nicht zufällig zustande kommen, sondern durch Einflüsse bedingt sind, die mit dem Wahlverhalten zusammenhängen (wenn beispielsweise Vertreter bestimmter Meinungen oder bestimmter sozialer Gruppen überproportional oft das Interview verweigern).

schen Effekt, der aufgrund des damals herrschenden, die Sozialdemokraten begünstigenden Meinungsklimas zustande kam. So gaben bei einer Befragung vor der Bundestagswahl 1980 außerhalb Bayerns ganze 34 Prozent an, für die Union stimmen zu wollen, während gleichzeitig knapp 54 Prozent eine Wahlabsicht zugunsten der SPD zu erkennen gaben. Tatsächlich aber erzielte die CDU bei dieser Wahl 41,7 Prozent der gültigen Stimmen, während die SPD zwar (außerhalb Bayerns) auf 45,1 Prozent kam, damit aber etwa ebenso weit hinter dem prognostizierten Ergebnis zurückblieb wie die CDU ihres übertraf. Noch in den Befragungen nach der Wahl gaben sich sehr viel mehr Befragte als SPD-Wähler zu erkennen als tatsächlich für diese Partei gestimmt hatten, während sehr viel weniger zugaben, für die CDU votiert zu haben als dies der Fall gewesen war. Diese auch bei der Rückerinnerung wenige Tage nach der Wahl auftretende Verzerrung zuungunsten der Union und die Tatsache, daß innerhalb Bayerns derartige Effekte nur in abgeschwächter Form auftraten, legen den Schluß nahe, daß es sich um klimatisch bedingte Erscheinungen handelte. Meinungsänderungen direkt vor der Wahl und Verzerrungen aufgrund nicht-neutraler Interviewsausfälle können deshalb als Ursache ausgeschlossen werden. In den achtziger Jahren, als sich das Meinungsklima zugunsten der Union zu wandeln begann, verschwanden denn auch tendenziell diese Verzerrungseffekte.

Vor allem für die kommerzielle Meinungsforschung bedeuteten diese prognostischen Ungenauigkeiten eine erhebliche Herausforderung, stellen doch in den Augen der Öffentlichkeit erfolgreiche Vorhersagen des Wahlausgangs so etwas wie ein Gütesiegel ihrer Arbeit dar. Praktisch alle großen, im politischen Meinungsforschungsgeschäft tätigen demoskopischen Institute versuchten daher, durch nachträgliche Korrekturverfahren diese Verzerrungen in den Griff zu bekommen. Sie stützten sich dabei auf den Umstand, daß — wie gezeigt — sowohl die Antworten auf die Wahlabsichts- als auch auf die Rückerinnerungsfrage Verzerrungen aufwiesen, die sozusagen im gleichen Takt miteinander schwankten. Das Ausmaß dieser Verzerrung läßt sich aber zumindest im Falle der Rückerinnerungsfrage durch die Feststellung der Diskrepanz zwischen dem tatsächlichen Wahlergebnis der vorangegangenen Bundestags- oder Landtagswahl und dem erinnerten Wahlergebnis in der jeweiligen Umfrage recht genau bestimmen. Dieser Unterschied wird dann dazu benutzt, die durch die gleiche Umfrage gemessenen Wahlabsichten zu korrigieren. In der Praxis hat sich diese Umgewichtung relativ gut bewährt, obwohl es sich um eher operative Verfahren ohne ausformulierte theoretische Begründung han-

delt — also um Verfahren, bei denen nicht geklärt ist, was denn konkret korrigiert wird: die Verzerrung der Wahlabsicht durch Falschangaben, die unterschiedliche Wahlbeteiligung von Teilgruppen von Wahlberechtigten oder die systematische Verzerrung der Umfrage durch nicht-neutrale Stichprobenausfälle.

Will man aus den Ausführungen zur Problematik von Wahlprognosen ein Resümée ziehen, so läßt sich festhalten, daß die üblichen Meinungsumfragen für die Voraussage von Wahlergebnissen streng genommen ein ziemlich ungeeignetes Instrument darstellen. Zum einen erlauben sie aus prinzipiellen Gründen nur Aussagen darüber, innerhalb welcher Fehlerbereiche die Stimmanteile der Parteien mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit liegen werden. Bei den üblichen, finanziell und vom Forschungsaufwand her vertretbaren Stichprobengrößen sind diese Intervalle so groß, daß Aussagen darüber, wer die Wahl gewinnen wird, welche Parteien die Fünf-Prozent-Hürde nehmen und welche darunter bleiben werden, sich häufig genug nicht mit hinreichender Sicherheit treffen lassen. Darüber hinaus sind der anhand von Umfragen erforschbare Personenkreis, d. h. die Gesamtheit aller Wahlberechtigten, und der sich an der Wahl beteiligende Personenkreis nicht identisch. Auch sind selbst bei relativ dicht vor dem Wahltag liegenden Umfrageterminen Meinungsumschwünge nie ganz auszuschließen; und schließlich mißt man mit Meinungsumfragen eben nicht Wahlverhalten, sondern Wahlabsichten, wobei man immer wieder auf fehlerhafte Angaben der Befragten über diese Wahlabsichten stößt. Im Lichte dieser Einschränkungen sollten die meisten Meinungsumfragen eher als Stimmungsbilder denn als echte Wahlprognosen interpretiert werden. Dies gilt auch für die Wahlabendprognosen nach Schließung der Wahllokale. Daran können selbst kosmetische Operationen wie die nachträgliche Gewichtung der Wahlabsichten im Prinzip wenig ändern.

## 2. Was sind Hochrechnungen?

Im Gegensatz zu den Wahlprognosen beruhen die am Wahlabend durchgeführten Hochrechnungen nicht auf Verhaltensabsichten, sondern auf bereits erfolgten Wahlhandlungen. Sie unterliegen daher den meisten der genannten Einschränkungen von Wahlprognosen nicht. Sie stellen vielmehr den statistischen Schluß von den Resultaten einer Stichprobe von Wahlbezirken auf das Gesamtergebnis dar. Hierzu werden telefonisch (per Telefax) von Mitarbeitern der mit den Hochrechnungen beauftragten Institute die Ergebnisse der Stimmaus-

zählungen aus den einzelnen Wahllokale sofort an eine zentrale Sammelstelle durchgegeben; dort werden sie in einen Computer eingespeist und — nachdem eine ausreichende numerische Grundlage für den Schluß von der Teilstichprobe der bereits erfaßten Wahllokale auf die Gesamtheit aller Wahllokale gegeben ist — auf das wahrscheinliche Gesamtergebnis hochgerechnet. Um Trendmeldungen handelt es sich, wenn die Zahl der bereits ausgezählten Stimmbezirke noch zu gering oder zu wenig repräsentativ ist, um einen statistisch vertretbaren Schluß auf das Gesamtergebnis zu erlauben. Da die meisten Ungenauigkeitsfaktoren von Wahlprognosen wegfallen, also „die Datenqualität der Teilmenge, aufgrund deren auf die Grundgesamtheit geschlossen wird, genauso gut ist wie die Datenqualität der Grundgesamtheit selbst“<sup>7)</sup>, sind die Hochrechnungen im allgemeinen sehr viel genauer, als es die Wahlprognosen sein können. Für beide Verfahren gelten aber im Prinzip die gleichen stichprobentheoretischen Regeln. Aus diesem Grunde können wie schon bei den Wahlvoraussagen im engeren Sinne auch die Resultate von Hochrechnungen nur innerhalb bestimmter Fehlertoleranzen mit einer bestimmten Irrtumswahrscheinlichkeit Gültigkeit beanspruchen. Je breiter die statistische Basis wird, d. h. je mehr die zunächst noch unvollständige Teilstichprobe der endgültigen Stichprobe entspricht, um so genauer werden die Schätzungen. In der Sprache der Moderatoren am Wahlabend: Die Ergebnisse der Hochrechnungen stabilisieren sich

zunehmend. Die Geschwindigkeit, mit der die ersten Hochrechnungen durchgeführt werden, ist beeindruckend. So lag die Forschungsgruppe Wahlen bei der letzten Europawahl bereits mit ihrer ersten Hochrechnung, die nur 24 Minuten nach Schließung der Wahllokale vom ZDF ausgestrahlt wurde, recht nahe am endgültigen Wahlergebnis. Bei der Bundestagswahl 1987 flimmerte die erste, sehr genaue, nur um Prozentbruchteile vom Endergebnis entfernte Hochrechnung der Forschungsgruppe Wahlen um 18.25 über die Bildschirme. Dies ist das Ergebnis einer sorgfältigen, bis ins letzte Detail ausgestüftelten Organisation der Datenübermittlung von den Wahllokalen zur Zentrale, der unverzüglichen Dateneingabe und der Verrechnung der Ergebnisse mit Hilfe von speziellen Programmen, die sowohl die Repräsentativität der Wahlbezirksstichprobe überprüfen und durch bestimmte Gewichtungszprozeduren verbessern als auch den eigentlichen Schluß auf das zu erwartende Wahlergebnis durchführen. Dieser Schluß erfolgt bei noch unvollständiger Teilstichprobe nicht nur aufgrund des innerhalb dieser Teilstichprobe ermittelten Wahlergebnisses, sondern unter Berücksichtigung des Wahlergebnisses der einzelnen Stimmbezirke bei der letzten gleichartigen Wahl, das wie bei der weiter oben erwähnten Nachbesserung von Wahlprognosen in Form von Differenzenbildung (bei den großen Parteien) oder Quotientenbildung (bei den kleineren Parteien) als Gewichtungsfaktor in die Hochrechnung mit eingeht<sup>8)</sup>.

### III. Die Schätzung von Wählerwanderungen

Besonders eindrucksvoll erscheint am Wahlabend die — ausschließlich vom Godesberger Institut für angewandte Sozialwissenschaft (INFAS) im Auftrag der ARD durchgeführte — Wählerstromanalyse, die in grafischer und numerischer Form scheinbar höchst exakt die Wählerwanderungen zwischen den verschiedenen politischen Lagern zu rekonstruieren versucht. Eine solche Rekonstruktion wirft mehr Schwierigkeiten auf, als es zunächst erscheinen mag. Denn bei der Analyse von Wählerwanderungen ist es ja nicht mit dem Vergleich der Ergebnisse zweier aufeinanderfolgender Wahlen getan. Vielmehr müssen die Veränderungen des Wahlkörpers durch Erstwähler, Verstorbene und Weggezogene, die von Wahl zu Wahl im Falle nor-

maler, vierjähriger Legislaturperioden rund zehn bis 15 Prozent betragen, ebenso berücksichtigt werden wie die unterschiedliche Wahlbeteiligung dieser Gruppen. In der INFAS-Wanderungsbilanz werden die Ergebnisse der beiden Vergleichswahlen in einem ersten Schritt auf diese geographisch und biologisch bedingten Veränderungen des Wahlkörpers hin bereinigt<sup>9)</sup>. Erst dann kann man daran gehen, die Wählerwanderungen zwischen den einzelnen Parteien, zwischen den bisherigen Nichtwählern und bestimmten Parteien sowie das

<sup>7)</sup> Wolfgang G. Gibowski, Hochrechnung, in: Dieter Nohlen/Rainer Olaf Schultze (Hrsg.), Politikwissenschaft. Theorien — Methoden — Begriffe (Pipers Wörterbuch zur Politik, Bd. 1), München 1984, S. 342.

<sup>8)</sup> Vgl. ebd., S. 342 f.

<sup>9)</sup> Vgl. hierzu aus der Sicht von INFAS Fritz Krauß/Menno Smid, Wählerwanderungsanalyse, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 12 (1981), S. 83—108; kritisch dazu Peter Hoshka/Hermann Schunck, Das Puzzlespiel der Wählerwanderungen: Noch immer ungelöst, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 13 (1982), S. 113—115 sowie Manfred Küchler, Die Schätzung von Wählerwanderungen: Neue Lösungsversuche, in: Max Kaase/Hans-Dieter Klingemann (Hrsg.), Wahlen und politisches System. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1980, Opladen 1983, S. 624—631.



Wahlverhalten der Erstwähler und das bisherige Wahlverhalten der Nichtwähler im einzelnen zu untersuchen.

Dies ist aufgrund der Wahlergebnisse allein nicht möglich, auch wenn immer noch Wahlkommentare veröffentlicht werden, die so tun, als seien die Veränderungen zwischen den Parteien auf Bundesebene ein gültiger Indikator für die zu einem wesentlichen Teil „unterirdisch“ verlaufenden, d. h. nicht direkt im Wahlergebnis sichtbaren Wählerwanderungen. Um die tatsächlichen Wählerwanderungen zu untersuchen, muß man sich entweder auf Umfragedaten oder auf „die statistische Analyse regional differenzierter Wahlergebnisse“<sup>10)</sup> stützen. Informationen über Wählerwanderungen aus Umfragedaten werden für die Zwecke der Wählerwanderungsanalyse im allgemeinen aus dem Vergleich zwischen erinnerten Wahlverhalten und aktueller Wahlabsicht gewonnen, wie dies auch in der INFAS-Wählerstromanalyse geschieht. Solchermaßen ermittelte Wechselraten jedoch sind potentiell unzuverlässige Indikatoren der tatsächlichen Wählerwanderungen: Wahlabsichten sind nicht immer identisch mit dem späteren tatsächlichen Wahlverhalten; sie können sich zwischen dem Erhebungs- und dem Wahlzeitpunkt ändern oder von Anfang an auf wie auch immer motivierten falschen Angaben beruhen. Aber auch Erinnerungen an vergangenes Wahlverhalten können in erheblichem Maße verzerrt sein — sei es, daß der gleiche „Lügenfaktor“, der für die gegenwärtige Falschangabe der Wahlabsicht verantwortlich ist, zu fehlerhaften Erinnerungen führt, sei es, daß sich die Erinnerung an früheres politisches Verhalten ganz unbewußt an die gegenwärtigen Präferenzen anpaßt, oder sei es, daß ein Befragter seine Angaben über seine frühere Stimmabgabe frei erfindet, weil er vor dem Interviewer nicht eingestehen will, daß er sich nicht mehr so genau an die Vorwahl erinnern kann oder sogar gar nicht zur Wahl gegangen ist. Erfolgversprechender wäre es, die Wählerströme anhand der Wechselraten bei sogenannten Wiederholungs- oder Panelbefragungen zu schätzen, d. h. Umfragen, bei denen in bestimmten zeitlichen Abständen die gleiche Stichprobe von Wählern mehrfach über ihre Wahlabsicht bzw. über ihr Wahlverhalten befragt wird. Allerdings erstrecken sich derartige Wiederholungsbefragungen — vor allem aus zeitlichen und finanziellen Gründen — nur sehr selten über eine

ganze Wahlperiode (also normalerweise vier Jahre), so daß es sich hier eher um eine theoretisch wünschbare als um eine praktische Möglichkeit handelt.

Im Extremfall kann es folglich dazu kommen, daß in den Wählerstromanalysen verzerrte aktuelle Wahlabsichten mit verzerrten Angaben über vergangenes Wahlverhalten verglichen werden, was zu erheblichen Fehleinschätzungen der tatsächlichen Wählerwanderungen führen dürfte. Hiervon sind vor allem die kleineren Parteien betroffen. Daran scheint auch die von INFAS zusätzlich eingesetzte Anpassungsprozedur wenig ändern zu können, mit dem die durch Umfragen geschätzten Wechselraten — die aus den geschilderten Gründen von den bekannten, im Wahlergebnis aufscheinenden Saldo-Veränderungen zwischen den Parteien abweichen können — in einem komplizierten mathematischen Prozeß an letztere schrittweise angeglichen werden. Dennoch sind solche Wählerstromanalysen nicht nutzlos, wenn man sich ihrer Beschränkungen bewußt bleibt: Sie stellen trotz aller Fehlermöglichkeiten derzeit zwar nicht den einzig sinnvollen, wohl aber mangels Wiederholungsbefragungen den häufig genug einzig gangbaren, wenn auch sicher noch weiter verbesserungswürdigen Weg der Analyse von Wechselwahlverhalten mit Hilfe von Umfragedaten dar.

So ist heute als gesichertes Erkenntnis der Wahlforschung anzusehen, daß die Wählerwanderungen immer nach allen Seiten hin verlaufen, auch wenn das Geben und Nehmen der einzelnen Parteien höchst asymmetrischer Natur sein kann. Im Wahlergebnis selbst, das nur die Nettoveränderungen zwischen den Parteien abbildet, also einen Saldo aus den Gewinnen und Verlusten jeder politischen Gruppierung darstellt, erscheinen solche unterirdisch verlaufenden Bruttoveränderungen nicht. Doch sogar bei sogenannten Erdrutschwahlen verliert der Sieger regelmäßig zumindest einige Wähler an seine politischen Konkurrenten, verzeichnen auch die Verlierer zumindest einige Zuwanderer, selbst wenn sie im Saldo sehr viel mehr Wähler an den Wahlsieger abgeben müssen. Man kann durchaus mit den Ergebnissen solcher Wanderungsanalysen arbeiten, wenn man sie mit der entsprechenden Vorsicht interpretiert — also sich stets vor Augen hält, daß mit ihrer Hilfe normalerweise nur Informationen über die Größenordnung der stattgefundenen Austauschbeziehungen zwischen den Parteien untereinander, zwischen den Parteien und dem Nichtwählerlager etc. gewonnen werden können. Zum numerischen Nennwert sollten ihre Ergebnisse möglichst nicht genommen werden, da die durch sie produzierten Ungenauigkeiten zumindest potentiell zu groß sind.

<sup>10)</sup> Wilhelm Bürklin, *Wahlverhalten und Wertewandel*, Opladen 1988, S. 99; vgl. zu den Möglichkeiten und Grenzen von Wahlanalysen mit Aggregatdaten auch Jürgen W. Falter, *Wählerbewegungen zur NSDAP 1924–1933. Methodische Probleme — Empirisch abgesicherte Erkenntnisse — Offene Fragen*, in: Otto Büsch (Hrsg.), *Wählerbewegungen in der europäischen Geschichte*, Berlin 1980, S. 158–202.

Daß dies vor allem für die Anhängerschaft der kleineren Parteien und die Nichtwähler gilt, liegt primär an einer weiteren Eigenheit von Umfragedaten: In beiden Fällen handelt es sich um Personen-Gruppen, die sich durch Umfragen sehr viel schwerer erfassen lassen als die Wähler der großen Parteien. Zum einen ist das auf eine generell größere Scheu der Anhänger kleinerer Parteien zurückzuführen, sich zu diesen zu bekennen. In erster Linie gilt dies für die Wähler radikaler, sozial weniger akzeptierter Parteien wie etwa der DKP, der NPD oder der Deutschen Volksunion (DVU); deshalb war es vor der Berliner Wahl (29. Januar 1989) so schwer, die Wahlerfolge der Republikaner vorauszusagen. Aber selbst die Anhänger der FDP neigten früher in einigen Gebieten wie etwa dem Saarland oder Bayern dazu, in Umfragen ihre Wahlabsicht zu verschleiern. Zum anderen wird es allgemein als ausgesprochen erwünscht angesehen, sich an politischen Wahlen zu beteiligen, weshalb immer nur ein Bruchteil der tatsächlichen Nichtwähler durch Umfragen zu ermitteln sind. Entsprechend schwer ist ihre Schätzung in Wählerwanderungsanalysen<sup>11)</sup>.

Eine weitere prinzipielle Möglichkeit, aber wohl keine wirkliche Alternative zur Ermittlung von Wählerwanderungen mit Hilfe von Umfragedaten stellt die vor allem in der österreichischen Wahlberichterstattung geübte Praxis dar, den Parteiwechsel anhand von sogenannten Aggregatdaten, d. h. anhand der Analyse von Wahlkreis- oder Stimmbezirksergebnissen zu rekonstruieren. Denn dieses in der historischen Wahlforschung (mangels zeitgenössischer Meinungsbefragungen) häufig einge-

setzte Verfahren ist aufgrund der allen Aggregatdatenanalysen notwendigerweise anhaftenden Fehlschlußproblematik im allgemeinen nicht in der Lage, wirklich zuverlässigere Informationen über das Wechselwahlverhalten zu liefern als die oben geschilderten Wählerstromanalysen auf Umfragebasis. Eher dürfte nach den bisherigen Erfahrungen das Gegenteil der Fall sein, auch wenn in einzelnen Fällen die Ergebnisse von Aggregat- und Umfrageanalysen durchaus konvergieren können. Bei der Wählerstromanalyse auf Aggregatdatenbasis werden mit Hilfe eines komplexen statistischen Verfahrens — der sogenannten ökologischen Regressionsanalyse — die Gewinne und Verluste der einzelnen politischen Gruppierungen (einschließlich der Nichtwähler) in den Gebietseinheiten, über die Wahlergebnisse vorliegen, so miteinander verrechnet, daß Angaben über den Austausch von Wählern zwischen den verschiedenen Parteien möglich werden<sup>12)</sup>. Doch hängt die Exaktheit dieser Angaben sehr stark von der Erfüllung bestimmter statistischer Modellannahmen ab, die im einzelnen nicht alle vom Forscher überprüft werden können, so daß sich unbemerkt gravierende Fehlschlüsse einschleichen können. Aus diesem Grunde handelt es sich bei der Wählerwanderungsanalyse anhand ökologischer Regressionsrechnungen eher um eine Art Ersatzverfahren, das bei der Erforschung historischen Wahlverhaltens mangels alternativer Erkenntnismöglichkeiten durchaus seine Berechtigung hat, aber noch mehr das Ziel einer möglichst unverzerrten Rekonstruktion der Wählerströme verfehlen kann, als dies bei den Wechselwähleranalysen anhand von Umfragedaten der Fall ist.

## IV. Die Untersuchung der sozialen Zusammensetzung der Wählerschaft einzelner Parteien

### 1. Untersuchungen auf Kreis- oder Gemeindeebene

Schon relativ früh, lange bevor der Bundeswahlleiter das vorläufige Endergebnis verkündet, wird von ARD und ZDF mit Hilfe vielfarbiger Grafiken dar-

gestellt, wie die Parteien in Gebieten unterschiedlicher Sozial- und Konfessionsstruktur abgeschnitten haben<sup>13)</sup>. So ermittelte die Forschungsgruppe Wahlen im Auftrag des ZDF, daß bei der Europawahl die Republikaner in Kreisen mit einem hohen Arbeiteranteil mit 8,4 Prozent etwas besser abschnitten als in Kreisen mit einem niedrigen Arbeiteranteil, wo sie nur 6,9 Prozent der gültigen Stim-

<sup>11)</sup> Vgl. Claus Lämmerhold, Auf Biegen oder Brechen: Die Nichtwähler im Prokrustesbett der Wanderungsbilanzen, in: M. Kaase/H.-D. Klingemann (Anm. 9), S. 632—651.

<sup>12)</sup> Vgl. zur ökologischen Regressionsanalyse Jürgen W. Falter/Reinhard Zintl, Weltwirtschaftskrise und NSDAP-Wahlerfolge, in: J. W. Falter/H. Rattinger/K. G. Troitzsch (Anm. 6), S. 122 ff.; für einen neuen, statistisch etwas anders vorgehenden, anscheinend recht erfolgreichen Versuch, individuelle Wählerwanderungen aus Aggregatdaten zu schätzen vgl. Sören R. Thomsen, Danish Elections 1920—79. A Logit Approach to Ecological Analysis and Inference, Aarhus 1987.

<sup>13)</sup> Dies ist das Standardvorgehen der historischen Wahlforschung, das jedoch auch in der modernen Wahlforschung seine Berechtigung haben kann. Vgl. z. B. Hans Rattinger, Wirtschaftliche Konjunktur und politische Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland. Ein Beitrag zur politikwissenschaftlich-statistischen Aggregatdatenanalyse, Berlin 1980; Jürgen W. Falter, Kontinuität und Neubeginn. Die Bundestagswahl 1949 zwischen Bonn und Weimar, in: Politische Vierteljahresschrift, 22 (1981), S. 236—263.

men erhielten. In Gebieten mit einem hohen Beamtenanteil dagegen erzielten sie mit 5,8 Prozent einen deutlich niedrigeren Stimmenanteil als in Regionen mit einem geringen Beamtenanteil (acht Prozent). Noch eindeutiger und aus der Sicht der Wahlforschung verblüffender erscheint zunächst der Zusammenhang zwischen Katholikenanteil und Republikanererfolgen: Wo besonders viele Katholiken wohnen, schnitten die Republikaner bei der Europawahl 1989 bundesweit mit 8,5 Prozent der gültigen Stimmen überdurchschnittlich gut ab, wo der Katholikenanteil niedrig ist, wurden sie dagegen im Schnitt aller Stadt- und Landkreise nur von 6,1 Prozent gewählt. Dies scheint den Schluß naheulegen, daß ein hoher Katholikenanteil die Wahlerfolge der Republikaner begünstigt hat. Tatsächlich aber handelt es sich um einen reinen Regional- und nicht um einen Konfessionseffekt, wie die Forschungsgruppe Wahlen in ihrem Bericht über die Europawahl 1989 nachweisen konnte. Denn in den — insgesamt bekanntlich weniger Katholiken aufweisenden — Gebieten außerhalb Bayerns wurden die Republikaner lediglich von 5,5 Prozent gewählt, im überwiegend katholischen Bayern dagegen von 14,6 Prozent. Spaltet man die Auszählung der Stadt- und Landkreise nach dem Katholikenanteil in Kreise innerhalb und außerhalb Bayerns auf, so zeigt sich, daß weder innerhalb noch außerhalb Bayerns der Katholikenanteil für das Abschneiden der Republikaner einen Unterschied macht<sup>14</sup>).

Was läßt sich aus solchen Analysen auf Kreis- oder Gemeindeebene ablesen? Und welche Aussagen sind streng genommen nicht erlaubt? Ablesen läßt sich aus Untersuchungen über das Abschneiden der einzelnen Parteien in Gebieten unterschiedlicher Berufs- oder Konfessionsstruktur zunächst einmal, in welchen soziokulturellen Kontexten sie über- oder unterdurchschnittliche Wahlerfolge erzielten und wie sie sich in einem für sie traditionell günstigen oder ungünstigen Umfeld im Vergleich zur Vorwahl entwickelt haben. Am klarsten läßt sich das am Beispiel der Hochburgen und Diasporagebiete von CDU/CSU und SPD zeigen. „So sind die Hochburgen der Union stark ländlich geprägt. Sie weisen eine extrem niedrige Bevölkerungsdichte, einen besonders bei der CSU weit überdurchschnittlichen Anteil (ländlicher) Selbständiger, einen durchschnittlichen Anteil an Beamten und, besonders stark bei der CSU, einen deutlich unter-

durchschnittlichen Anteil an Angestellten auf. Die Hochburgen der Union sind auch gleichzeitig die Hochburgen des Katholizismus . . . Die Hochburgen der SPD hingegen sind überwiegend städtisch geprägt. Sie verfügen über einen leicht überdurchschnittlichen Arbeiteranteil, einen durchschnittlichen Anteil an Angestellten und Beamten und einen unterdurchschnittlichen Katholikenanteil.“<sup>15</sup> Bei der Europawahl 1989 verloren sowohl die CDU als auch die CSU in ihren Hochburgen überdurchschnittlich stark, gleichzeitig konnte die SPD in den CDU-Hochburgen weitaus stärker als im Bundesdurchschnitt Stimmengewinne verbuchen, während die Republikaner vor allem in den CSU-Hochburgen erfolgreich waren.

Läßt sich aus diesen Informationen schließen, daß die Union vor allem eine Partei des ländlich-katholischen Deutschland ist und von evangelischen Stadtbewohnern kaum gewählt wird? Oder daß die Republikaner innerhalb Bayerns überwiegend von CSU-Abwanderern profitieren konnten? Die erste der beiden Aussagen ist eindeutig falsch, da die meisten Wähler der Unionsparteien natürlich ebenso aus überwiegend städtischen, katholisch oder gemischt-konfessionell strukturierten Gebieten kommen wie die Mehrheit der bundesdeutschen Bevölkerung. Daß die ländlich-katholischen Hochburgen der Union die Wählerschaft der Partei prägen könnten, scheidet einfach an der Größenordnung: In solchen Kreisen leben im Vergleich zu anderen Gebieten nur relativ wenige Wähler, so daß selbst bei einer weitgehenden Ausschöpfung dieser Gebiete durch die Unionsparteien die dort lebenden Wähler innerhalb der CDU, ja selbst der CSU zwangsläufig zu einer Minderheit werden. Zumindest die CDU, tendenziell aber auch immer stärker die CSU, ist heute von der Zusammensetzung ihrer Anhängerschaft her gesehen in fast dem gleichen Maße eine Partei der städtischen Dienstleistungszentren und Industriegebiete wie die SPD. Auch wenn sie von evangelischen Stadtbewohnern in der Tat in deutlich geringerem Maße gewählt wird als von der katholischen Landbevölkerung, stellen evangelische Stadtbewohner innerhalb der Unionswählerschaft keineswegs eine vernachlässigbare Größe dar.

Weiter kann man aus der Analyse der Hochburgen oder des Zusammenhangs zwischen CSU-Verlusten und Republikaner-Gewinnen auf Kreisebene nicht mit völliger Sicherheit ablesen, daß es wirklich CSU-Abwanderer waren, von denen die Republikaner in Bayern in erster Linie profitieren konnten.

<sup>14</sup>) Vgl. Europawahl. Eine Analyse der 3. Direktwahl zum Europaparlament, 15. bis 18. Juni 1989. Berichte der Forschungsgruppe Wahlen e. V., Mannheim Nr. 54, 22. Juni 1989, S. 26 ff.

<sup>15</sup>) Ebd. (Anm. 14), S. 31 f.

Mathematisch wäre es genauso gut möglich, daß die meisten CSU-Abwanderer ins Nichtwählerlager (oder zu einer anderen Partei) übergewechselt und die Republikaner vor allem von ehemaligen Nichtwählern (oder Abwanderern anderer Parteien) gewählt worden sind<sup>16</sup>). Um diese Möglichkeit auszuschließen, benötigt man zusätzliche Informationen, die sich streng genommen nicht aus der Analyse von Kreis- oder Gemeindeergebnissen, sondern nur durch Meinungsumfragen gewinnen lassen. Denn Zusammenhänge territorialer Natur lassen sich nun einmal nicht ohne weiteres mit den zwar faktisch dahinter stehenden, aber keineswegs damit identischen Beziehungen auf der Ebene der einzelnen Wähler gleichsetzen. Wer dies dennoch tut, läuft Gefahr, das Opfer solcher „ökologischen Fehlschlüsse“ zu werden, die beispielsweise in der historischen Wahlforschung sehr zahlreich sind. Aus diesem Grunde sollte man die Resultate von Wahluntersuchungen auf der territorialen Ebene stets nur als das interpretieren, was sie sind: als Erkenntnisse über das Abschneiden der Parteien in den verschiedenen soziopolitischen Milieus, als Aussagen über die Entwicklung in ihren Traditions- und Diasporagebieten und ihre Erfolge in einzelnen, geographisch definierten Regionen. Das tun die Forschungsinstitute und Fernsehmoderatoren im allgemeinen auch, dennoch ist nicht auszuschließen, daß viele Fernsehzuschauer gewissermaßen mechanisch solche für die Kreis- oder Gemeindeebene geltenden Zusammenhänge auf die individuelle Verhaltensebene übertragen. Dies ist in Ausnahmefällen zwar möglich, oft jedoch resultieren daraus Fehlschlüsse der genannten Art, so daß vor der automatischen Gleichsetzung von Aggregat- und Individualbeziehungen nur gewarnt werden kann.

## 2. Untersuchungen anhand von sogenannten Individualdaten

Was man benötigt, um Aussagen über Wählerwanderungen, das Wahlverhalten von Katholiken, Arbeitern oder Jungwählern zu erhalten, sind sogenannte Individualdaten. Hierunter versteht man Informationen, die sich miteinander auf der Ebene des einzelnen Wählers verknüpfen lassen, also beispielsweise Konfession und CDU-Wahl, Alter und Stimmabgabe für die GRÜNEN etc. Wir können anhand von Individualdaten (im Gegensatz zu den

oben erwähnten Aggregatdaten) folglich Aussagen darüber machen, wie katholische oder evangelische Wähler, Frauen und Männer etc. abgestimmt haben<sup>17</sup>).

Solche Individualdaten stehen der Wahlforschung in zweierlei Form zur Verfügung: in Form von Daten der amtlichen Repräsentativstatistik und als Umfragedaten. Am Wahlabend liegen die Informationen der amtlichen Repräsentativstatistik normalerweise noch nicht vor. Deshalb beruhen die dort gemachten Äußerungen über das Wahlverhalten und die Wahlbeteiligung von Männern und Frauen oder der verschiedenen Altersgruppen in der Regel auf Umfragematerial, das vor der Wahl erhoben wurde. Die Daten der amtlichen Repräsentativstatistik dagegen basieren auf Sonderauszählungen innerhalb einer repräsentativen, flächendeckenden Stichprobe von Wahlbezirken. Bei der Bundestagswahl 1983 umfaßte diese Stichprobe beispielsweise 1 800 Wahlbezirke mit rund 1,5 Millionen Wahlberechtigten. In diesen Wahlbezirken erhalten die Wähler nach ihrem Geschlecht und ihrer Altersgruppe unterschiedlich gekennzeichnete Stimmzettel oder sie deponieren ihre Stimmzettel in unterschiedlichen Wahlurnen, die dann getrennt ausgezählt werden. Durch die extrem große Stichprobe erhalten diese amtlichen Sonderauszählungen eine sehr hohe statistische Zuverlässigkeit, die aufgrund der großen Zahl der Fälle natürlich weit über der normaler Stichproben mit nur 1 000 bis 2 000 Befragten liegt. Ein zusätzlicher Vorteil dieser amtlichen Sonderauszählungen gegenüber den Meinungsbefragungen liegt darin, daß es sich um tatsächliches Verhalten und nicht nur um beabsichtigtes oder erinnertes Wahlverhalten handelt. Auch läßt sich nur so das Stimmensplitting, d. h. die unterschiedliche Vergabe von Erst- und Zweitstimmen, adäquat darstellen. Allerdings werden Briefwähler (deren Zahl ständig zunimmt) zur Wahrung des Wahlgeheimnisses generell nicht in diese Sonderauszählungen mit einbezogen, woraus eine gewisse Verzerrung der Ergebnisse resultieren kann, da sich die Neigung zur Briefwahl nicht gleichmäßig über alle sozialen Schichten und politischen Richtungen verteilt. Ferner ist die Aussagekraft der amtlichen Repräsentativstatistik dadurch empfindlich begrenzt, daß in der Regel nur zwei Merkmale, nämlich Alter und Geschlecht (getrennt und in

<sup>16</sup>) Vgl. zum Erkenntnispotential, aber auch zu den Grenzen von Aggregatdatenanalysen in der Wahlforschung W. Bürklin (Anm. 10), S. 29–43; einführend ferner Werner Kaltefleiter/Peter Nißen, *Empirische Wahlforschung. Eine Einführung in Theorie und Technik*, Paderborn u. a. 1980, S. 84 ff.

<sup>17</sup>) Bei den Aggregatdaten sind diese Verknüpfungen von Merkmalen nur auf der Ebene von Gemeinden, Kreisen oder Regierungsbezirken möglich; hier nehmen unsere Aussagen folglich beispielsweise die Form an: In Kreisen mit hohem Katholikenanteil hat die CDU/CSU um rund 15 Prozentpunkte besser abgeschnitten als in Kreisen mit einem niedrigen Katholikenanteil.

Kombination) erfaßt werden<sup>18)</sup>; hierbei handelt es sich im Vergleich zur Konfession und zur Berufs- oder Schichtzugehörigkeit eher um Merkmale geringerer Erklärungskraft, hinter denen sich in der Regel unterschiedliche soziale Lagen und Erfahrungen und nicht (wie man meinen könnte) besondere biosoziale Verursachungsfaktoren verbergen. Ferner werden durch diese Sonderauszählungen nicht die Motive der Wähler, für eine bestimmte Partei zu stimmen oder sich der Stimme zu enthalten, erfaßt, so daß dem Vorteil der hohen statistischen Genauigkeit der amtlichen Repräsentativstatistik der Nachteil einer eher geringen theoretischen Fruchtbarkeit der erfaßten Merkmale gegenübersteht. Dennoch lassen sich mit Hilfe ihrer Daten wichtige Erkenntnisse über die geschlechts- und altersmäßige Zusammensetzung der Parteien gewinnen<sup>19)</sup>. So war die CDU/CSU bis ins Jahr 1969 bei Frauen generell deutlich erfolgreicher als bei Männern. 1972 änderte sich das — mit einem mal waren die beiden großen Parteien bei Männern und Frauen gleichermaßen erfolgreich; dieses neue Gleichgewicht hat sich praktisch unverändert bis heute erhalten. Dafür büßten die Unionsparteien bei jüngeren Wählern viel an Sympathie ein; bis heute zeichnen sich CDU und CSU — im Gegensatz etwa zu den GRÜNEN — durch ein Übergewicht älterer Wähler aus<sup>20)</sup>.

Die moderne Wahlforschung stützt sich in ihren Analysen hauptsächlich auf Umfragedaten, da hier nicht nur sehr viele interessierende Sozialmerkmale der einzelnen Wähler (beispielsweise ihre Berufs- und Konfessionszugehörigkeit oder ihre Gewerkschafts- und Kirchenbindung) erhoben werden können, sondern auch Informationen über die Stärke und Richtung ihrer Parteibindungen, ihre Einschätzungen der einzelnen Parteien und Politiker, ihre

generelle Stellung zum politischen System der Bundesrepublik und vieles anderes mehr. Seit 1953 wurde jede Bundestagswahl anhand vom Umfragematerial ausgewertet. Da alle neueren Erklärungsmodelle von Wahlverhalten Informationen auf der Individualebene der einzelnen Wähler voraussetzen, die nur mit Hilfe von Meinungsbefragungen gewonnen werden können, gehören die Ergebnisse der Umfrageforschung seit über drei Jahrzehnten zu den unverzichtbaren Voraussetzungen der modernen Wahlanalyse. Hier, und nicht in der Wahlprognose, liegt die eigentliche Bedeutung der Meinungsforschung für Politik und Wissenschaft. So weiß die Wissenschaft — dank eines sich immer mehr verfeinernden Umfrage- und Analyseinstrumentariums — sehr genau über die Struktur der Wählerschaft der einzelnen Parteien Bescheid; sie vermag Wählertypologien zu konstruieren, die den (in den letzten zwei Jahrzehnten stark geschrumpften) harten Kern der einzelnen Parteienhängerschaften ebenso beschreiben wie die — prozentual immer umfangreicher werdenden — weniger stark gebundenen Zwischenbereiche, in denen die Disposition zum Wechsel stärker ausgeprägt ist. Damit kann nicht nur der Ausgang einer Wahl nachträglich mit Hilfe vorhandener Parteibindungen sowie aktueller politischer Orientierungen und Kandidatenimages erklärt, sondern auch, einigermaßen „normale“ Umstände vorausgesetzt, vorausgesagt werden. Derartige Prognosen unterscheiden sich durch ihre theoretische Begründung grundlegend von den üblichen Wahlprognosen aufgrund der Wahlsonntagsfrage<sup>21)</sup>.

Zugleich sind Wahlanalysen von den geschilderten Datenproblemen der Meinungsforschung weniger betroffen, als dies zunächst scheinen mag. Um festzustellen, in welchen sozialen Bereichen die Stammwählerschaften der einzelnen Parteien beheimatet sind, welche sozialen Gruppen stärker zur Fluktuation zwischen den Parteien neigen und welche Motive für die Wahl einer Partei oder eines Kandidaten ausschlaggebend waren, kommt es nicht auf einzelne Prozentpunkte oder gar Zehntelprozente wie bei den Wahlprognosen an.

<sup>18)</sup> Häufig werden diese Auszählungen noch einmal von den statistischen Ämtern nach der Größe, der konfessionellen Zusammensetzung und der sozialen Schichtung der Erhebungsgemeinden aufgegliedert, so daß sich daraus eine Kombination von Aggregat- und Individualinformationen ergibt.

<sup>19)</sup> Vgl. Eckhard Jesse, Die Bundestagswahlen von 1953 bis 1972 im Spiegel der repräsentativen Wahlstatistik. Zur Bedeutung eines Schlüsselinstrumentes der Wahlforschung, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 6 (1975), S. 310–332; ders., Die Bundestagswahlen von 1972–1987 im Spiegel der repräsentativen Wahlstatistik, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 18 (1987), S. 232–242; Joachim Hofmann-Göttig, Emanzipation mit dem Stimmzettel. 70 Jahre Frauenwahlrecht in Deutschland, Bonn 1986.

<sup>20)</sup> Vgl. Jürgen W. Falter/Siegfried Schumann, Vive la (très) petite différence: Das unterschiedliche Wahlverhalten von Männern und Frauen 1953–1987, in: Max Kaase/Hans-Dieter Klingemann (Hrsg.), Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1987, Opladen 1990 (im Erscheinen).

<sup>21)</sup> Vgl. Jürgen W. Falter/Hans Rattinger, Parteien, Kandidaten und politische Streitfragen bei der Bundestagswahl 1980: Möglichkeiten und Grenzen der Normal-Vote-Analyse, in: M. Kaase/H.-D. Klingemann (Anm. 9), S. 320–421; Wolfgang G. Gibowski/Max Kaase, Die Ausgangslage für die Bundestagswahl am 25. Januar 1987, in: Hans-Dieter Klingemann/Max Kaase (Hrsg.), Wahlen und politischer Prozeß. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1983, Opladen 1986, S. 509–543, sagten ein schwächeres Abschneiden der Union voraus, als man vor der Bundestagswahl 1987 glauben wollte (sie behielten recht).

Korrelative Beziehungen (d. h., statistische Zusammenhänge zwischen einzelnen Merkmalen) reagieren auf kleinere Datenfehler sehr viel weniger als Voraussagen über den vermutlichen Wahlausgang. Selbst anhand verzerrter Angaben ist es deshalb beispielsweise möglich, herauszuarbeiten, welche Kompetenzen den einzelnen Parteien oder Kandidaten zugeschrieben wurden, welche politischen Probleme von den Wählern als wichtig angesehen wurden, und wie die Parteien von den unterschiedlichen Problemlösungszuschreibungen profitieren konnten. Zu

bedenken ist in diesem Zusammenhang auch, daß die erwähnten Umfrageverzerrungen sich im allgemeinen in Grenzen halten, d. h. nur wenige Prozentpunkte betragen, und überdies durch nachträgliche Umgewichtungen minimiert werden können. Aus diesem Grunde weisen die meisten nachträglichen, der Erklärung eines Wahlergebnisses gewidmeten Wahlanalysen auch eine sehr viel höhere Zuverlässigkeit und Glaubwürdigkeit auf als dies aufgrund unserer Anmerkungen zur Qualität von Wahlprognosen zunächst erscheinen mochte.

# Die Europawahl 1989 — eine klassische Nebenwahl?

## Ergebnisse und Analysen der dritten Direktwahl des Europäischen Parlaments

### I. Die politische Ausgangslage in den zwölf Mitgliedsstaaten

Ebenso wie die beiden vorausgegangenen Wahlgänge stand auch die dritte Direktwahl zum Europaparlament (EP) vom 15./18. Juni 1989 in erster Linie unter nationalen Vorzeichen. In allen zwölf Mitgliedsländern sahen die Parteien im europaweiten Wahlentscheid eine Gelegenheit, die politische Auseinandersetzung mit dem Gegner auf heimischem Feld auszutragen und von den Wählern ein Votum vor allem über nationale Konfliktlagen zu erhalten. Dies galt insbesondere in den Ländern, in denen am gleichen Tag eine Entscheidung über das nationale Parlament anstand oder über die Möglichkeit vorgezogener Neuwahlen diskutiert wurde. In den drei Mitgliedsländern Luxemburg, Griechenland und Irland konzentrierte sich der Wahlkampf sogar ausschließlich auf die jeweiligen Nationalwahlen.

Dabei ist in Luxemburg die gleichzeitige Durchführung von Nationalwahl und Europawahl bereits seit der ersten Direktwahl 1979 gewissermaßen Tradition. In Griechenland und Irland hingegen waren die Nationalwahltermine vorgezogen und mit dem Europawahltermin kombiniert worden; dabei spielte die Überlegung eine Rolle, vor dem Hintergrund innenpolitischer Streitthemen wirtschaftliche Vorteile aus der Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft als Verdienst der verantwortlichen Regierungsparteien herauszustellen und von den Wählern honorieren zu lassen.

In Griechenland rückten private und politische Affären des Ministerpräsidenten Papandreu in den Vordergrund, insbesondere die Frage, inwieweit er und seine Panhellenisch-Sozialistische Union (PASOK) in den Finanzskandal um den Bankier Jorgos Koskotas verwickelt waren und damit Vertrauen und Kompetenz eingebüßt hatten. Die konservative Oppositionspartei „Neue Demokratie“ unter Kostas Mitsotakis hoffte, aufgrund des gesunkenen Images von Papandreu nach acht Jahren einen Machtwechsel herbeizuführen. Der Wahlkampf wurde sehr emotional geführt und geriet zur politischen Schlammschlacht.

In Irland hatte sich die konservative Regierungspartei Fianna Fail unter Charles Haughey nach günsti-

gen Meinungsumfragen für vorzeitige Neuwahlen entschieden, um sich als bisherige Minderheitsregierung eine parlamentarische Mehrheit zu verschaffen. Der Wahlkampf drehte sich in erster Linie um die Sanierung der Staatsfinanzen, die mit einem rigorosen Sparkurs im Sozial- und Gesundheitswesen des Landes erkauft worden war. Vor allem von den linken Oppositionsparteien regte sich in den letzten Wochen vor der Wahl verstärkte Kritik an den sozialen Folgen der Sparpolitik: vermehrte Arbeitslosigkeit und wachsende Emigration insbesondere von jungen Leuten. Dieser Unmut ließ es fraglich erscheinen, ob die Erfolgsrechnung von Regierungschef Haughey aufgehen würde.

In Großbritannien hatte Margaret Thatcher ihren rigorosen konservativen Reform- und Europakurs gegen eine wachsende innere Opposition zu verteidigen. Die oppositionelle Labour Party hatte die Europawahl zu einer Art Referendum über zehn Jahre Thatcherismus erklärt. Die Frage war, ob es angesichts der Kritik an der Regierung unter den britischen Bedingungen des Mehrheitswahlrechts Chancen für eine dritte Partei geben könne und wo diese zu suchen wäre, in der liberalen Mitte oder im grünen Spektrum.

In Frankreich kämpften die regierenden Sozialisten um den Nachweis ihrer Mehrheitsfähigkeit gegenüber einer neu zusammengesetzten Gemeinschaftsliste von Giscardisten und Gaullisten, angeführt vom ehemaligen Staatspräsidenten Giscard d'Estaing. Offen war, wie sich die Konkurrenz innerhalb der bürgerlichen Opposition auswirken würde, die durch die eigene Liste der aus der gemeinsamen Oppositionsliste von 1984 ausgeschernten früheren EP-Präsidentin Simone Veil mit den linksliberalen „Zentristen“ entstanden war. Von Interesse war auch die Frage, ob sich die Tendenzen der letzten Wahlen fortsetzen würde, einerseits nach rechts zu Le Pens Front National, andererseits im linken Spektrum weg von den Kommunisten hin zu den Ökologen.

In Italien erwartete man von der Europawahl Hinweise darauf, ob das politische Kräfteverhältnis im Land neu austariert werden würde. Wer von der

breiten Koalition aus Christdemokraten, Sozialisten, Sozialdemokraten, Republikanern und Liberalen würde angesichts der seit Mai 1989 schwelenden Regierungskrise aus der gegenwärtigen Führungskrise geschwächt oder gestärkt hervorgehen? Könnte es zu Neuwahlen kommen, oder würde die Krise nach früheren Vorbildern durch Regierungs-umbildung beigelegt?

In den *Niederlanden* erklärten die Parteien den Wahlgang am 15. Juni mit Blick auf die im Spätsommer stattfindende, vorgezogene Parlamentswahl zu einem Probelauf. Wen würden die Wähler bei diesem Kräftemessen eher stützen, die bislang regierenden Christdemokraten mit ihrem Sparkurs oder ihren abgesprungenen Koalitionspartner, den rechtsliberalen VVD? Oder würde man beide bestrafen und stattdessen den oppositionellen Sozialdemokraten den Weg zur Rückkehr an die Macht ebnen?

In *Belgien* erwartete man Aufschluß über die Festigkeit der ein Jahr zuvor, aufgrund des kulturellen Sprachenstreits nur mühsam zustande gekommenen Koalitionsregierung aus Christdemokraten, Sozialisten und der flämischen Volksunion (Volksunie). Die Aufmerksamkeit richtete sich dabei stärker auf die erste Wahl zum Brüsseler Regionalparlament als auf Europa. Sie war zeitgleich mit der Europawahl angesetzt worden, nachdem die zweite Stufe der Staatsreform vollzogen und die Hauptstadt nunmehr als gleichberechtigte Region mit eigenem Parlament und eigener Regierung neben Flandern und Wallonien getreten war.

Auch in *Dänemark* stellten sich die Parteien bei der Europawahl einem nationalen Test. Würde die konservative Regierungspartei von Ministerpräsident Schlüter in der Diskussion um die geplante Reform des Steuersystems erneut die Sozialdemokraten auf den zweiten Platz verweisen? Welche Rolle könnte bei dieser Platzzuteilung die schon traditionsreiche antieuropäische Volksbewegung spielen, die sich dieses Mal gemäßigter gegeben und auf Forderung nach Austritt aus der EG verzichtet hatte?

In *Spanien* hatten die Parteien den Europawahlgang ganz und gar mit Blick auf mögliche Neuwahlen im Herbst 1989 zur Testwahl für oder gegen den sozialistischen Regierungschef Gonzalez erklärt. Er selbst hatte sein eigenes politisches Schicksal, nicht nur das seiner Partei, vom Wahlausgang abhängig gemacht. Die Frage war, inwieweit sich Gonzalez gegen einen neu gefundenen Zusammen-

schluß der bürgerlich-rechten Opposition würde durchsetzen können. Diese erhoffte sich zusätzlich Auftrieb von dem Konflikt der Sozialistischen Partei (PSOE) mit der sozialistischen Gewerkschaft (UGT), die zum erstenmal ihren Mitgliedern keine Wahlempfehlung für die Sozialistische Partei gegeben hatte.

In *Portugal* sollte der Wahlgang einen Hinweis liefern auf die Popularität der liberalen PSD-Regierung von Cavaco Silva und seiner Wirtschafts- und Sozialpolitik, die als gegen die ärmeren Schichten gerichtet heftig kritisiert worden war. Würde die Sozialistische Partei, die mit Mario Soares einen ebenfalls populären Staatspräsidenten stellt, diesen Unmut auffangen können und wieder auf Platz eins unter den Parteien aufrücken, oder würde der PSD von Cavaco Silva bestätigt werden?

Auch in der *Bundesrepublik* wurde die dritte Europawahl in erster Linie als Test auf die gegenwärtigen politischen Stärkeverhältnisse gewertet. Seit der Serie schwerer Wahniederlagen steckte die Union in einer tiefen Krise, die Diskussionen über Richtung und Führung ausgelöst hatte. Würde der führenden Regierungspartei CDU/CSU endlich ein Befreiungsschlag aus ihrer bedrängten Lage gelingen? Falls nein, wer würde von den Defiziten der Christdemokraten profitieren? Die traditionelle Opposition, wie es früher die Regel war, oder die kleinen Parteien am Rande, insbesondere die neue rechtsradikale Konkurrenz? Würden sie die Proteststimmen auf sich lenken und sich somit möglicherweise bundesweit etablieren?

Neben der Frage, wie stark sich die Wähler für Europa würden mobilisieren lassen, wie sehr sie die Gelegenheit nutzen würden, ihrer Regierung einen national motivierten Denkkzettel zu verpassen, interessierte zudem (über alle zwölf Mitgliedsländer hinweg) die Entwicklung der Parteien an den Rändern links und rechts. Schon die beiden ersten Direktwahlen hatten nämlich gezeigt: Die Europawahlen bieten der Wahlbevölkerung Gelegenheit, mit der Wahl eines „ohnmächtigen“ Parlaments, das aus den eigenen Reihen keine Regierung bildet und in den Augen der Wähler auch keine gefestigte Identität besitzt, traditionelle Bindungen weiter zu lockern und eigene, experimentelle Wege zu gehen. Die Folgen waren: extrem niedrige Wahlbeteiligungen (in den Ländern, wo nicht Wahlpflicht besteht); Wahl kleinerer Parteien, zum Teil anti-europäisch orientiert oder auch radikal regional ausgerichtet, rechtsextrem angesiedelt oder aber ökologisch engagiert.



## II. Die Wahlergebnisse in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft

### I. Gewinner – Verlierer

Anhand der Dokumentation der Europawahlergebnisse vom 15. bis 18. Juni läßt sich feststellen, inwieweit der Wahlgang als eine low-interest-Wahl angesehen werden kann; in welchem Umfang er den Charakter einer Nebenwahl hatte, wobei die Regierung geschwächt, die Opposition gestärkt wurde; ob aufgrund der Neigung zum Experimentieren neuen Parteien und politischen Richtungen ein Durchbruch gelang und schließlich, inwieweit sich in ganz Europa einheitliche Trends durchsetzen. Wir beschränken uns dabei auf den Überblick über die Gesamtergebnisse aus den einzelnen Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft. Eine weitere Regionalisierung würde den hier zur Verfügung stehenden Raum sprengen. Mithin ist es auch nicht möglich, an dieser Stelle Aussagen über sozial-strukturell determinierte Trends bei dieser Wahl zu machen.

Das Europäische Parlament 1989 besitzt etwas andere Konturen als sein Vorläufer. Vergleichszeitpunkt ist Mitte 1987, also nachdem die neuen Mitgliedsländer Spanien und Portugal ihre Abgeordneten für Straßburg gewählt hatten.

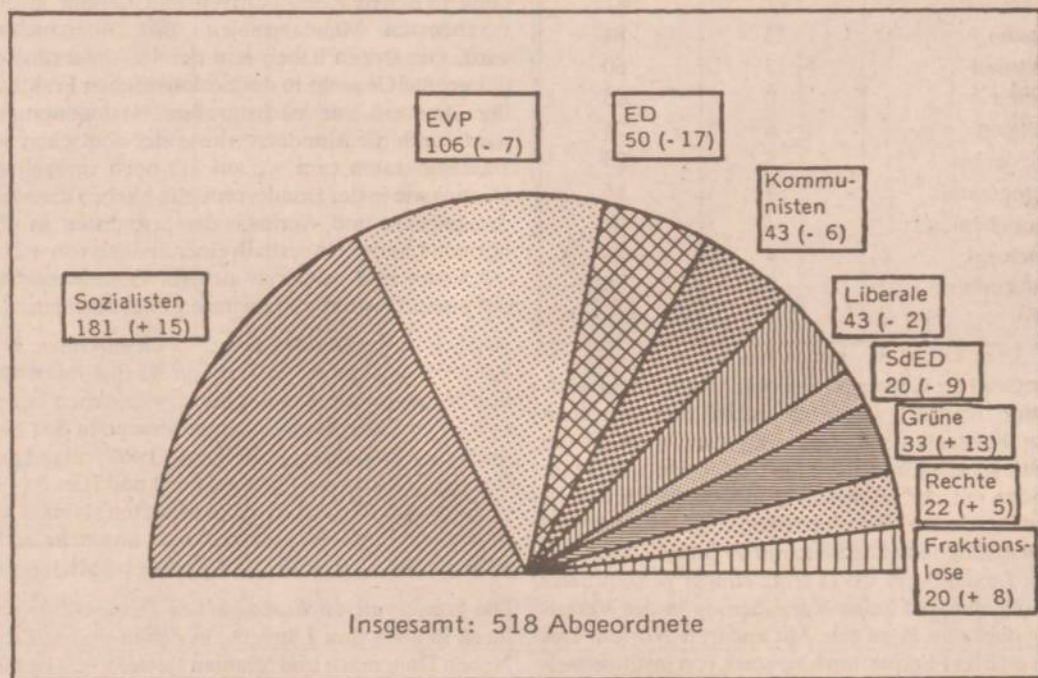
Bezogen auf die Fraktionen bzw. Konföderationen des vorherigen Parlaments gab es 1989 drei Gewinner (vgl. Abbildung<sup>1)</sup>): Die Sozialisten (15 Mandate mehr; jetzt 181), die GRÜNEN bzw. die „Regenbogenfraktion“ (+13; jetzt 33) sowie die Euro-Rechten (+5; jetzt 22) – sofern man die bundesdeutschen Republikaner hierzu zählt.

Verlierer waren demgegenüber einerseits die nach Fraktionen getrennten konservativen Parteien und andererseits die Kommunisten: Die Europäischen Demokraten (ED) verloren 17 Mandate (jetzt 50), die Christdemokraten (Europäische Volkspartei/EVP) sieben (jetzt 106), die Sammlungsbewegung der Europäischen Demokraten (SdED) neun (jetzt 20). Die Kommunistische Fraktion büßte sechs ihrer bisher 49 Sitze ein.

Mit nur zwei Abgeordneten weniger ist die Liberale Fraktion eher stabil geblieben (jetzt 43). Die Zahl der fraktionslosen und unabhängigen Abgeordneten erhöhte sich um acht auf 20, wobei es wahrscheinlich nicht nur hier die eine oder andere Ände-

<sup>1)</sup> Alle Auswertungen basieren auf den Daten der infas-Wahlberichterstattung.

Abbildung: Die Zusammensetzung des Europäischen Parlaments nach der Europawahl vom 15./18. Juni 1989



rung durch Anschluß an andere Fraktionen geben wird.

Die in nur einer Fraktion gesammelten sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien (181 Sitze) bauten ihren deutlichen Vorsprung als stärkste Fraktion vor der Europäischen Volkspartei (106) weiter aus. Alle bürgerlichen Parteien zusammen (EVP, ED, Liberale, SdED) kamen allerdings auf 219 Sitze (-35).

## 2. Ausmaß an Fluktuation

Das Ausmaß an Mandatswechseln war 1989 beträchtlich, aber nicht größer als 1984. In der Addition von gewonnenen und verlorenen Mandaten (vgl. Tabelle 1) haben 136 Sitze — ein Viertel der Gesamtzahl — zwischen den Fraktionen bzw. Konföderationen in den einzelnen Ländern gewechselt; ohne die erst 1987 hinzugekommenen Länder Portugal und Spanien sind es 120; 1984 hatte die Summe der gewechselten Mandate 114 betragen, damals ebenfalls ein Viertel. Offensichtlich gibt es für die Fluktuation bestimmte Grenzen.

Tabelle 1: Mandatswechsel 1989—1984 (1987)

	Zwischen den Fraktionen gewechselte Mandate	Mandate insgesamt
Großbritannien	26	81
Bundesrepublik	22	81
Frankreich	22	81
Italien	22	81
Spanien	12	60
Irland	8	15
Belgien	6	24
Niederlande	6	25
Dänemark	4	16
Griechenland	4	24
Portugal	4	24
Luxemburg	0	6
	136	518

Der Grad an Umverteilung richtet sich dabei weitgehend danach, wieviel Mandate den einzelnen Mitgliedsstaaten zustehen: An der Spitze liegen — mit jeweils über 20 Mandatswechseln — die vier Länder mit der höchsten Mandatszahl (81 Sitze): Großbritannien, Bundesrepublik, Frankreich und Italien; ihnen folgt Spanien mit 60 Sitzen. Am Ende steht Luxemburg, wo es trotz einiger prozentualer Verschiebungen keine Veränderung in der Verteilung der sechs Sitze gab. Mit anderen Worten: Das Ausmaß an Fluktuation hing stark von institutionel-

len Faktoren ab, die sich in der europaweiten Zuteilung von Mandaten zu Wahlberechtigten niederschlugen. Dabei „kosten“ je Land die einzelnen Mandate unterschiedlich viel Stimmen: in den kleineren Ländern weniger, in den größeren mehr, was sich auf Fluktuationsschläge ebenfalls auswirkt.

## 3. Einheitliche oder länderspezifische Trends?

Die zum Teil deutlichen Änderungen in den Fraktionsstärken rufen auf den ersten Blick den Eindruck eines „Linksrucks“ in Europa, bei gleichzeitiger Stärkung des rechtsextremen Flügels, hervor. Dies stellt aber keineswegs einen europaweiten Trend dar. Dazu waren Ausgangssituation und Motivlagen in den zwölf Mitgliedsländern zu sehr von verschiedenen innenpolitischen Konstellationen bestimmt. Oppositions- bzw. Teilwahleffekte spielten eher eine Rolle als generelle politische Entwicklungen. Die Gewinne und Verluste von Parteienbündnissen im Europäischen Parlament waren denn auch europaweit nicht gleichverteilt, sondern beruhen jeweils schwerpunktmäßig auf starken Bewegungen in einzelnen Mitgliedsländern. Das hat im übrigen auch zu deutlichen Verschiebungen der nationalen Gewichte innerhalb der Fraktionen geführt (vgl. Tabelle 2).

Allein 13 der 15 zusätzlichen Mandate für die *Sozialisten* stammen aus dem Wahlsieg der britischen Labour Party, wobei durch das Mehrheitswahlrecht in Großbritannien die prozentuale Kräfteverschiebung zwischen Konservativen und Labour in den veränderten Mandatszahlen stark überzeichnet wird. Die Briten haben nun mit 46 Abgeordneten das größte Gewicht in der Sozialistischen Fraktion; der Abstand zur nächstgrößten Nationengruppe wird durch die Mandatsverluste der deutschen Sozialdemokraten (um -2 auf 31) noch verbreitert. Ebenso wie in der Bundesrepublik blieben die Mandatsgewinne und -verluste der Sozialisten in den übrigen Ländern innerhalb einer Spanne von +2 bis -2 Sitzen und saldieren sich im Gesamtergebnis auf einen Gewinn von weiteren zwei Mandaten.

Ähnlich ist das Bild bei den *Christdemokraten*: Das Abschneiden der EVP-Fraktion ist dominiert von den Mandatseinbußen der bundesdeutschen Union (-9). Die Christdemokraten gewannen in den Niederlanden zwei Sitze, in Belgien, Griechenland und Spanien je einen. In Portugal (-1) und Irland (-2) verloren sie. Die mit 27 Abgeordneten stabilen italienischen Christdemokraten sind nunmehr recht nahe an die CDU/CSU (32) herangerückt.

Die konservativen *Europäischen Demokraten* verloren in allen drei Ländern, in denen sie antraten. Neben Dänemark und Spanien (jeweils -2) ist hier

**Tabelle 2: Mandatsverteilung im Europäischen Parlament nach der Dritten Direktwahl 1989**

		Fraktionen/Konföderationen									Insgesamt
		Sozialisten (SOZ)	Europäische Volkspartei (EVP)	Europäische Demokraten (ED)	Kommunisten und Nahestehende (KOM)	Liberalen und Demokratische Fraktion (LIB)	Sammelbewegung der Europäischen Demokraten (SdED)	GRÜNE/Regenbogen	Europäische Rechte	Andere/Unabhängige, Fraktionslose	
Belgien	1989	8	7	—	—	4	—	4	(1)	—	24
	1984	9	6	—	—	5	—	4	0	—	24
	Diff.	-1	+1			-1		0	(+1)		
Dänemark	1989	4	1	2	2	3	—	4	—	—	16
	1984	3	1	4	2	2	—	4	—	—	16
	Diff.	+1	0	-2	0	+1		0			
Deutschland	1989	31	32	—	—	4	—	8	(6)	—	81
	1984	33	41	—	—	0	—	7	0	—	81
	Diff.	-2	-9			+4		+1	(+6)		
Frankreich	1989	22	7	—	7	13	13	9	10	—	81
	1984	20	7	—	10	14	20	0	10	—	81
	Diff.	+2	0		-3	-1	-7	+9	0		
Griechenland	1989	9	10	—	4	—	—	—	0	1	24
	1984	10	9	—	4	—	—	—	1	0	24
	Diff.	-1	+1		0				-1	+1	
Großbritannien	1989	46	—	33	—	—	1	—	1	—	81
	1984	33	—	46	—	—	1	—	1	—	81
	Diff.	+13		-13			0		0		
Irland	1989	(2)	4	—	—	2	6	—	—	1	15
	1984	0	6	—	—	1	8	—	—	0	15
	Diff.	(+2)	-2			+1	-2			+1	
Italien	1989	14	27	—	22	4	—	5	4	5	81
	1984	12	27	—	27	5	—	2	5	3	81
	Diff.	+2	0		-5	-1		+3	-1	+2	
Luxemburg	1989	2	3	—	—	1	—	—	—	—	6
	1984	2	3	—	—	1	—	—	—	—	6
	Diff.	0	0			0					
Niederlande	1989	8	10	—	—	3	—	2	—	2	25
	1984	9	8	—	—	5	—	2	—	1	25
	Diff.	-1	+2			-2		0		+1	
Portugal	1989	8	3	—	4	9	—	—	—	—	24
	1987	7	4	—	3	10	—	—	—	—	24
	Diff.	+1	-1		+1	-1					
Spanien	1989	27	2	15	4	0	—	1	—	11	60
	1987	28	1	17	3	2	—	1	—	8	60
	Diff.	-1	+1	-2	+1	-2		0		+3	
Europäisches Parlament insgesamt	1989	181	106	50	43	43	20	33	22	20	518
	1984/87	166	113	67	49	45	29	20	17	12	518
	Diff.	+15	-7	-17	-6	-2	-9	+13	+5	+8	

wiederum Großbritannien zu nennen, das mit 13 verlorenen Mandaten den größten Ausschlag für den Rückgang der Fraktionsstärke von 67 auf 50 Abgeordnete gegeben hat.

Die Verluste für die *Kommunisten* (und ihnen nahestehender Parteien) konzentrierten sich auf die beiden Länder, die auch bisher das Gros dieser Fraktion stellten: Italien (-5; jetzt 22) und Frankreich (-3; jetzt 7). In Spanien und Portugal gewannen sie je einen Sitz hinzu.

Auch für die *Liberalen* zeigte sich kein einheitlicher Trend in Europa. Bei leichten Einbußen (-2 Sitze) blieb die EP-Fraktion fast stabil. Hier ragt die deutsche FDP heraus, die nach dem Scheitern von 1984 nun wieder mit vier Abgeordneten in Straßburg einzog. Zudem gewannen die Venstre in Dänemark sowie liberale Einzelkandidaten in Irland je ein Mandat hinzu, während es in sechs Ländern, in Belgien (-1), Frankreich (-1), Italien (-1), Portugal (-1), Niederlande (-2) und Spanien (-2), Verluste gab.

Die *Sammlungsbewegung der Europäischen Demokraten (SdED)*, die sich aus den französischen Gaullisten, der irischen Regierungspartei Fianna Fail und der Scottish National Party zusammensetzt, verlor in Frankreich<sup>2)</sup> sieben Mandate und in Irland zwei.

Die Mandatsgewinne für die *ökologischen Parteien* (+13 Sitze) rühren von den Erfolgen der GRÜNEN in Frankreich (+9) und in Italien (+3) her. Ein zusätzliches Mandat steuerten die bundesdeutschen GRÜNEN (von 7 auf 8) bei. Die GRÜNEN

in Großbritannien, prozentual weit stärker als die in Frankreich oder in der Bundesrepublik, erhielten aufgrund des britischen Mehrheitswahlrechts keinen Sitz, stärkten somit nur symbolisch europaweit die grüne Bewegung.

*Rechtsparteien* waren nur in der Bundesrepublik sichtlich auf dem Vormarsch: Die Republikaner vergrößerten mit ihrem Wahlerfolg die „Europäische Rechte“ um sechs Mandate; aus Belgien ist zudem das neue Mandat für den „Vlaams Blok“ hinzuzurechnen. Demgegenüber verlor der italienische MSI einen Sitz, und der griechische EPEN-Abgeordnete büßte sein Mandat ein, während Le Pons französische Front National ihre 1984 sensationell eroberten zehn Sitze behielt. Auf gesamteuropäischer Ebene treten die Rechtsradikalen nun mit größerer Lautstärke auf.

#### 4. Das prozentuale Gesamtergebnis für Europa

Berechnet man die Ergebnisse der Parteien in den zwölf Mitgliedsstaaten, geordnet nach den Fraktionen des bisherigen Europaparlaments, auf ein prozentuales Gesamtergebnis für Europa (vgl. Tabelle 3), so fallen die Verschiebungen gegenüber 1984/87 weit geringer aus, als es die Veränderungen

<sup>2)</sup> In Frankreich teilen sich nach derzeitigem Stand die Sitze der bürgerlichen Listen UDF-RPR und CDS/LIB wie folgt auf die EP-Fraktionen auf: UDF-RPR 26 Mandate, davon SdED 13 Mandate, Liberale 12 Mandate und EVP 1 Mandat; CDS/LIB 7 Mandate, davon EVP 6 Mandate und Liberale 1 Mandat. Proportional zu dieser Mandatsaufteilung wurde im folgenden auch die Berechnung der Prozentanteile für die französischen Ergebnisse vorgenommen.

**Tabelle 3: Wahlergebnisse der Konföderationen (in Prozent)**

Fraktionen	Stimmen			Mandate		
	1989 %	1984 (1987) %	Diff. in %-Punkten	1989 %	1984 (1987) %	Diff. in %-Punkten
Sozialisten	29.6	28.3	+ 1.3	181	166	+ 15
EVP	23.0	23.3	- 0.3	106	113	- 7
ED	6.5	7.7	- 1.2	50	67	- 17
Kommunisten	9.9	12.0	- 2.1	43	49	- 6
Liberale (und Demokraten)	6.8	7.8	- 1.0	43	45	- 2
SdED	2.6	3.5	- 0.9	20	29	- 9
GRÜNE/Regenbogen	7.8	3.9	+ 3.9	33	20	+ 13
Rechte	4.7	3.6	+ 1.1	22	17	+ 5
Andere/Unabhängige/ Fraktionslose	9.1	9.9	- 0.8	20	12	+ 8
Insgesamt	100.0	100.0	-	518	518	-

der Fraktionsstärken andeuten. Die unterschiedlichen Wahlberechtigtenzahlen und abweichende Trends in der Wahlbeteiligung dämpfen hier die Ausschläge ganz beträchtlich.

Die Sozialisten sind mit 29,6 Prozent die relativ stärkste Gruppierung in Europa; gegenüber 1984/87 ergeben sich leichte Verbesserungen von +1,3 Prozentpunkten. Zweitstärkste Fraktion ist die EVP, die auf 23 Prozent kommt. Ihre europaweiten Verluste sind mit -0,3 Punkten eher gering, ähnlich wie die der Konservativen (6,5; -1,2) und der Sammlungsbewegung der Europäischen Demokraten (2,6; -0,9), die jeweils nur in drei Ländern antraten. Auch die Liberalen verloren, auf die Gemeinschaft bezogen, leicht an Rückhalt (-1,0) trotz

des Erfolgs der FDP in der Bundesrepublik. Deutlicher fallen die Einbußen der Kommunisten aus (9,9; -2,1).

Die stärksten Gewinne verzeichnen die ökologischen Gruppen und die verschiedenen ihnen bisher in der „Regenbogen“-Fraktion angeschlossenen Regionalisten. Sie verdoppelten ihren Anteil um 3,9 Punkte auf 7,8 Prozent. Demgegenüber fallen die Zugewinne der „Euro-Rechten“ mit +1,1 Punkten auf 4,7 Prozent bescheiden aus.

Knapp ein Zehntel der Stimmen in Europa entfiel auf Parteien, die keiner Fraktion des Europäischen Parlaments angehören oder den Sprung über die von Land zu Land unterschiedlichen Mandatshürden nicht schafften.

### III. Die Europawahl als Nebenwahl – Oppositionseffekte nicht überall

Das auf gesamteuropäischer Ebene nur wenig ausgeprägte Gewinn- und Verlustmuster folgt in den einzelnen Mitgliedsstaaten keinem einheitlichen parteipolitischen Trend. Wie schon 1984, setzte sich 1989 eher der bei Teil- bzw. Zwischenwahlen häufig zu beobachtende midterm- oder Oppositionseffekt durch. Darunter ist folgendes zu verstehen: Die Wähler nutzen bei Wahlen zwischen zwei Wahlterminen von großer, national entscheidender Bedeutung (nämlich bei Nachwahlen, Landtags-/Regionalwahlen, u. ä.) die Gelegenheit, um mit der Regierung abzurechnen. Zwischenwahlen öffnen ein Ventil. Zumeist profitieren die parlamentarischen Oppositionsparteien von diesem Unmut. Am 15./18. Juni gab es allerdings von dieser Regel auch bedeutsame Ausnahmen.

Die Sozialisten und Sozialdemokraten, in sechs Ländern in der Opposition, gewannen in vier Fällen, in der Bundesrepublik stagnierten sie, in den Niederlanden verloren sie Stimmen (vgl. Tabelle 4). In Griechenland, Luxemburg und Belgien,

wo Sozialisten die Regierung stellen oder daran beteiligt sind, verloren sie deutlich; in Frankreich und Italien gewannen sie im Vergleich zu vor fünf Jahren 2,8 Punkte hinzu; in Spanien blieb der PSOE gegenüber 1987 stabil.

Etwas deutlicher, aber auch nicht durchgängig, ist der Trend zu Regierungsverlusten und Gewinnen in der Oppositionsrolle bei den verschiedenen konservativen Parteien, EVP, ED, SdED (vgl. Tabelle 5). Die konservativen Regierungsparteien in der Bundesrepublik, Irland, Dänemark und Großbritannien erlitten deutliche Stimmenverluste; in Italien und Luxemburg blieben sie in etwa stabil; Gewinne gab es für den regierenden CDA in den Niederlanden und die CVP/PSC in Belgien. Dort gewann also der eine Koalitionspartner, während der andere von den Wählern einen Denkart bekam. Ein

**Tabelle 4: Stimmenanteile der Sozialisten in den beiden Europawahlen**

Prozentuale Veränderung E1984/87 gegenüber E1989			
In Regierung		In Opposition	
Griechenland	-5,6	Irland	+4,3
Luxemburg	-4,5	Großbritannien	+3,9
Belgien	-3,5	Dänemark	+3,9
		Portugal	+1,8
Spanien	+0,1		
Italien	+2,8	Bundesrepublik	-0,1
Frankreich	+2,8	Niederlande	-3,0

**Tabelle 5: Stimmenanteile von Christdemokraten/Konservativen in den beiden Europawahlen**

Prozentuale Veränderung E1984/87 gegenüber E1989			
In Regierung		In Opposition	
Bundesrepublik	-8,1	Griechenland	+2,4
Irland	-7,7	Dänemark	+1,3
Dänemark	-7,5		
Großbritannien	-6,1	Portugal	-1,2
		Spanien	-3,7
Italien	-0,2	Frankreich	-5,6
Luxemburg	0,0		
Belgien	+1,8		
Niederlande	+4,6		

leichter Oppositionseffekt wurde den Konservativen nur in Griechenland und in Dänemark (Centrum-Demokraterne) zuteil; in Portugal, Spanien und Frankreich erlitten sie trotz ihrer Oppositionsrolle prozentuale Einbußen.

Alles in allem rechtfertigen es diese differenzierten Trends nicht, den Europawahlen 1989 den typischen Charakter von Nebenwahlen mit entsprechenden Oppositionseffekten zuzuschreiben. Um dies abschließend zu bewerten, muß man einen Vergleich zu der jeweils letzten Nationalwahl heranziehen.

**Tabelle 6: Stimmenanteile der Sozialisten in nationaler und in europäischer Wahl**

Prozentuale Differenz Europawahl 1989 gegenüber letzter Nationalwahl			
Regierung		Opposition	
Frankreich	- 13,9	Großbritannien	+ 8,1
Spanien	- 5,5	Irland *)	+ 2,5
Belgien	- 3,6	Portugal	+ 2,1
Griechenland *)	- 3,1	Bundesrepublik	+ 0,3
Luxemburg *)	- 0,8	Niederlande	- 2,6
Italien	+ 0,2	Dänemark	- 6,6

\*) Jeweils die am gleichen Tag wie die Europawahl abgehaltene Wahl.

Auch dabei ist kein durchgängiger Verlusttrend für die jeweilige Regierung, kein durchgängiger Gewinnrend für die Opposition, sofern sie von Sozialisten oder Konservativen gestellt wird, zu beobachten. Allerdings sind auf der Vergleichsebene mit

**Tabelle 7: Stimmenanteile von Christdemokraten/Konservativen in nationaler und in europäischer Wahl**

Prozentuale Differenz Europawahl 1989 gegenüber letzter Nationalwahl			
Regierung		Opposition	
Irland *)	- 12,6	Portugal	+ 10,1
Großbritannien	- 9,2	Dänemark	+ 3,2
Bundesrepublik	- 6,5	Irland	- 6,7
Dänemark	- 6,0	Spanien	- 6,3
Italien	- 1,4	Griechenland *)	- 3,8
Niederlande	± 0	Frankreich	- 3,2
Belgien	+ 1,7		
Luxemburg *)	+ 2,5		

\*) Jeweils die am gleichen Tag wie die Europawahl abgehaltene Wahl.

der letzten Nationalwahl die Muster sehr viel eindeutiger als beim Vergleich der beiden letzten Europawahlen.

Wo Sozialisten an der Regierung beteiligt sind, wurde ihnen nahezu durchgängig ein Denkkzettel verpaßt (vgl. Tabelle 6); eine Ausnahme bildet hierbei Italien. Kaum besser sieht es auf der Seite der Konservativen aus, wo sie in Europa am Ruder waren. In drei Ländern honorierten die Wähler ihre Arbeit, überall sonst mußten sie Einbußen einstecken (vgl. Tabelle 7). Unter diesem Blickwinkel treten die für Nebenwahlen typischen Muster auf: Neigung zu Strafaktionen gegen die verantwortliche Regierung, Protestvoten für die Opposition.

#### IV. Tendenzen zu den extremen Rändern?

Wie schon 1984 gab es auch am 15./18. Juni 1989 nahezu durchweg Gewinne für grüne Parteien bzw. der bisherigen „Regenbogenfraktion“ angeschlossene Gruppierungen (vgl. Tabelle 8). Sie reichten von dem leichten Zuwachs (+0,2) der bundesdeutschen GRÜNEN bis zu den 14,5 Prozent der englischen Green Party. Leichte Verluste gab es nur in

Spanien sowie für die dänische „Volksbewegung“ gegen die EG“.

Weit weniger durchgängig im Vergleich zu den Ökologen war der Trend auf dem rechtsextremen Spektrum (vgl. Tabelle 9). Drei Gewinnländern, mit der Bundesrepublik deutlich an der Spitze, ste-

**Tabelle 8: Stimmenanteile der GRÜNEN/„Regenbogen“-Parteien in den beiden Europawahlen**

Prozentuale Veränderung E 1984/87 gegenüber E 1989			
Großbritannien	+14,5	Belgien	+2,6
Frankreich	+ 7,2	Niederlande	+1,4
Luxemburg	+ 5,2	Bundesrepublik	+0,2
Italien	+ 3,8	Spanien	-0,2
Irland	+ 3,3	Dänemark	-1,9

**Tabelle 9: Stimmenanteile der Europäischen Rechten in den beiden Europawahlen**

Prozentuale Veränderung E 1984/87 gegenüber E 1989			
Bundesrepublik	+8,0*)	Griechenland	-1,1
Belgien	+2,8	Italien	-1,0
Frankreich	+0,8	Großbritannien	-0,6

\*) 1989: Republikaner, Deutsche Volkunion (DVU), Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP); 1984: NPD.

hen drei Verlustländer gegenüber. Die statistische Bedeutung dieser Zahlen tritt jedoch zurück hinter die politische Gewichtung dieser Entwicklung. Er ist überaus brisant, wenn — mehr als 40 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs — in drei der großen EG-Mitgliedstaaten rechtsradikale Parteien fünf Prozent der Wählerstimmen und mehr erreichen. Und dies insbesondere mit anti-europä-

schen Affekten, die sie bei ihren Wählern stimulieren. Für die Bundesrepublik läßt sich feststellen: Die Europawahl 1989 verhalf einer neuen Rechtspartei zum Durchbruch; sie war damit Anlaß und Instrument für Teile der Wählerschaft, eine neue politische Orientierung zu dokumentieren.

Im Vergleich zu den Nationalwahlen verschärft sich auch europaweit der Trend zu den radikalen Parteien. Die Ökologen gewannen durchweg (vgl. Tabelle 10), auch die Rechtsparteien (Tabelle 11); Italien stellt dabei wiederum eine Ausnahme dar, weil im europäischen Vergleich die Faschisten die längste Parlamentstradition in der Nachkriegsgeschichte haben und deshalb offenbar Verschleißerscheinungen zeigen.

**Tabelle 10: Stimmenanteile der GRÜNEN/„Regenbogen“-Parteien in nationaler und in europäischer Wahl**

Prozentuale Differenz Europawahl 1989 gegenüber letzter Nationalwahl			
Dänemark *)	+18,9	Niederlande	+3,5
Großbritannien	+14,5	Spanien	+1,5
Frankreich	+10,2	Irland (**)	+1,1
Belgien	+ 6,4	Bundesrepublik	+0,1
Luxemburg (**)	+ 4,8		

**Tabelle 11: Stimmenanteile der Europäischen Rechten in nationaler und in europäischer Wahl**

Prozentuale Differenz Europawahl 1989 gegenüber letzter Nationalwahl			
Bundesrepublik	+8,2*)	Griechenland	+1,2
Belgien	+2,2	Großbritannien	+1,0
Frankreich	+2,0	Italien	-0,4

\*) Jeweils die am gleichen Tag wie die Europawahl abgehaltene Wahl.

\*\*) Folkebevægelsen: Kandidatur nur bei Europawahlen.

\*\*\*) Die Daten liegen noch nicht vor.

\*) 1989: Republikaner, DVU, FAP; 1987: NP, FAP.

## V. Der Charakter als low-interest-Wahl 1989 erneut bestätigt

Am 15. bzw. 18. Juni 1989 wurden bei der dritten Direktwahl des Europäischen Parlaments rund 138 Millionen gültige Stimmen für die Parteien abgegeben, eine Million weniger als 1984 (eingerechnet die 1987 nachgeholtten Wahlen der Neumitglieder Portugal und Spanien). Und das, obwohl etwa acht Millionen mehr Bürger der Gemeinschaft wahlberechtigt waren.

Fast 245 Millionen Bürger der zwölf EG-Mitgliedsstaaten waren aufgerufen, die Abgeordneten des Europäischen Parlaments zu wählen, rund acht Millionen mehr als bei der letzten Wahl 1984/87. Die Zahl der Wähler blieb mit rund 143 Millionen jedoch fast unverändert. So ergab sich erneut ein Rückgang der europaweiten Wahlbeteiligung um etwa zwei Prozentpunkte auf 58,5 Prozent. Rechnet man zum Wahlgang von 1984 die Wahlen von 1987 in Portugal (gleichzeitig mit einer Nationalwahl) und Spanien nicht hinzu, dann betrug die Wahlbeteiligung damals 59,4 Prozent und lag knapp einen Punkt höher als 1989.

Wegen unterschiedlicher Wahlrechtsformen (Wahlpflicht in einigen Ländern) und situativer Sonderbedingungen (wie der gleichzeitigen Nationalwahlen in Irland, Griechenland und Luxemburg, was die

Wahlbeteiligung erhöhte) waren 1989 auch wieder starke Abweichungen zwischen den zwölf Mitgliedsländern in Trend und Größenordnung der Wahlbeteiligung zu beobachten.

Deutliche Rückgänge der Wählerquoten, die zu Werten etwas über oder unter der 50-Prozent-Marke führten, weisen Portugal (-21,1 Punkte; hier gab es keine gleichzeitige Nationalwahl wie 1987), Spanien (-14,1), Frankreich (-8,0), Dänemark (-6,3) und die Niederlande (-3,4) auf. Durchschnittlich verringert haben sich die Wählerzahlen in Italien (-1,9), Belgien (-1,4) und Luxemburg (-1,4), also in jenen Ländern, die wegen der Wahlpflicht die eifrigsten Europawähler aufweisen (über 80 Prozent). Nur in vier Ländern stieg die Wahlbeteiligung: Drastisch (+20,7) wegen der Nationalwahl in Irland, leicht in der Bundesrepublik (+5,5), in Großbritannien (+3,6), das aber dennoch mit 36,2 Prozent Schlußlicht bleibt, sowie in Griechenland (+2,3), wo es Wahlpflicht gibt und die Wähler durch die gleichzeitige Nationalwahl zusätzlich motiviert waren.

So bestätigt sich, was auch schon in bezug auf allgemeine Trends nach links oder rechts, zu den klei-

**Tabelle 12: Wahlbeteiligung bei den Europawahlen 1989, 1984, 1979**

	Wahlbeteiligung				
	1989 %	Differenz 1989–1984	1984 <sup>1)</sup> %	Differenz 1984–1979	1979 %
Belgien	90,7	– 1,4	92,1	+ 0,7	91,4
Luxemburg	87,4	– 1,4	88,8	– 0,1	88,9
Italien	81,5	– 1,9	83,4	– 1,5	84,9
Griechenland	79,3	+ 2,3	77,0	– 1,6	78,6 <sup>2)</sup>
Irland	68,3	+20,7	47,6	–16,0	63,6
Deutschland	62,3	+ 5,5	56,8	– 8,9	65,7
Spanien	54,8	–14,1	68,9	–	–
Portugal	51,3	–21,1	72,4	–	–
Frankreich	48,7	– 8,0	56,7	– 3,9	60,6
Niederlande	47,2	– 3,4	50,6	– 7,2	57,8
Dänemark	46,1	– 6,3	52,4	+ 4,6	47,8
Großbritannien	36,2	+ 3,6	32,6	+ 0,3	32,3
Europa insgesamt	58,5	– 2,1	60,6	– 1,9	62,5

<sup>1)</sup> Spanien und Portugal: 1987; <sup>2)</sup> 1981.

neren Parteien am Rande oder im Hinblick auf den Oppositionseffekt bei Nebenwahlen festgestellt wurde: Wegen der differenzierten Trendmuster läßt sich der europäische Wahlgang 1989 nur schwer in allgemeine Entwicklungen einordnen. Dies gilt auch für die Wahlbeteiligung. Allerdings ist der europaweite Durchschnittswert wie schon zwischen 1979 und 1984 erneut um rund zwei Prozentpunkte gesunken. Dies bestätigt die These von der low-

interest-Wahl. Dieser Trend setzt sich jedoch aus gegenläufigen Komponenten zusammen, die zum größten Teil wieder nur aus nationalen Sonderbedingungen zu erklären sind.

Wahlsoziologisch gesehen blieb die Europäische Gemeinschaft somit ein vielschichtiges, in sich stark differenziertes Gebilde, weit entfernt von einem politisch geeinten Europa.



# Die dritten Direktwahlen zum Europäischen Parlament in der Bundesrepublik Deutschland

## I. Der Charakter von Europawahlen

Europawahlen haben ihre eigenen Rahmenbedingungen, Entscheidungssituationen und Quasi-Gesetzmäßigkeiten. Eine europäische Regierung steht (bisher) nicht zur Wahl. Das Europäische Parlament (EP) hat im Beziehungsgeflecht der europäischen Institutionen einen zwar zunehmenden, aber immer noch relativ geringen Einfluß auf die europäische Politik. Und die politischen Programme und Stärkeverhältnisse der EP-Fraktionen und ihrer jeweiligen Flügel sind für die Mehrzahl der Wähler nur schwer durchschaubar. Damit entfällt für die meisten Wähler ein bedeutendes Wahlmotiv: das Bewußtsein, auf europäischer Ebene über Machterhalt oder Machtwechsel, über die Kontinuität einer bestimmten Politik oder deren Kurskorrektur entscheiden zu können. Europawahlen stellen sich für die Wähler als eine vergleichsweise unwichtige Wahl dar, bei der für sie wenig auf dem Spiel zu stehen scheint. Dies spiegelt sich auch in den Einschätzungen der Bevölkerung wider: Kurz vor der Wahl hielten 63 % der Befragten Europawahlen für sehr wichtig oder zumindest für wichtig – im Gegensatz zu 95 %, die den Bundestagswahlen, 90 % die den Landtagswahlen und immerhin noch 86 %, die den Kommunalwahlen diese Bedeutung zumaßen<sup>1)</sup>.

Europawahlen haben deshalb in der Bundesrepublik den typischen Charakter von Nebenwahlen, bei der die Wahlentscheidungsfaktoren der spezifi-

schen politischen Arena (hier: Europapolitik) durch Faktoren der politischen Hauptarena (nationale Politik) ergänzt oder überlagert werden<sup>2)</sup>. Infolge der geringen Bedeutung von Nebenwahlen ist die Wahlbeteiligung typischerweise gering und die Neigung zum Protestwahlverhalten gegen die Politik der jeweiligen nationalen Regierung groß. Deshalb fiel bei den bisherigen Europawahlen die Wahlentscheidung in den meisten EG-Mitgliedsländern zu Lasten der jeweiligen nationalen Regierungsparteien aus<sup>3)</sup>. Aufgrund einer Quasi-Gesetzmäßigkeit hängt die Größe der Verluste dabei von einer typischen Popularitätskurve der Regierungsparteien ab: Nach gewonnener nationaler Wahl steigt die Regierungspopularität zunächst infolge einer Nachwaleuphorie für kurze Zeit an, sinkt dann aber in der Folgezeit bis etwa in der Mitte einer Legislaturperiode deutlich ab, um kurz vor der nächsten nationalen Wahl wieder anzusteigen<sup>4)</sup>. Das Ergebnis der Europawahl wird für die nationale(n) Regierungspartei(en) deshalb wesentlich dadurch mitgeprägt, in welche Popularitätsphase der Zeitpunkt der Europawahl fällt. In den Koalitionsregierungen der Bundesrepublik ist besonders die größere Regierungspartei von den Popularitätsverlusten in der Mitte einer Legislaturperiode betroffen. Auf die FDP als kleineren Koalitionspartner wirkt sich dagegen der Popularitätszyklus in der Regel kaum aus.

## II. Nationale und europäische Meinungstrends im Vorfeld der Wahl

### 1. Die bundespolitische Ausgangslage

Gemessen an ihrer Popularitätskurve (Abbildung) fand die Europawahl 1989 für die in Bonn regierenden Unionsparteien zu einem wesentlich ungünsti-

geren Zeitpunkt statt als die vorausgegangene. Im Juni 1984 (15 Monate nach der Bundestagswahl) hatten sie zwar bereits an Popularität verloren, wurden aber im Vergleich zur SPD noch überwiegend

<sup>1)</sup> Soweit nicht ausdrücklich anders zitiert, beziehen sich alle in diesem Beitrag verwendeten Umfragezahlen auf Untersuchungen des Forschungsinstituts der Konrad-Adenauer-Stiftung.

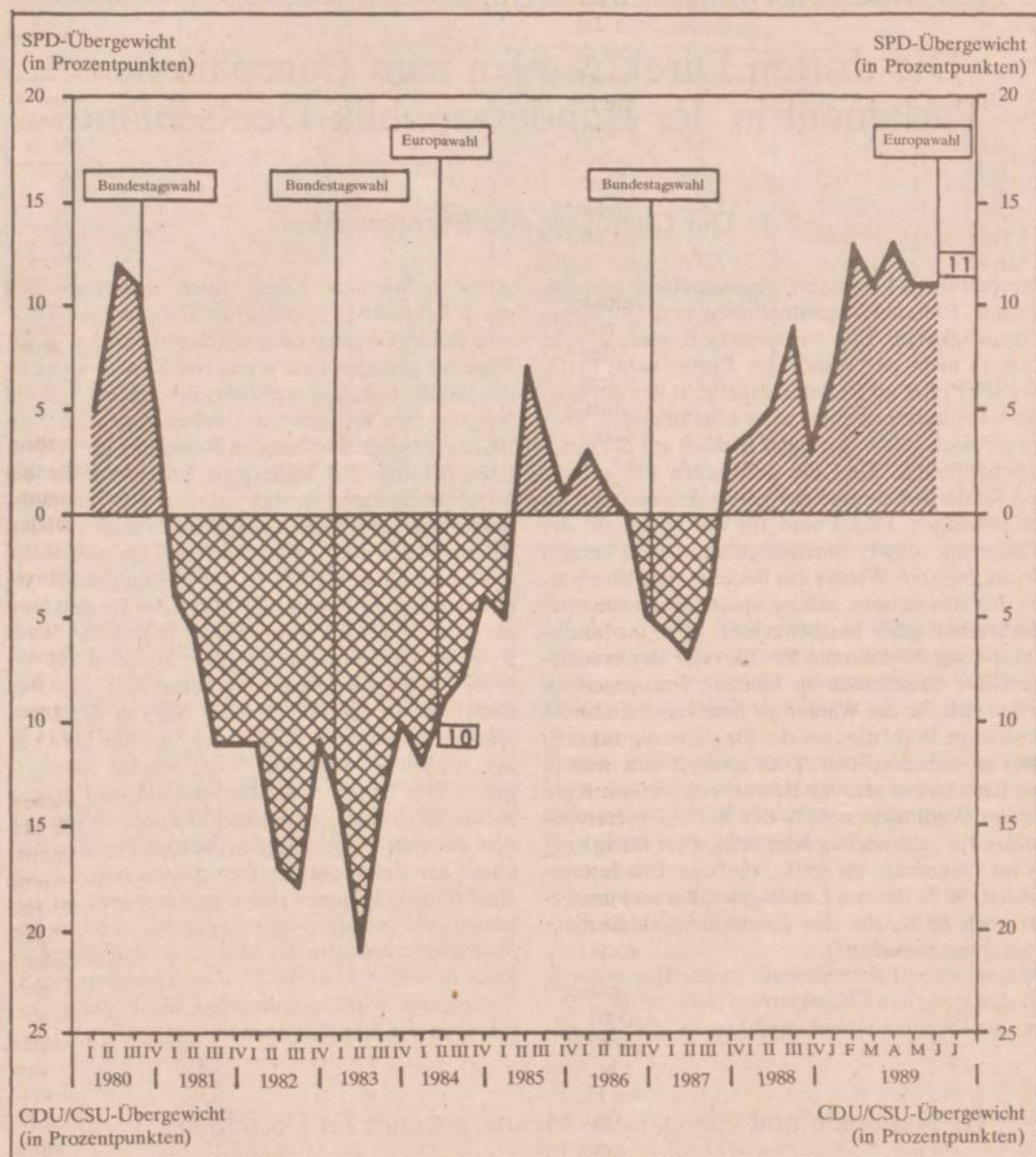
<sup>2)</sup> Zur Theorie der Nebenwahlen vgl. Karlheinz Reif, Ten second-order national elections, in: Karlheinz Reif (Hrsg.), Ten European Elections, Aldershot 1984; Karlheinz Reif/Hermann Schmitt, Nine Second-Order Elections – A Con-

ceptual Framework for the Analysis of European Election Results, in: European Journal for Political Research, 8 (1980).

<sup>3)</sup> Vgl. Karlheinz Reif, Nationale Regierungen verlieren die Wahl zum Europäischen Parlament 1984, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 15 (1984) 3, S. 341–352; ders., National Electoral Cycles and European Elections 1979 and 1984, in: Electoral Studies, (1984) 3, S. 244–255.

<sup>4)</sup> Vgl. K. Reif (Anm. 2 und 3).

Abbildung: Entwicklung der politischen Stimmung (Parteien-Index) in der Bundesrepublik



Frage: Nun einmal ganz allgemein: Welche der politischen Parteien gefällt Ihnen zur Zeit am besten? (Soweit man das sagen kann.) (Welche ist denn gerade noch die beste?)

Quelle: Infas-Report Wahlen, Europawahl 1989, Bonn 1989, S. 69.

positiv eingeschätzt. Im Juni 1989 dagegen — fast zweieinhalb Jahre nach der Bundestagswahl 1987, die von schwierigen, von der Bevölkerung vielfach kritisch bis ablehnend aufgenommenen Reformvorhaben gekennzeichnet waren — befanden sie sich in einem ausgeprägten Stimmungstief, in das sie seit Anfang des Jahres 1988 geraten waren. Zwar ver-

besserte sich dieses Stimmungstief seit Mai 1989 leicht<sup>5)</sup>, dennoch lag die Union zum Zeitpunkt der Wahl in ihrer Popularität ebensoweit hinter der SPD zurück, wie sie 1984 vor ihr geführt hatte.

<sup>5)</sup> Vgl. Forschungsgruppe Wahlen, Europawahl — Eine Analyse der 3. Direktwahl zum Europaparlament (Bericht Nr. 54), Mannheim 1989, S. 12.

Ein weiteres Novum in der innenpolitischen Parteienkonstellation waren die Wahlerfolge, die rechtsradikale Splitterparteien seit Anfang des Jahres 1989 erzielten. Galten die Republikaner bis dahin noch primär als bayerisches Phänomen, so brachten sie mit ihrem Wahlerfolg im Januar 1989 die Berliner CDU um die Mehrheit im Abgeordnetenhaus. Sechs Wochen später mußte die CDU auch bei den Kommunalwahlen in Hessen deutliche Verluste durch die NPD und die Republikaner hinnehmen. Sie verlor dabei ihre Mehrheit in Frankfurt und in zahlreichen weiteren kommunalen Parlamenten.

Spätestens jetzt wurde deutlich, daß die Unionsparteien durch die vermehrte Konkurrenz am rechten Rand des Parteiensystems Gefahr liefen, Stimmen zu verlieren. Diese Gefahr erschien besonders bei der Europawahl groß, da hier ein innenpolitisches Protestvotum leichtfällt, weil damit der Bestand der Bundesregierung nicht gefährdet wird, die Wahlentscheidung auf nationaler Ebene also folgenlos bleibt.

## 2. Die europapolitische Ausgangslage

Die Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft und die deutsche EG-Mitgliedschaft wurden im Vorfeld der Wahl sehr differenziert und pragmatisch beurteilt. Dabei ergaben sich zwei gegenläufige Trends: Zum einen stiegen nach dem Durchbruch, der mit der Entscheidung zur Einführung des europäischen Binnenmarktes erreicht wurde, die positiven Haltungen gegenüber dem europäischen Integrationsprozeß deutlich an. Andererseits deutete sich mit einer ausgeprägten Forderung nach Wahrung und Einbringung der deutschen Interessen innerhalb der EG ein verstärktes deutsches Selbstbewußtsein an, das das eher ideelle Europaengagement früherer Jahre allmählich ablöste<sup>6)</sup>.

Für 90 % der Bundesbürger ist die Europäische Gemeinschaft zu einer Selbstverständlichkeit geworden; nur 10 % wollen sie abschaffen. Überwog noch vor der Europawahl 1984 die Ansicht, die erste Legislaturperiode des direkt gewählten Europaparlaments sei eher durch Rückschläge (35 %) als durch Fortschritte (21 %) im europäischen Integrationsprozeß gekennzeichnet gewesen, so ergab sich diesmal ein deutlich positiveres Meinungsbild (Tabelle 1). Gut jeder zweite Bundesbürger war von

**Tabelle 1: Veränderungen im Prozeß der europäischen Einigung**

	Seit der letzten Europawahl sehen:		
	Fort- schritte %	Rück- schläge %	keine Veränderung %
3/1984	21	35	41
3/1989	36	13	48
5/1989	54	10	37
6/1989	51	8	37

Quelle: 3/1984, 3/1989 Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung, Archiv-Nr. 8401, 8901; 5/1989, 6/1989 Basisresearch-Telefonumfragen.

den Fortschritten im europäischen Einigungsprozeß überzeugt. Nur jeder dreizehnte beurteilte den Integrationsprozeß negativ. Die stärkste Zunahme der Positiveinschätzungen erfolgte in den letzten drei Monaten vor der Wahl. Auch die Arbeit des Europäischen Parlaments wurde besser eingeschätzt als 1984. Der Integrationsprozeß selbst fand bei der großen Mehrheit der Bevölkerung grundsätzliche Befürwortung. Gut die Hälfte der Bevölkerung wollte ihn so weiter geführt sehen wie bisher. Ein Drittel sprach sich sogar für eine Beschleunigung der europäischen Einigung aus und nur 14 % wollten sie verlangsamen.

Der Wunsch nach Schaffung einer europäischen Regierung stand dabei im Vordergrund. 52 % der Bevölkerung waren für eine solche Regierung entweder mit beschränkten oder sogar mit umfassenden Kompetenzen (Tabelle 2). Für die meisten Wähler stellte sich die Frage nach der zukünftigen Ausgestaltung der Europäischen Gemeinschaft aber als Alternative zwischen dem Status quo (36 %) und einer europäischen Regierung mit eingeschränkter Kompetenz (35 %) dar. Eine Regierung mit umfassender Kompetenz wurde nur von 17 % befürwortet. Auffällig waren dabei, abweichend vom allgemeinen Trend, generationsspezifische Bewertungsmuster. Die Wähler der mittleren Altersgruppen (25- bis 44jährige) hatten die weitestgehende Vorstellung von einer zukünftigen Ausgestaltung der EG, nämlich die Befürwortung einer europäischen Regierung mit umfassender Kompetenz (ca. 23 %). Eine Regierung mit beschränkter Kompetenz fand unter den 18- bis 24jährigen Jung- und Erstwähler die meisten Anhänger (43 %). Bei den älteren Jahrgängen – insbesondere den über 60jährigen – zeigte sich dagegen eine deutlich überdurchschnittliche Befürwortung des Status quo und gleichzeitig die stärkste EG-Gegnerschaft.

<sup>6)</sup> Zu einer ausführlichen Darstellung vgl. H.-J. Veen/P. Gluchowski/K.-H. Dittrich/J. Graf/W. Staudt, Trends in der öffentlichen Meinung im Vorfeld der Europawahl 1989, Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung, Interne Studien Nr. 12/89, Sankt Augustin 1989; sowie H.-J. Veen/P. R. Weilemann/K.-H. Dittrich/C. A. Fischer/P. Gluchowski/J. Graf/P. Mnich/W. Staudt/U. von Wilamowitz-Moellendorf, Die Europawahl in der Bundesrepublik Deutschland vom 18. Juni 1989, paper, Sankt Augustin 1989.

**Tabelle 2: Zukünftige Ausgestaltung der Europäischen Gemeinschaft**

	Für die beste Möglichkeit halten:			
	Europäische Regierung mit		Status quo	EG auflösen
	umfassender Kompetenz	beschränkter Kompetenz		
%	%	%	%	
Insgesamt	17	35	36	10
18—24 Jahre	14	43	35	6
25—29 Jahre	23	38	29	8
30—44 Jahre	22	37	32	8
45—59 Jahre	14	33	42	10
60 Jahre u. ä.	14	31	39	15

Quelle: Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung, Archiv-Nr. 8901, März 1989.

genauer Wortlaut:

**Europäische Einigung mit umfassender Kompetenz:**

Die Grenzen zwischen den europäischen Staaten werden aufgehoben. Es gibt eine einheitliche europäische Regierung mit weitreichender, verbindlicher Entscheidungsbefugnis; die einzelnen Länder haben zusätzlich ihre Regierungen für die Wahrnehmung bestimmter einzelner Aufgaben.

**Europäische Regierung mit beschränkter Kompetenz:**

Die Europäische Gemeinschaft wird ausgebaut. Alle Länder haben zwar weiterhin ihre eigenen Regierungen, zusätzlich aber gibt es das Europäische Parlament mit einer Regierung, die für einzelne bestimmte Aufgaben verantwortlich ist.

**Status quo:**

Die Europäische Gemeinschaft soll weiter bestehen bleiben wie bisher, d. h., es gibt ein Europäisches Parlament mit Vorschlagsrecht, aber keine europäische Regierung. Die Entscheidung über die Vorschläge hat weiterhin jedes Land für sich allein.

**EG auflösen:**

Die Europäische Gemeinschaft hat sich in der Vergangenheit nicht bewährt, sie sollte wieder aufgelöst werden.

Während die europäische Einigung grundsätzlich von einem wachsenden Teil der Bevölkerung zunehmend honoriert wurde, mehrten sich andererseits in den letzten Monaten vor der Wahl offensichtlich die Verärgerungen über und die Unzufriedenheit mit der konkreten Politik innerhalb der Europäischen Gemeinschaft. Dies kam besonders bei der Bewertung der deutschen EG-Mitgliedschaft zum Ausdruck. Noch im November 1988 unterschieden sich hier die Einschätzungen kaum vom generellen Bild früherer Jahre: Die Hälfte der Bevölkerung nahm Vorteile und Nachteile der EG-Mitgliedschaft gleichermaßen wahr. Und diejenigen, die überwiegend negativ urteilten, hielten sich mit den überwiegend Zufriedenen die Waage (je-

**Tabelle 3: Nutzen der EG-Mitgliedschaft für die Bundesrepublik**

	Die Mitgliedschaft in der EG bringt der Bundesrepublik:		
	eher Vorteile %	teils Vorteile/teils Nachteile %	eher Nachteile %
10/1983	27	46	23
11/1988	24	50	24
3/1989	24	44	31
6/1989	27	31	39

Quelle: 10/1983 bis 3/1989 Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung, Archiv-Nr. 8307, 8804, 8901; 6/1989 Infas-Report Wahlen, Europawahl 1989, Bonn 1989, S. 120.

weils ein Viertel der Wähler). Danach stieg jedoch der Anteil der Skeptiker stark an (Tabelle 3). Im Mai 1989 lag er bereits bei 31 % und erhöhte sich bis zur Wahl im Juni noch auf 39 %. Kurz vor der Wahl überwogen im Meinungsklima damit deutlich die negativen Aspekte deutscher EG-Mitgliedschaft.

Als ein wesentlicher Posten dieser Negativbilanz wurde dabei die „Zahlmeisterrolle“ der Bundesrepublik angesehen. Obwohl 40 % aller Bundesbürger nach eigenem Bekunden nicht wußten, wie hoch die deutschen Zahlungen an die EG-Gemeinschaftskasse sind, hielten sie zwei Drittel unverändert für zu hoch. Und diejenigen, die Veränderungen in der Höhe der Zahlungen während der letzten Jahre wahrgenommen hatten, urteilten weitgehend negativ: 72 % von ihnen hielten die deutschen Beiträge für noch ungerechter als einige Jahre zuvor.

Auch die Auswirkungen des europäischen Binnenmarktes auf die Bundesrepublik wurden — gemessen an den überaus positiven Einstellungen zur europäischen Integration — eher vorsichtig zurückhaltend eingeschätzt. Bei relativ geringem Kenntnisstand hielten sich Hoffnungen und Befürchtungen ziemlich exakt die Waage. Die eine Hälfte der Bevölkerung sah den Binnenmarkt eher optimistisch, die andere eher pessimistisch. Negative Auswirkungen des Binnenmarktes wurden dabei überwiegend im Bereich der Wirtschaftspolitik (35 %) und der Arbeitsmarktpolitik (16 %) erwartet. Die Bundesbürger fürchteten vor allem allgemeine Wettbewerbsnachteile für die Bundesrepublik und speziell für die deutschen Landwirte, mögliche Preissteigerungen, eine Steigerung der Arbeitslosenzahlen, die vermehrte Einreise von Gastarbeitern und die Gefährdung des hohen deutschen Sozialleistungsstandards.

Bei dieser kritischen Sicht über den Nutzen der EG für die Bundesrepublik wurde die jetzige Wahl ver-

mutlich stärker von bundesrepublikanischem Selbstbewußtsein dominiert als die vorherigen. Die Durchsetzung der bundesdeutschen Belange innerhalb der EG hatte für die Wähler einen klaren Vorrang vor weiteren Fortschritten in der europäischen Integration. Nur 19 % waren bereit, diese nationalen Interessen zugunsten einer europäischen Einigung zurückzustellen. 79 % dagegen wollten sie unter allen Umständen künftig in der Europäischen Gemeinschaft durchgesetzt wissen (Tabelle 4). Die Anhänger von CDU/CSU, SPD und FDP unterschieden sich in dieser Haltung nicht wesentlich. Die weitaus stärkste Befürwortung für einen harten nationalen Kurs in Brüssel und Straßburg kam aus dem Wählerpotential der neuen rechtsradikalen Parteien, die geringste dagegen war in der Anhängerschaft der GRÜNEN zu beobachten.

**Tabelle 4: Durchsetzung nationaler Interessen in der EG**

	Die Bundesrepublik sollte in der EG:	
	ihre nationalen Interessen durchsetzen %	diese zugunsten der europäischen Einigung zurückstellen %
Ingesamt	79	19
CDU/CSU-Anhänger	82	16
SPD-Anhänger	78	20
FDP-Anhänger	85	15
Anhänger der GRÜNEN	58	37
„rechtes“ Wählerpotential	93	6

Quelle: Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung, Archiv-Nr. 8901.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung erschien es fraglich, ob die Unionsparteien ihre europapolitische Kompetenz, die ihnen bei den vorherigen Europawahlen zu guten Ergebnissen verholfen hatte, auch diesmal würde umsetzen können. Trotz innenpolitischer Schwierigkeiten schien diese Kompetenz noch im März 1989 ungebrochen. 45 % der Wähler billigte ihnen den stärksten Einsatz für Europa zu. Nur 33 % hielten die SPD für kompetenter. Damit hatte sich der Vorsprung der CDU/CSU vor der SPD gegenüber der Situation vor der Europawahl 1984 sogar noch um fünf Prozentpunkte vergrößert.

Die gewandelte Einstellung über den Nutzen der konkreten EG-Politik für die Bundesrepublik

schien jedoch diejenigen Parteien, die im Wahlkampf eine eher anti-europäische Haltung erkennen ließen, eher zu begünstigen. Bereits bei der Europawahl 1984 gelang es insbesondere der NPD (aber auch anderen kleinen rechten Splitterparteien) mit einem Wahlkampf gegen die Europäische Gemeinschaft kleinere Wahlerfolge zu erzielen. Mit den Republikanern und der Deutschen Volksunion (DVU) traten 1989 erstmalig Parteien an, die mit ihrem generellen massiven „Nein zu dieser EG“ auf breiter Front Protest und Antihaltungen gegen die Europäische Gemeinschaft zu mobilisieren versuchten und damit für EG-kritische Wähler eine erfolgversprechende, eindeutig nationalistische und anti-europäische rechte Alternative darstellten.

Bundesweit existierte im Frühjahr 1989 ein latentes rechtes Wählerpotential von beachtlicher Größe: 15 % erklärten sich bereit, die Republikaner oder eine andere rechtsradikale Partei „unter gegebenen Umständen“ mit ihrer Stimme zu unterstützen. Nirgendwo waren die kritischen Einstellungen gegenüber der EG so verbreitet wie in diesem Wählerpotential: Fast zwei Drittel sahen in der deutschen EG-Mitgliedschaft nur Nachteile; 84 % hielten die Leistungen der Bundesrepublik an die EG für zu hoch, und fast zwei Drittel sahen dem Binnenmarkt mit besonders starken Befürchtungen entgegen. Annähernd jeder aus diesem Potential (93 %) sprach sich für die uneingeschränkte Durchsetzung der deutschen Interessen in Brüssel und Straßburg aus. Diese Haltung wurde für die Anhänger des Rechtspotentials zum wichtigsten Wahlmotiv überhaupt.

In diesem politischen Klima waren sowohl die Wahlbeteiligung als auch die Stimmabgabe für eine bestimmte Partei stärker als bei den vorausgegangenen Europawahlen eine Entscheidung zwischen pro- und antieuropäischer Haltung. Dieses Spannungsfeld wirkte sich zweifellos auf die Wählerschaft mobilisierend aus. Jeder dritte Wähler hielt die Europawahl vom 18. Juni 1989 für wichtiger als die beiden vorhergehenden.

### 3. Politische Themen zwischen europäischer Zuständigkeit und verstärktem nationalem Interesse

Im Spannungsfeld zwischen pro- und antieuropäischen Haltungen hielten die Wähler weitgehend die schon seit Jahren drängenden nationalen Probleme auch im europäischen Rahmen für wichtiger als die verschiedensten Themen der europäischen Integration. Im Wahlkampf selbst spielten jedoch für viele Wähler Themen nur eine untergeordnete Rolle. Wie schon 1984 konnten auch 1989 in Meinungsumfragen mehr als ein Drittel der Befragten keine Angaben über die wichtigsten Themen im Wahl-

Tabelle 5: Nationale oder europäische Lösung politischer Probleme

	besser für uns allein		zusammen mit anderen	
	Herbst 1988 %	Frühjahr 1989 %	Herbst 1988 %	Frühjahr 1989 %
Die Arbeitsplätze sichern	53	64	41	33
Den Frieden sichern	12	17	85	81
Für den Umweltschutz sorgen	15	17	82	82
Die Renten sichern	72	82	21	15
Eine stabile Wirtschaftslage sichern	36	47	58	50
Den Zuzug von Ausländern (Asylanten) einschränken (begrenzen)	—	50	—	39
Mehr für die Gesunderhaltung der Menschen tun	35	47	55	47
Die Preise stabil halten	48	56	47	40
Die Bürger wirksamer vor Verbrechen schützen	29	44	63	51
Den Wohnungsbau fördern	—	76	—	18
Die Sozialleistungen verbessern	65	76	26	19
Die Entspannungspolitik mit der Sowjetunion verstärken (weiterführen)	17	19	73	75
Mehr für die berufliche Gleichstellung der Frau tun	40	48	46	41
Das Bündnis mit den USA stärken	16	20	68	68

Quelle: Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung, Archiv-Nr. 8804, 8901.

kampf machen<sup>7)</sup>. Die wahrgenommenen Wahlkampfthemen betrafen zwar weitgehend integrationspolitische Fragen wie die Einführung des Binnenmarktes und die Weiterführung der Vereinigung/Integration; von den politischen Aufgaben, die man als wichtig für Europa ansah, waren diese aber nicht die wichtigsten. An vorderster Stelle standen vielmehr solche Aufgaben, die schon seit Jahren auch im nationalen Rahmen als besonders wichtig angesehen wurden, nämlich die Friedenssicherung (46%), der Umweltschutz (26%), die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit (14%), die Wirtschaftsstabilität (9%) und die Ausländer-/Asylantenpolitik (8%)<sup>8)</sup>. Dann erst folgten der Wichtigkeit nach die Themen der europäischen Integration, wie die im Wahlkampf der Parteien besonders herausgehobene Thematik des zukünftigen europäischen Binnenmarktes (7%), der Wegfall der Grenzen (5%) und die Schaffung einer gemeinsamen Währung (4%).

<sup>7)</sup> Vgl. Infas-Report Wahlen, Europawahl 1989, Bonn 1989, S. 100.

<sup>8)</sup> Basisresearch-Telefonumfragen vom 27.–29. Mai und 6.–8. Juni 1989 (kumuliert), spontane Nennungen auf eine Frage ohne Antwortvorgaben, Mehrfachnennungen möglich.

Hier zeigt sich auf der einen Seite, daß die thematischen Entscheidungsgründe für die Europawahl von denen der nationalen Politik überlagert wurden. Auf der anderen Seite übertrugen viele Wähler aber auch nicht unterschiedslos den nationalen Aufgabenkatalog auf Europa. Denn von den für die Bundesrepublik Deutschland wichtigsten politischen Problemen – Bekämpfung der Arbeitslosigkeit (51%) vor Ausländer-/Asylantenpolitik (36%), Umweltschutz (35%), Rentensicherung (15%) und im Mittelfeld Friedenssicherung (7%)<sup>9)</sup> – wurden nur die Friedenssicherung und der Umweltschutz (wie oben gezeigt) für die europäische Ebene als wichtig angesehen. Offensichtlich erwartet man nur bei bestimmten Aufgaben von der Zusammenarbeit mit anderen Ländern in der Europäischen Gemeinschaft eine Hilfe bei der Lösung dieser Probleme. Diese differenzierte Sicht der Nützlichkeit und Leistungsfähigkeit der EG zeigt sich noch deutlicher in der Beschreibung, welche vorgegebenen Aufgaben besser national und welche besser zusammen mit den europäischen Partnern zu lösen sind (Tabelle 5).

<sup>9)</sup> Spontane Nennungen auf eine Frage ohne Antwortvorgaben nach den wichtigsten politischen Aufgaben in der Bundesrepublik, Mehrfachnennungen möglich, da Zusammenfassung von drei Nennungsmöglichkeiten.

Zu den politischen Aufgaben, die eindeutig besser europaweit gelöst werden sollten, gehörten — neben den bedeutendsten europäischen Aufgaben Umweltschutz und Friedenssicherung — die Entspannungspolitik mit der Sowjetunion und die Bündnisfrage mit den USA. Zu den Aufgaben, die besser allein in der Bundesrepublik zu lösen seien, gehörten ebenso eindeutig die sozialen Fragen wie Rentensicherung, Verbesserung der Sozialleistungen, Wohnungsbauförderung sowie die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Bei anderen von einer Mehrheit der Bevölkerung als wichtig angesehenen Aufgaben wie Wirtschaftsstabilität und Verbrechensbekämpfung bestand unmittelbar vor der Wahl nur noch ein leichtes Übergewicht für eine gemeinsame europäische Lösung. Diese Einstellung ist vor allem darauf zurückzuführen, daß im letzten halben Jahr vor der Wahl nationale Problemlösungen für die Bürger immer mehr in den Vordergrund traten. Davon blieben nur die eindeutig europäisch zuzuordnenden ökologischen sowie außen- und sicherheitspolitischen Themen ausgenommen. Bei allen anderen politischen Aufgaben entschieden sich im Frühjahr 1989 zwischen elf und 15 % mehr Wähler als noch ein halbes Jahr vorher dafür, die Aufgaben besser allein in der Bundesrepublik zu lösen. Die Wähler drückten somit zunehmend Vorbehalte gegen einen zu großen Einfluß der EG auf die Lösung aller Aufgaben aus, die sie nicht eindeutig dem europäischen Rahmen zuordneten bzw. bei denen sie aus Brüssel schlechtere Lösungen als im bundesrepublikanischen Rahmen befürchteten. Besonders ausgeprägt waren diese Vorbehalte unter den Anhängern der rechten Parteien, die sich besonders stark für nationale Lösungen aussprachen. Dieser Trend entspricht dem generell gewachsenen Wunsch, innerhalb der EG deutsche Interessen durchzusetzen.

Ein besonderes Element in der Bedeutung politischer Fragen vor der Europawahl spielte die Ausländer-/Asylantenthematik. In der Form der Zugbeschränkung für Ausländer und Asylanten hat dieses Thema in den letzten Jahren den größten Bedeutungszuwachs erhalten. Sowohl im Herbst

1985 als auch im Herbst 1986 maßen diesem Thema nur gut ein Drittel der Bevölkerung besondere Wichtigkeit bei. Im Frühjahr 1989 dagegen sahen mehr als die Hälfte der Bevölkerung (56 %), zwei Drittel der CDU/CSU-Anhängerschaft und sogar neun von zehn Anhängern der rechten Parteien dieses Thema als besonders wichtig an. Für die Anhänger der rechten Parteien war es sogar die wichtigste politische Aufgabe überhaupt. Der Bedeutungszuwachs innerhalb der letzten zweieinhalb Jahre vollzog sich — wenngleich auf unterschiedlichem Niveau — in allen Bevölkerungsgruppen nahezu gleichmäßig. Junge Leute und Hochgebildete halten dabei das Ausländerthema für weniger wichtig als alte Menschen und Wähler mit Volksschul- bzw. Hauptschulbildung. Darüber hinaus stieg in allen Parteianhängerschaften — angefangen von den Republikanern und der NPD über die Unionsanhänger bis hin zu den Anhängern der GRÜNEN — gegenüber der letzten Legislaturperiode die Bedeutung dieses Themas nahezu gleichmäßig um 20 Prozentpunkte an.

Die Europawahl fand also in einer Zeit statt, in der auf der einen Seite die Themen der europäischen Integration beim Wähler keine hohe Priorität besaßen, auf der anderen Seite aber die Wahlkampfkonzeption der beiden Volksparteien darauf angelegt war, sich als jeweils bessere Europapartei darzustellen<sup>10</sup>). Daneben erwartete man von der EG zwar Hilfe bei der Lösung bestimmter wichtiger Teilbereiche der Politik (insbesondere beim Umweltschutz und in außen- und sicherheitspolitischen Fragen), aber gleichzeitig war in allen anderen Politikfeldern der Wunsch nach eigenständigen bundesrepublikanischen Lösungen gewachsen. Hinzu kamen älterer EG-Agrarprotest und diffuse Ängste, aber auch konkrete Sorgen z. B. um die Zahlmeisterrolle der Bundesrepublik und um die Auswirkungen des Binnenmarktes. Zusammen mit der deutlich gestiegenen distanzierten Haltung gegenüber steigenden Ausländerzahlen bestand deshalb eher für rechte Parteien — die bei diesen Themen die Meinungsführerschaft besaßen — die Chance, dieses Klima für sich zu nutzen, als für die SPD als große Oppositionspartei.

### III. Das Wahlergebnis

Das Wahlergebnis vom 18. Juni 1989 reflektiert den typischen Nebenwahlcharakter der Europawahl: Bei relativ niedriger (wenn auch im Vergleich zu 1984 gesteigener) Wahlbeteiligung mußten die in der Bundesregierung führenden Unionsparteien empfindliche Verluste hinnehmen, die von den übrigen im Bundestag vertretenen Parteien nicht oder

nur in unwesentlicher Höhe in prozentuale Stimmengewinne umgemünzt werden konnten. Der nationale und europapolitische Protest wurde vielmehr rechtsaußen manifest.

<sup>10</sup>) Vgl. Forschungsgruppe Wahlen (Anm. 5), S. 52.

Von 45,8 Millionen wahlberechtigten Bundesbürgern beteiligten sich diesmal 28,5 Millionen an der Wahl. Im Vergleich zur Europawahl 1984 stieg damit die Wahlbeteiligung bundesweit um 5,5 Prozentpunkte auf 62,3 % an. Sie blieb aber noch um 3,4 Punkte unter derjenigen der ersten Direktwahl von 1979 (65,7 %).

Mit einem Stimmenanteil von 37,8 % (10,7 Mill. Wähler) erzielte die CDU/CSU ihr schwächstes Er-

gebnis in den bisherigen Europawahlen. Die Zahl ihrer Mandate im Europäischen Parlament sank von 41 auf 32. Trotz der starken Verluste von 8,1 Prozentpunkten (-758 Tsd. Stimmen) blieb sie aber noch knapp stärkste Partei (Tabellen 6 und 7).

Die SPD mußte bei einem Stimmenanteil von 37,3 % (10,5 Mill. Wähler) trotz eines absoluten Stimmenzuwachses von 1,2 Millionen infolge der

**Tabelle 6: Vergleich der Europawahlergebnisse 1989-1984**

	1989		1984		Veränderung 1989-1984	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%-Punkte
Wahlberechtigte	45 773 179	×	44 465 989	×	+1 307 190	×
Wähler	28 508 598	62,3	25 238 754	56,8	+3 269 844	+5,5
Gültige Stimmen	28 206 690	×	24 851 371	×	+3 355 319	×
CDU/CSU <sup>1)</sup>	10 659 123	37,8	11 417 541	45,9	- 758 418	-8,1
darunter: CDU	8 332 846	29,5	9 308 411	37,5	- 975 565	-8,0
CSU	2 326 277	8,2	2 109 130	8,5	+ 217 147	-0,3
SPD	10 525 728	37,3	9 296 417	37,4	+1 229 311	-0,1
GRÜNE	2 382 102	8,4	2 025 972	8,2	+ 356 130	+0,2
FDP	1 576 715	5,6	1 192 624	4,8	+ 384 091	+0,8
Zentrum	41 190	0,1	93 921	0,4	- 52 731	-0,3
ÖDP	184 309	0,7	77 026	0,3	+ 107 283	+0,4
Mündige Bürger	32 246	0,1	52 753	0,2	- 20 507	-0,1
BP	71 991	0,3	23 539	0,1	+ 48 452	+0,2
BSA	7 788	0,0	-	-	+ 7 788	0,0
LIGA	30 879	0,1	-	-	+ 30 879	+0,1
CM	43 580	0,2	-	-	+ 43 580	+0,2
DKP	57 704	0,2	-	-	+ 57 704	+0,2
ÖKO-UNION	55 463	0,2	-	-	+ 55 463	+0,2
DVU	444 921	1,6	-	-	+ 444 921	+1,6
REP	2 008 629	7,1	-	-	+2 008 629	+7,1
FAP	19 151	0,1	-	-	+ 19 151	+0,1
Arbeitnehmer	10 377	0,0	-	-	+ 10 377	0,0
HP	10 885	0,0	-	-	+ 10 885	0,0
MLPD	10 134	0,0	-	-	+ 10 134	0,0
Bewußtsein	20 868	0,1	-	-	+ 20 868	+0,1
Patrioten	12 907	0,0	-	-	+ 12 907	0,0
EAP	-	-	30 874	0,1	- 30 874	-0,1
EFP	-	-	34 500	0,1	- 34 500	-0,1
FRAUEN	-	-	94 463	0,4	- 94 463	-0,4
FRIEDEN	-	-	313 108	1,3	- 313 108	-1,3
NPD	-	-	198 633	0,8	- 198 633	-0,8

<sup>1)</sup> in Bayern CSU



**Tabelle 7: Sitze der Bundesrepublik Deutschland im Europäischen Parlament**

	CDU/CSU	SPD	FDP	GRÜNE	REP	Sitze insgesamt
1979 <sup>1)</sup>	42	35	4	—	—	81
1984 <sup>2)</sup>	41	33	—	7	—	81
1989 <sup>3)</sup>	32	31	4	8	6	81

<sup>1)</sup> darunter: 2 CDU-Mandate und 1 SPD-Mandat aus Berlin

<sup>2)</sup> darunter: 2 CDU-Mandate und 1 SPD-Mandat aus Berlin

<sup>3)</sup> darunter: 1 CDU-Mandat, 1 SPD-Mandat und 1 AL-Mandat aus Berlin

gestiegenen Wahlbeteiligung einen leichten relativen Verlust von 0,1 Prozentpunkten hinnehmen. Ihre Mandatszähl sank dadurch von 33 auf 31 ab.

Die GRÜNEN konnten mit einem leichten Zuwachs von 0,2 Prozentpunkten (+356 Tsd. Stimmen) ihren Anteil bei 8,4 % (2,4 Mill. Wähler) stabilisieren und die Zahl ihrer Mandate sogar von sieben auf acht erhöhen.

Den Freien Demokraten gelang mit 5,6 % (1,6 Mill. Wähler) der Wiedereinzug in das Europaparlament, wo sie mit vier Sitzen vertreten sein werden. Mit einem Zuwachs von nur 0,8 Prozentpunkten (+384 Tsd. Stimmen) sind sie der größte Gewinner der Wahl unter den im Bundestag vertretenen Parteien.

Eigentlicher Gewinner sind jedoch die Republikaner, die mit ca. zwei Mill. Stimmen die Fünfprozenthürde übersprangen, einen Stimmenanteil von 7,1 % für sich verbuchten und damit auf Anheb sechs Mandate erreichten.

Bemerkenswert hoch liegt außerdem mit 3,7 % der Anteil der „sonstigen Parteien“, wobei allein die rechten Parteigruppierungen (DVU, Ökologisch-Demokratische Partei, Bayern Partei, Christliche Mitte, Zentrum, Liga) 3 % der Stimmen für sich verbuchen konnten. Erfolgreichste Partei unter ihnen war die DVU, die auf 1,6 % kam. Zusammen mit den Republikanern mobilisierte somit der rechtsradikale und rechtskonservative Rand bei dieser Wahl über 10 % der Stimmen.

## IV. Strukturelle und regionale Besonderheiten des Wahlergebnisses

### 1. Strukturelle Besonderheiten

Das vorliegende Wahlergebnis muß vor allem vor dem Hintergrund einer ausgeprägten Nord-Süd-Differenzierung gesehen werden. Regionale Kulturen scheinen dabei für die Gewinn- und Verlustmuster der Parteien ausschlaggebender zu sein als soziale Strukturen<sup>11)</sup>.

Bundesweit betrachtet stieg die Wahlbeteiligung dort am stärksten, wo sie bei der vorhergehenden Wahl niedrig gewesen war, so daß sich die Wahlbeteiligungsraten diesmal tendenziell einander annäherten<sup>12)</sup>. Der deutliche Zuwachs der Wahlbeteiligung wurde zum allergrößten Teil durch die starke Mobilisierung der Wähler in den Bundesländern Bayern (+14,9 Prozentpunkte) und Baden-Würt-

temberg (+10,2 Prozentpunkte) hervorgerufen. Im übrigen Bundesgebiet stieg die Wahlbeteiligung nur um 1,2 Prozentpunkte an. Bei der Europawahl 1984 war sie in beiden südlichen Bundesländern stark überdurchschnittlich gesunken. Offensichtlich äußerten bereits bei dieser Wahl im Süden der Bundesrepublik zahlreiche Bürger ihre Proteste gegen die EG in Form einer Wahlenthaltung, kehrten 1989 aber zu den Urnen zurück. Diese starke Remobilisierung im Süden ging in erster Linie auf das Konto der Republikaner und wirkte sich zu Lasten von CDU und CSU aus. Obwohl die CDU in Baden-Württemberg nur ca. 33 000 Stimmen einbüßte, hatte sie prozentual aufgrund der gestiegenen Wahlbeteiligung einen starken Verlust von 11,6 Prozentpunkten zu verzeichnen. In Bayern gewann die CSU sogar 215 000 Stimmen hinzu, verlor aber prozentual dennoch aus demselben Grund 11,8 Prozentpunkte. Die Republikaner erzielten in Baden-Württemberg ein Ergebnis von 8,7 % und in Bayern sogar eines von 14,6 %. Die SPD verlor in Bayern, gewann in Baden-Württemberg allerdings 1,8 Prozentpunkte hinzu.

<sup>11)</sup> Infas (Anm. 7) spricht von einer „zweigeteilten Republik“, womit gemeint ist, daß sich die Entwicklungen in Bayern und Baden-Württemberg erheblich vom restlichen Bundesgebiet unterscheiden.

<sup>12)</sup> Die folgende Analyse basiert auf den Wahlergebnissen von 327 Stadt- und Landkreisen und Daten der amtlichen Statistik.

Außerhalb Bayerns lagen die Verluste der Union, faßt man alle übrigen Bundesländer zusammen, mit 7,3 Prozentpunkten etwa in der Größenordnung

der letzten Landtagswahlen. SPD, FDP und GRÜNE gewannen Stimmen hinzu; die Republikaner blieben knapp unter 5% (Tabelle 8).

**Tabelle 8: Stimmenanteile und Wählerrends 1984–1989 in Süd und Nord**

	Union	SPD	GRÜNE	FDP	REP	DVU	Andere	Wahlbeteiligung
Anteile 1989 (in %)								
Bayern und Baden-Württemberg	42,7	26,3	8,8	5,4	12,0	1,6	3,2	59,9
Übrige Bundesländer	35,4	42,6	8,3	5,7	4,8	1,6	1,6	63,6
Veränderungen 1984–1989 (in Prozentpunkten)								
Bayern und Baden-Württemberg	-11,6	-1,1	0,4	0,0	12,0	1,6	-1,3	+12,8
Übrige Bundesländer	- 7,3	1,4	0,2	1,1	4,8	1,6	-1,7	+ 2,1

Quelle: Infas-Report Wahlen (Anm. 7), S. 45

Die Bedeutung konfessioneller Bindungen zeigt sich auch bei dieser Wahl, schwächte sich im Vergleich zu früheren Wahlen jedoch ab. Damit setzte sich ein schon länger sichtbarer Trend fort. Die CDU/CSU verlor in Gebieten mit hohen Katholikenanteilen erheblich, blieb aber dennoch stärkste Partei. Gleichzeitig verzeichneten die Republikaner in diesen Regionen überdurchschnittliche Wahlerfolge. Die Gebiete mit hohen Katholikenanteilen liegen jedoch überwiegend in Bayern und Baden-Württemberg; bei getrennter Süd-Nord-Betrachtung stellte der Katholikenanteil kein entscheidendes Kriterium für hohe Wähleranteile der Rechtsparteien dar. Im Süden der Bundesrepublik verlor die CDU/CSU bei starken Gewinnen der Republikaner in katholischen und protestantischen Gebieten relativ gleichmäßig. Außerhalb der beiden südlichen Bundesländer kehrte sich der Zusammenhang sogar teilweise um. Vor allem in den katholischen Gebieten in Rheinland-Pfalz, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen kam zumindest ansatzweise der Oppositionseffekt zum Tragen, indem Teile der Unionsverluste der SPD zuflossen<sup>13)</sup>.

Die Regionen mit überdurchschnittlichen Verlusten der Union und damit gleichzeitig die Gebiete mit den höchsten Stimmenanteilen für die Republikaner sind außerdem durch hohe Anteile an (landwirtschaftlichen) Selbständigen und Arbeitern, niedrige Bevölkerungsdichte sowie niedrige Arbeitslosenquoten gekennzeichnet. Auch diese scheinbar so deutlichen Zusammenhänge sind vor allem auf Nord-Süd-Effekte zurückzuführen. Sie

werden ebenfalls dadurch hervorgerufen, daß die entsprechenden Gebiete überwiegend in Bayern und Baden-Württemberg liegen und in diesen beiden Bundesländern die Republikaner ihre größten Wahlerfolge erzielten. Lediglich für den Arbeiteranteil gilt – sowohl im Süden als auch im restlichen Bundesgebiet –, daß mit steigendem Arbeiteranteil der Stimmenanteil für die Rechtsparteien zunimmt. Diese Tendenz ist in Baden-Württemberg am deutlichsten ausgeprägt, in Bayern und im übrigen Bundesgebiet dagegen nur abgeschwächt sichtbar<sup>14)</sup>.

Die SPD verlor überdurchschnittlich in Regionen, in denen auch die CDU/CSU ihre höchsten Verluste verzeichnete, die Republikaner ihre besten Ergebnisse erzielten und die GRÜNEN leicht dazugewannen. Diese Gebiete liegen fast ausschließlich in Bayern. Außerhalb Bayerns verlor die SPD nur in einigen städtischen Zentren, vorwiegend in solchen mit einem hohen Anteil an Dienstleistungen. Insgesamt verzeichnete sie außerhalb Bayerns überwiegend Gewinne, die mit unterdurchschnittlichen Wahlergebnissen für die Republikaner, hohem Protestantenanteil sowie Verlusten der GRÜNEN zusammenfielen.

Die FDP verbesserte sich insgesamt gegenüber 1984. Ihre Gewinne konzentrierten sich, ebenso wie bei den GRÜNEN, auf städtische Gebiete, während sie in ländlichen Gebieten geringfügig verlor.

<sup>14)</sup> Vgl. C. A. Fischer, Europawahl 1989, Bundesrepublik Deutschland – Ergebnisse der Aggregatdatenanalyse (Tabelleil), Sankt Augustin 1989, S. 145 ff.

<sup>13)</sup> Vgl. Infas (Anm. 7), S. 53 f.

Die Entwicklung in den Hochburgen der einzelnen Parteien folgte im allgemeinen dem Bundestrend. Lediglich die CSU macht eine Ausnahme. Sie verlor in ihren Hochburgen fast 13 Prozentpunkte, von denen die SPD nicht profitierte, sondern sogar trotz niedriger Ausgangsstärke Verluste verzeichnete. Dagegen erreichten die Republikaner in diesen Gebieten Stimmenanteile von 13,6%. In einigen SPD-Hochburgen wanderten offenbar auch ehemalige sozialdemokratische Wähler in größerem Umfang zu den Republikanern ab. Die FDP mußte in den CSU-Hochburgen, entgegen dem Bundestrend, geringe Verluste in Kauf nehmen.

## 2. Raumstruktur und Wahlverhalten

Diese Ergebnisse zeigen, daß Unterschiede zwischen dem Norden und Süden der Bundesrepublik

das Wahlergebnis in wesentlich stärkerem Ausmaß als sozialstrukturelle Merkmale bestimmen. Die große Bedeutung regionaler Einflüsse legt es nahe, das Wählerverhalten verstärkt auf der kleinräumigen Ebene zu betrachten. Vor dem Hintergrund des räumlichen Gliederungssystems zeigt sich, daß innerhalb der beiden südlichen Bundesländer die Wahlbeteiligung in den ländlichen Gebieten sowie im Umland der Städte am stärksten gestiegen war<sup>15)</sup>. Die Verluste der Union fielen in den ländlichen Regionen am höchsten aus (Tabellen 9 und 10).

Das Erstarren der beiden Rechtsparteien kann man nicht als typisch ländliches Phänomen bezeichnen. Ihr Wahlergebnis blieb in Bayern in den städtischen Zentren kaum hinter den ländlichen Gebieten des Alpenvorlandes zurück, wo sie einen Stimmenanteil von 17,3% erreichten.

**Tabelle 9: Ergebnisse der Europawahl 1989 in Baden-Württemberg nach Regions- und Kreistypen**

	Wahlbeteiligung		CDU/CSU		SPD		FDP		GRÜNE		DVU und REP
	1989 %	Diff. 89-84	1989 %	Diff. 89-84	1989 %	Diff. 89-84	1989 %	Diff. 89-84	1989 %	Diff. 89-84	1989 %
Insgesamt	58,4	+10,2	39,3	-11,6	29,1	+1,8	7,2	+0,1	10,0	-0,1	11,1
I. Regionen mit großen Verdichtungsräumen	60,3	+ 8,9	37,1	-10,8	31,1	+1,1	7,7	+0,3	10,4	+0,2	10,9
A Arbeitsmarkt											
- günstig	60,3	+ 8,5	37,1	-10,8	31,1	+1,1	7,7	+0,3	10,4	+0,2	10,9
- ungünstig*)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B Stadt-Umland											
- kreisf. Städte ü. 100 000 E.	59,7	+ 8,3	32,6	-10,0	33,3	-0,2	8,3	+0,5	13,0	+1,5	10,2
- Kreise mit hoher Verdichtung	60,5	+10,0	38,6	-11,2	30,3	+1,7	7,6	+0,2	9,5	-0,3	11,3
- Kreise m. gering. Verdichtung	60,6	+ 9,6	47,1	-10,1	29,6	+2,5	5,0	-0,2	6,2	-0,8	8,9
II. Regionen mit Verdichtungsansätzen	56,8	+10,8	39,9	-12,2	28,2	+2,5	7,0	0	10,2	-0,3	10,9
Stadt-Umland											
- kreisf. Städte ü. 100 000 E.	58,8	+ 9,1	32,4	-11,5	31,0	0	7,1	+0,4	14,1	+1,0	11,8
- Kreise	56,5	+11,0	41,1	-12,5	27,6	+2,5	7,0	-0,1	9,5	-0,6	10,8
III. Ländlich geprägte Regionen	57,1	+10,7	44,8	-13,0	24,8	+2,2	6,0	-0,2	8,1	-0,4	11,9
Arbeitsmarkt											
- ungünstig	60,1	+11,5	41,2	-12,3	28,3	0	5,4	0	7,8	-0,6	13,8
- günstig	55,9	+10,4	46,4	-13,4	22,9	+3,1	6,3	-0,3	8,2	-0,3	11,0

Zusammengestellt nach den offiziellen Wahlergebnissen.

\*) Dieser Raumtyp kommt in Baden-Württemberg nicht vor.

<sup>15)</sup> Die Beschreibung dieses Systems zur Raumgliederung findet sich jeweils im Heft 12 eines Jahrgangs der Zeitschrift „Informationen zur Raumentwicklung“, Bonn. Die Raumaufteilung geht von drei Regionsgrundtypen aus: Regionen mit großen Verdichtungsräumen, Regionen mit Verdichtungsansätzen und ländlich geprägte Regionen. Diese

Grundtypen werden anhand der Indikatoren Bevölkerungsdichte, Wohnungs- und Arbeitsplatzdichte sowie der Zentralität des jeweiligen Oberzentrums gebildet. Außerdem ist es möglich, zwischen Kernstädten und ihrem Umland sowie zwischen Regionen mit günstigem und ungünstigem Arbeitsmarkt zu unterscheiden.

**Tabelle 10: Ergebnisse der Europawahl 1989 in Bayern nach Regions- und Kreistypen**

	Wahlbeteiligung		CDU/CSU		SPD		FDP		GRÜNE		DVU und REP
	1989 %	Diff. 89-84	1989 %	Diff. 89-84	1989 %	Diff. 89-84	1989 %	Diff. 89-84	1989 %	Diff. 89-84	1989 %
Insgesamt	61.1	+14.9	45.4	-11.7	24.2	-3.4	4.0	+0.1	7.8	+1.0	15.6
I. Regionen mit großen Verdichtungsräumen	61.7	+15.1	37.4	-11.3	26.9	-5.2	6.0	+0.9	10.9	+1.6	15.9
A Arbeitsmarkt											
- günstig	61.7	+15.1	37.4	-11.3	26.9	-5.2	6.0	+0.9	10.9	+1.6	15.7
- ungünstig *)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
B Stadt-Umland											
- kreisf. Städte ü. 100 000 E.	60,3	+14,1	32,8	-10,9	29,6	-6,8	6,1	+2,3	12,3	+2,2	16,5
- Kreise mit hoher Verdichtung	64,2	+16,4	40,8	-10,9	25,0	-3,1	6,5	+0,6	9,9	+1,0	14,8
- Kreise m. gering. Verdichtung	60,8	+16,2	48,2	-12,7	20,6	-3,4	3,6	-0,2	7,8	+1,5	16,2
II. Regionen mit Verdichtungsansätzen	60,4	+14,6	48,8	-11,6	22,7	-2,9	3,4	-0,1	7,4	+1,3	14,7
Stadt-Umland											
- kreisf. Städte ü. 100 000 E.	59,9	+13,6	40,4	-11,9	25,5	-5,6	4,2	+0,3	10,4	+2,9	16,5
- Kreise	60,5	+14,8	50,8	-11,5	22,0	-2,2	3,2	-0,2	6,7	-0,9	14,3
III. Ländlich geprägte Regionen	61,1	+14,9	49,1	-12,1	23,1	-2,5	3,1	-0,4	5,9	+0,4	15,8
Arbeitsmarkt											
- ungünstig	60,5	+14,0	48,7	-11,8	25,5	-1,9	2,8	-0,4	5,2	0	15,2
- günstig	62,6	+17,1	50,1	-13,0	17,5	-3,6	3,8	-0,5	7,5	+1,2	17,3

Zusammengestellt nach den offiziellen Wahlergebnissen.

\*) Dieser Raumtyp kommt in Bayern nicht vor.

Das Wahlergebnis der SPD fiel in den beiden südlichen Bundesländern gegensätzlich aus. In Baden-Württemberg gewann sie in fast allen Gebieten, am deutlichsten mit 3,1 Prozentpunkten in ländlichen Regionen mit günstigem Arbeitsmarkt. Dagegen verlor sie in Bayern in allen Regionen Stimmenanteile, am meisten in den städtischen Zentren.

Für die FDP zeigten sich im Süden keine spektakulären Veränderungen; geringe Gewinne, vorwiegend in den Verdichtungsgebieten, glichen Verluste, die eher die ländlichen Regionen betrafen, annähernd aus. Die GRÜNEN verzeichneten in Bayern geringe Gewinne, am deutlichsten in den städtischen Zentren, in Baden-Württemberg dagegen, mit Ausnahme der städtischen Zentren, geringe Verluste.

Außerhalb der beiden südlichen Bundesländer fielen die Verluste der Unionsparteien in den ländlich geprägten Regionen eher durchschnittlich aus. Die Wahlbeteiligung stieg in diesen Gebieten unterdurchschnittlich, und die beiden Rechtsparteien erzielten hier ihr niedrigstes Ergebnis. Die SPD ge-

wann, mit Ausnahme der kreisfreien Städte in Verdichtungsgebieten, in allen Regionen. Ihre größten Zugewinne verzeichnete sie im suburbanen Umland der Städte sowie in den ländlichen Gebieten (Tabelle 11). Die FDP gewann gleichmäßig in allen Regionen. Die GRÜNEN gewannen geringfügig Stimmenanteile dazu, am deutlichsten in den Städten. Damit besteht für diese beiden Parteien keine wesentliche Abweichung zu der Entwicklung im Süden der Bundesrepublik.

Das bundesweite Wahlergebnis wurde somit in hohem Maße durch eine Nord-Süd-Teilung mit Bayern und Baden-Württemberg auf der einen und dem Rest des Bundesgebietes auf der anderen Seite bestimmt. Unter diesem Gesichtspunkt behält von den sozialstrukturellen Merkmalen allein der Arbeiteranteil eine gewisse Aussagekraft: Mit steigendem Arbeiteranteil steigt tendenziell auch der Stimmenanteil für die Republikaner. Im Süden wirkte sich diese Entwicklung überwiegend zu Lasten von CDU/CSU aus; im nördlichen Teil der Bundesrepublik verlor in Arbeitergebieten teilweise auch die

**Tabelle 11: Ergebnisse der Europawahl 1989 in der Bundesrepublik ohne Bayern und Baden-Württemberg nach Regions- und Kreistypen**

	Wahlbeteiligung		CDU/CSU		SPD		FDP		GRÜNE		DVU und REP
	1989 %	Diff. 89-84	1989 %	Diff. 89-84	1989 %	Diff. 89-84	1989 %	Diff. 89-84	1989 %	Diff. 89-84	1989 %
Insgesamt	63,6	+2,1	35,4	-7,3	42,6	+1,4	5,7	+1,1	8,3	+0,2	6,4
I. Regionen mit großen Verdichtungsräumen	62,2	+2,3	33,6	-7,1	43,4	+0,9	5,9	+1,3	8,8	+0,2	6,6
A Arbeitsmarkt											
- günstig	61,5	+2,3	34,6	-7,5	40,8	+0,9	6,6	+1,4	9,4	+0,2	6,9
- ungünstig	64,1	+2,3	31,0	-6,4	50,0	+0,9	4,2	+1,0	7,2	0	5,9
B Stadt-Umland											
- kreisf. Städte ü. 100 000 E.	60,0	+1,2	30,6	-6,5	45,1	-0,2	5,9	+1,5	9,9	+0,3	6,8
- Kreise mit hoher Verdichtung	64,4	+2,4	34,9	-7,5	43,0	+1,2	5,8	+1,3	8,0	+0,2	6,6
- Kreise m. gering. Verdichtung	63,8	+2,3	38,0	-7,9	40,4	+2,6	6,2	+1,1	7,6	-0,4	6,2
II. Regionen mit Verdichtungsansätzen	66,2	+1,6	37,1	-7,7	41,9	+1,9	5,4	+0,8	7,7	+0,4	6,1
Stadt-Umland											
- kreisf. Städte ü. 100 000 E.	61,9	+2,0	32,2	-7,6	43,4	+1,9	5,8	+1,1	10,4	+1,0	6,5
- Kreise	67,3	+1,6	38,3	-7,7	41,6	+2,1	5,3	+0,1	7,1	+0,3	6,0
III. Ländlich geprägte Regionen	64,4	+1,6	42,4	-7,6	38,8	+3,3	4,9	+0,7	6,8	-0,3	5,4
Arbeitsmarkt											
- ungünstig	64,4	+1,6	42,4	-7,6	38,8	+3,3	4,9	+0,7	6,8	-0,3	5,4
- günstig*)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Zusammengestellt nach den offiziellen Wahlergebnissen.

\*) Alpenvorland entfällt.

SPD, vor allem in einigen Städten des Ruhrgebietes, Stimmen an die Republikaner<sup>16)</sup>.

Die weitere räumliche Aufgliederung zeigt, daß innerhalb Bayerns die Rechtsparteien in den ländlichen Gebieten vor allem von besonders hohen CSU-Verlusten sowie überdurchschnittlich angestiegener Wahlbeteiligung profitiert haben, in den Städten dagegen auch in nennenswertem Umfang von SPD-Verlusten. Der Oppositionseffekt zugunsten der SPD versagte hier völlig. In Baden-Württemberg kam dieser Effekt teilweise zum Tragen. Die CDU verlor hier im gleichen Umfang Stimmenanteile wie in Bayern; in einigen Regionen, insbesondere im städtischen Umland sowie in den länd-

lichen Gebieten, fing die SPD jedoch einen Teil dieser Verluste auf. Der größere Teil floß dennoch den Rechtsparteien zu.

Im restlichen Bundesgebiet trat der Oppositionseffekt etwas stärker in Kraft. Am meisten profitierte die SPD von den Verlusten der CDU in den ländlichen Regionen, in denen gleichzeitig die Rechtsparteien ihr niedrigstes Wahlergebnis erzielten. Somit nimmt Baden-Württemberg eine Zwischenstellung zwischen Bayern und dem nördlichen Teil der Bundesrepublik ein. Mit Bayern hat dieses Bundesland die Verluste der Union sowie — auf etwas niedrigerem Niveau — den Anstieg der Wahlbeteiligung und die Wahlerfolge der rechten Parteien gemeinsam. Dagegen gleicht die Entwicklung der SPD in Baden-Württemberg und der hier teilweise auftretende Oppositionseffekt dem Wahlergebnis im übrigen Bundesgebiet.

<sup>16)</sup> Vgl. Infas (Anm. 7), S. 55; FORSA (Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen), Rechtswähler in einer SPD-Hochburg, Dortmund 1989.

## V. Fazit

Die Europawahl von 1989 bestätigt einen Trend, der in jüngster Vergangenheit auch bei anderen Wahlgängen auf Landes- und kommunaler Ebene beobachtet wurde: den Trend zur Dekonzentration des Parteiensystems bei gleichzeitigem Verlust der Oppositionsfunktion für die SPD. Beide Volksparteien haben, wie bei mehreren Wahlen zuvor, auch bei dieser Europawahl prozentuale Verluste hinnehmen müssen und repräsentieren nur noch 75 % der Wählerschaft. Zugleich hat sich die Tendenz zur Erweiterung des Parteiensystems mit wachsenden Wähleranteilen für Klein- und Splitterparteien verstärkt. Das Ausmaß beider Entwicklungen — schrumpfende Anteile der Großparteien und wachsende für Kleinparteien — ist sicherlich durch die spezifische Funktion der Europawahl im Hinblick auf ihre Bedeutung und auf die Protestartikulation bestimmt worden. Aber auch abgeschwächt weist diese Wahl auf strukturelle Veränderungen und neue Problemdimensionen des gesamten Parteiensystems im Zuge von Individualisierungs- und Pluralisierungstendenzen in der Wählerschaft bei abnehmenden traditionellen Parteibindungen hin.

Nicht zuletzt durch diese strukturellen Veränderungen war es den Republikanern — in abgeschwächtem Maße auch der DVU — erst möglich, neben dem EG-kritischen und antieuropäischen Protest auch vielfältigen Protest gegen die Bundesregierung, die etablierten Parteien und nicht zuletzt gegen das politische System generell zu mobilisieren<sup>17)</sup>. Sie konnten zwar an ihre jüngsten Wahlerfolge prozentual anknüpfen, ihr bundespolitisches Sympathiepotential schöpften sie jedoch regional nur unterschiedlich aus. Am stärksten gelang dies in Bayern und Baden-Württemberg, wo sie mit Abstand ihre besten Ergebnisse erzielten. Dabei profitierten sie von der dort stark gestiegenen Wahlbeteiligung, weil sie zahlreiche Nichtwähler, die in der Europawahl 1984 mit dem Fernbleiben von den Urnen ihren Protest gegen die EG artikuliert hatten, mobilisieren konnten. Da auf der anderen Seite die relativ geringe Wahlbeteiligung weitgehend zu Lasten der Großparteien ging, konnten die Republikaner-Stimmen anteilmäßig besonders stark durchschlagen.

Die Erfolge der rechtsradikalen Parteien gingen insbesondere in den südlichen Landesteilen überwiegend zu Lasten von CDU und CSU. Den Unionsparteien gelang es hier offenbar nicht, die

bei einem beträchtlichen Teil ihrer bisherigen Wähler — vor allem in den ländlichen Räumen sowie im gewerblich-mittelständischen Bereich — wachsenden Sorgen und Befürchtungen, aber auch bereits bestehende Unzufriedenheiten (insbesondere mit der Agrarpolitik) aufzugreifen und diese Wähler weiter an sich zu binden. Dementsprechend konnte die Union ihre europapolitischen Kompetenzen, vor allem angesichts ihrer seit längerem negativen Einschätzung in der Innenpolitik, nur sehr eingeschränkt nutzen. Der EG-kritische und antieuropäische Protest ging deshalb zu ihren Lasten.

Aber auch die SPD litt regional unterschiedlich unter den Erfolgen der Rechten. Im Süden der Bundesrepublik, insbesondere in den städtischen Regionen Bayerns, verhinderte die hohe Mobilisierung prozentuale Stimmenzuwächse für sie. Und in städtischen Problemzonen des übrigen Bundesgebietes, wie in einigen Ruhrgebietsstädten, konnten die Republikaner sogar in sozialdemokratische Wählertraditionen eindringen. Die SPD hielt sich dafür außerhalb Bayerns in traditionellen Hochburgen der CDU, besonders in den ländlich-katholischen Gebieten, schadlos.

Ob sich mit dem ersten Wahlerfolg der Republikaner in einem bundesweiten Wahlgang das Parteiensystem der Bundesrepublik zu einem Fünfparteiensystem erweitert hat, muß eine offene Frage bleiben. Aus den typischen Rahmenbedingungen und den Entscheidungssituationen der Europawahl folgt, daß für diesen Wahltyp eigene Beurteilungsmaßstäbe gelten. Da es hier nicht um den Bestand einer Regierung — weder in der EG, noch in der Bundesrepublik — geht, ist die Neigung, bei der Stimmabgabe aktuelle Unzufriedenheiten zu artikulieren, erheblich größer als bei Bundestagswahlen. Europawahlergebnisse reflektieren in besonderem Maße kurzfristige Tendenzen in der Wählerschaft, die sich ebenso kurzfristig durch politische Ereignisse wieder ändern können. Das vorliegende Wahlergebnis darf deshalb nicht, oder zumindest nur sehr eingeschränkt, als ein bundespolitisches Votum für die Republikaner interpretiert werden und ist ebensowenig ein Hinweis auf zukünftige Parteienkonstellationen im Bundestag.

In seiner Bedeutung für die europäische Politik ist der hohe Stimmenanteil für die antieuropäischen rechten Parteien wohl weniger ein Votum gegen die europäische Integration, sondern eher ein Hinweis darauf, daß ein relativ großer Teil der Bevölkerung sich Sorgen darüber macht, ob die wirtschaftlichen und sozialen Standards der Bundesrepublik im fortschreitenden Integrationsprozeß hinreichend berücksichtigt und die eigenen Interessen und Belange in der Europäischen Gemeinschaft in Zukunft gewahrt werden.

<sup>17)</sup> Vgl. dazu Elisabeth Noelle-Neumann, Eine gekränkte und isolierte Minderheit. Demoskopische Erkenntnisse über die Republikaner, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 11. September 1989, S. 14; Hans-Joachim Veen, Mehr Protest als Partei. Die Republikaner zwischen rechtsradikaler Vereinigung und aufgestauten Unzufriedenheiten, in: Trend, Zeitschrift für soziale Marktwirtschaft, Nr. 40, September 1989.

# Was war „europäisch“ am Europawahlverhalten der Deutschen?

Eine Analyse der Europawahl 1989 in der Bundesrepublik Deutschland

## I. Hintergrund: Gewachsene EG-Skepsis in der Bundesrepublik

Die Deutschen waren über lange Jahre europäische Musterknaben. Neuerdings lassen jedoch die regelmäßigen Meinungsumfragen der EG-Kommission, die „Eurobarometer“<sup>1)</sup>, in international und zeitlich vergleichender Perspektive für die Bundesrepublik eine zunehmend EG-kritische Tendenz erkennen<sup>2)</sup>.

Eine von Anfang an in den Eurobarometer-Umfragen gestellte Frage, die bei all ihrer Allgemeinheit

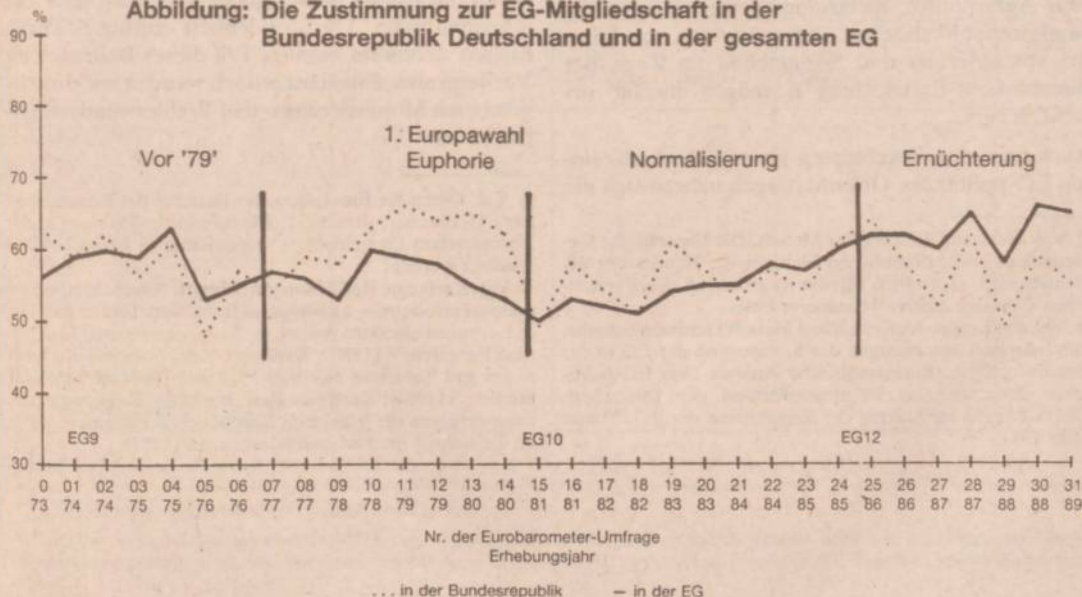
doch recht sensibel auf Veränderungen hinsichtlich der Beurteilung der Gemeinschaft in der öffentlichen Meinung reagiert, lautet: „Ist allgemein gesehen die Mitgliedschaft der Bundesrepublik in der Europäischen Gemeinschaft eine gute Sache, eine schlechte Sache, oder weder gut noch schlecht?“ Wenn wir uns die Entwicklung der Prozentanteile derjenigen Befragten, die auf diese Frage mit „gute Sache“ antworten, für die Bundesrepublik wie für die EG insgesamt vergegenwärtigen, lassen sich zwischen 1973 und 1989 grob vier Entwicklungsphasen der westdeutschen EG-Orientierungen unterscheiden (vgl. Abbildung<sup>3)</sup>):

1) Die Eurobarometer-Umfragen werden im Auftrag der Kommission der EG mindestens zweimal im Jahr, jeweils im Frühjahr und im Herbst, in jedem Mitgliedsland der Gemeinschaft durchgeführt. Diese Umfrageserie wurde 1971 begonnen und ab 1974 in der heute vertrauten Regelmäßigkeit durchgeführt.

2) Zu vergleichbaren Ergebnissen kommt Elisabeth Noelle-Neumann, Europa — Das unbekannte, ungeliebte Wesen?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 13. Dezember 1988, auf der Grundlage einer Analyse von Allensbach-Erhebungen.

3) Dargestellt ist für jeden Erhebungszeitpunkt der Prozentanteil positiver Nennungen an allen Befragten; die EG-Durchschnittswerte sind gewichtet, um die nationalen Stichproben (etwa 300 Befragte in Luxemburg und Nord-Irland, etwa 1 000 Befragte in allen anderen Mitgliedsländern) dem Anteil der jeweiligen Bevölkerung an der EG-Gesamtbevölkerung anzugleichen.

Abbildung: Die Zustimmung zur EG-Mitgliedschaft in der Bundesrepublik Deutschland und in der gesamten EG



Quelle: Eurobarometer-Umfragen

1. Die Phase vor der ersten direkten Wahl des Europäischen Parlaments, abgeschlossen etwa 1976/77. Die deutsche EG-Zustimmung fluktuiert in dieser Zeit um den EG-Durchschnittswert.

2. Die Phase der Europawahl-Euphorie der Deutschen, etwa zwischen 1977 und 1980. Die EG und insbesondere das Europäische Parlament waren in dieser Zeit Hoffnungsträger nicht nur für wirtschaftliche Interessen, sondern auch für die Bürger, die sich um die demokratische Kontrolle von Vorgängen sorgten, die dem Nationalstaat aus den Händen gegliedert sind (etwa im Bereich des Umweltschutzes, der Politik multinationaler Konzerne etc.). Die bundesrepublikanischen Werte liegen in dieser Phase deutlich über dem EG-Durchschnitt.

3. Die „Phase der post-elektoralen Normalisierung“, die etwa ab 1981 — über die zweite Direktwahl hinweg — bis 1985/86 währt. Die politischen Erwartungen, die mit der Direktwahl von 1979 verknüpft waren, haben sich nicht erfüllt, gerade kritische junge Leute mit linkem politischen Selbstverständnis und postmaterialistischen Politikprioritäten wenden sich enttäuscht von der Gemeinschaft ab<sup>4)</sup>. Erneut schwankt die deutsche EG-Zustimmung in dieser Phase um den Durchschnittswert in der EG.

4. 1986/87 beginnt ein neuer Abschnitt, den man als „Phase der deutschen EG-Ernüchterung“ bezeichnen könnte. Erstmals ist die Zustimmung der Bundesbürger zur Gemeinschaft über einen längeren Zeitraum unterdurchschnittlich — seit nunmehr dreieinhalb Jahren und über sieben Eurobarometer-Umfragen hinweg. Die Probleme der gemeinsamen Agrarpolitik, neuerdings vermehrt auch die bundesrepublikanischen Befürchtungen vor Industrieabwanderung und Sozialabbau im Zuge der Binnenmarkt-Entwicklung<sup>5)</sup>, mögen hierfür ursächlich sein.

Auch nach den Ergebnissen vieler Einzelindikatoren EG-politischer Orientierungen nähern sich die

<sup>4)</sup> Vgl. Hermann Schmitt/Jost Metsch, Die Europäische Gemeinschaft in der öffentlichen Meinung der Bundesrepublik Deutschland, Gutachten für die Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Mannheim 1986.

<sup>5)</sup> Vgl. Pia Knigge-McKenna/Jost Metsch/Hermann Schmitt, Die Informationskampagne der Kommission der EG in der Bundesrepublik. Eine empirische Analyse zum EG-politischen Interesse und Informationsstand der Deutschen, ZEUS-Bericht im Auftrag der Kommission der EG, Mannheim 1989.

Deutschen in letzter Zeit eher den EG-kritischen Dänen und Briten an, als den europafreundlichen Franzosen und Italienern<sup>6)</sup>. Dies ist mit Blick auf EG-politische Entwicklungen der demoskopische Hintergrund, vor dem die dritten direkten Wahlen zum Europa-Parlament in der Bundesrepublik Deutschland einzuordnen sind.

Aufgrund der Zwitternatur von Europawahlen — die neben (begrenzten) EG-politischen Funktionen vor allem die Eigenschaften nationaler Nebenwahlen aufweisen (und insoweit unseren Kommunal- und Landtagswahlen vergleichbar sind) —, haben wir uns angewöhnt, den Einfluß nationaler oder innenpolitischer Problemwahrnehmungen und Orientierungen auf das Europawahlverhalten der Bundesbürger höher einschätzen als den Einfluß europäischer Problemwahrnehmungen<sup>7)</sup>. Dabei war der Stellenwert europäischer Fragen in der (nationalen) politischen Auseinandersetzung von Anfang an in den EG-Ländern unterschiedlich; solche Fragen waren in der Vergangenheit dort wichtiger, wo — wie in Dänemark und im Vereinigten Königreich — die EG-Mitgliedschaft von einem nennenswerten Teil der Bürger abgelehnt wurde. Sie mögen neuerdings auch in der Bundesrepublik an Gewicht gewonnen haben.

Hat die gewachsene Skepsis der Deutschen über die Europäische Gemeinschaft einen Einfluß auch auf ihr Europawahlverhalten genommen? Wie werden die Parteien hinsichtlich ihres EG-Engagements eingeschätzt? Wie wichtig wird die Politik der EG überhaupt genommen? Sind die spektakulären Erfolge der Republikaner als Protestwahlverhalten gegen die EG zu deuten, oder gehen sie eher auf innenpolitische Unzufriedenheit zurück? Diese Fragen stehen im zweiten Teil dieses Beitrages im Vordergrund. Zunächst jedoch wenden wir uns allgemeinen Mobilisierungs- und Wählerwanderungsfragen zu.

<sup>6)</sup> Vgl. hierzu die Eurobarometer-Berichte der Kommission der EG, die unter dem Titel „Die öffentliche Meinung in der Europäischen Gemeinschaft“ regelmäßig in Brüssel veröffentlicht werden.

<sup>7)</sup> Vgl. Karlheinz Reif/Hermann Schmitt, Nine second-order national elections — a conceptual framework for the analysis of European elections results, in: *European Journal for Political Research*, 8 (1980); Karlheinz Reif, National electoral cycles and European elections 1979 and 1984, in: *Electoral Studies*, 3 (1984); Karlheinz Reif, Nationale Regierungsparteien verlieren die Wahl zum Europäischen Parlament 1984, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 15 (1984).



## II. Mobilisierung: Späte Erfolge der Union

Das politische — und das heißt vor allem: das (b)innenpolitische<sup>8)</sup> — Wahlergebnis<sup>9)</sup> ist schnell rekapituliert: Helmut Kohl ist auch nach dieser Wahl unangefochten Bundeskanzler. Die diesbezüglichen Mediendebatten und die Aufregungen in der Regierungskoalition im Anlauf auf die Europawahl erscheinen heute nicht mehr recht verständlich. Dies ist primär darauf zurückzuführen, daß es ihm nach den Staatsbesuchen von Bush und Gorbatschow gelang, die Union ein Stück aus ihrem Stimmungstief herauszuführen und das sich in Umfrageergebnissen abzeichnende Wahldebakel abzuwenden.

Die Union mußte gleichwohl herbe Verluste (-8,1 Prozent im Vergleich zum Europawahlergebnis von 1984) hinnehmen, während die rechtsextreme Flügelpartei der Republikaner auf Anhieb 7,1 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen konnte. Die Freien Demokraten sind wieder im

<sup>8)</sup> Für eine international-vergleichende Diskussion der Ergebnisse dieser Wahl vgl. Hermann Schmitt, *The European Elections of June 15 and 19, 1989*, in: *West European Politics*, (1989) sowie den Beitrag von H.-J. Hoffmann/U. Feist in diesem Heft.

<sup>9)</sup> Das endgültige Wahlergebnis ist detailliert im Beitrag von Gluchowski et al. in diesem Heft dokumentiert.

Europäischen Parlament vertreten, nachdem sie 1984 knapp an der Fünfprozenthürde, die auch im Europawahlgesetz vorgesehen ist, gescheitert waren. Sozialdemokraten und GRÜNE konnten ihren Stimmenanteil von 1984 in etwa halten.

Wie die in Tabelle 1 wiedergegebene Entwicklung der Parteiwahlabsicht unter den sicheren und wahrscheinlich Europawählern zusammen mit der Wahlrückerinnerung der in der Nachwahlumfrage erfaßten Wähler aufweist, hatte die SPD bereits Wochen vor der Wahl, im März/April 1989, ihre späteren Wähler mobilisiert; in der heißen Phase des Wahlkampfes — wenn davon überhaupt die Rede sein kann — konnten keine weiteren Wähler hinzugewonnen werden<sup>10)</sup>.

<sup>10)</sup> Die hier präsentierten Analysen basieren auf den bundesrepublikanischen Umfragedatensätzen der Europawahlstudie 1989 (European Elections Study 1989, EES '89). EES '89 ist ein internationales Forschungsvorhaben, das mit Unterstützung der Universität Mannheim am Zentrum für Europäische Umfrageanalysen und Studien (ZEUS) durch den Autor koordiniert wird. Die Bevölkerungsumfragen-Komponente wurde vor allem von der Wählerstudie (Kerngruppe und Leitung: Roland Cayrol, Paris; Cees van der Eijk, Amsterdam; Mark Franklin, Strathclyde; Manfred Küchler, New York; Hermann Schmitt, Mannheim) im Rahmen von EES '89 konzipiert. Drei unabhängige Querschnittsbefra-

**Tabelle 1: Die Entwicklung der Wahlabsicht und das (berichtete) Wahlverhalten bei der Europawahl 1989 in der Bundesrepublik<sup>1)</sup> (Angaben in Prozent)**

	1. Vorwahlumfrage Sept./Okt. 1988		2. Vorwahlumfrage März/April 1989		Nachwahlumfrage Juni/Juli 1989		amtl. End- ergebnis
	alle Befragten	„gültige Stimmen“ <sup>2)</sup>	alle Befragten	„gültige Stimmen“ <sup>2)</sup>	alle Befragten	„gültige Stimmen“ <sup>2)</sup>	
CDU/CSU	23	41	22	37	27	39	37,7
SPD	24	44	29	50	29	42	37,3
GRÜNE	4	7	3	5	6	8	8,4
Republikaner	n. e.	n. e.	1	2	4	6	7,1
FDP	3	6	3	5	2	3	5,6
andere	1	2	1	1	2	3	3,9
ungültig	1		0		1		
Nichtwähler	38		31		19		
weiß nicht/keine Angabe	7		10		11		
Befragte 18 J. u. ä.: n =	986		962		1 135		

Quelle: Europawahlstudie 1989; n. e. = nicht erhoben.

<sup>1)</sup> Die dieser und den folgenden Tabellen zugrundeliegenden EMNID-Datensätze wurden mit einer soziodemographischen Gewichtung versehen, um die Repräsentativität der Samples zu erhöhen; eine politische (z. B. Recall-) Gewichtung erfolgte nicht.

<sup>2)</sup> Wähler, die zum Zeitpunkt der Befragung ihre Wahlentscheidung bereits festgelegt hatten.

Dies war anders bei der CDU, die in den letzten Wochen und Tagen vor der Wahl noch deutliche Mobilisierungserfolge errungen hat. Die Entwicklung der Prozentanteile der Republikaner – und weniger deutlich auch jene der GRÜNEN – deuten gleichfalls darauf hin, daß diese Parteien noch kurz vor der Wahl einen beträchtlichen Anteil ihrer Wähler mobilisieren konnten. Die FDP-Anteile in den Gesamtstichproben bleiben über den Untersuchungszeitraum hinweg stabil (und unterschätzen

mindestens in der Nachwahlumfrage den realen Umfang des liberalen Elektorates; der sozialdemokratische Stimmenanteil wurde in der Nachwahl-Stichprobe wie gewöhnlich überschätzt).

Wir können diese Hinweise konkretisieren, indem wir die Entwicklung in der Wahlbeteiligungsabsicht und die in der Nachwahlumfrage berichtete Wahlbeteiligung nach dem Alter und dem Geschlecht der Befragten vergleichen (Tabelle 2).

**Tabelle 2: Es wollten „ganz bestimmt“ oder „wahrscheinlich“ wählen gehen / es haben nach eigenen Angaben gewählt (Angaben in Prozent)**

	18–34 J.	35–49 J.	50–64 J.	65 J. u. ä.	alle Befragten	tatsächl. Wahlbeteiligung
September–Oktober 1988	59	66	69	49	62	
Männer/Frauen	66/51	65/67	77/63	68/38		
März–April 1989	70	71	71	59	69	
Männer/Frauen	75/66	72/70	79/65	89/40		
Juni–Juli 1989	72	72	79	83	76	62,3
Männer/Frauen	77/66	74/70	82/77	89/79		

Quelle: Europawahlstudie 1989 in der Bundesrepublik (Anm. 10).

Wenngleich die Rückerinnerungszahlen nicht ganz zuverlässig sind (in der Nachwahlstichprobe finden sich prozentual mehr „Wähler“, als der Bundeswahlleiter registriert hat), so können wir doch die Proportionen interpretieren. Diese legen nahe, daß jede zweite Wählerin über 65 Jahre sich erst spät zur Wahlbeteiligung entschlossen hat. Ähnlich, wenn auch weniger markant, ist die Entwicklung

bei den 50- bis 64jährigen Wählerinnen. Es wird deutlich, wo die späten Mobilisierungserfolge der Union herkommen.

Die Jungen haben sich dagegen offenbar früher zur Wahl entschlossen, hier fanden die stärksten Zuwächse in der Wahlbeteiligungsabsicht zwischen den beiden Vorwahlumfragen statt.

### III. Parteienkonkurrenz: Potential und Austausch

Die Europawahlstudie 1989 (vgl. Anm. 10) hat ein Instrument in ihr internationales Frageprogramm aufgenommen, das ursprünglich zur Erfassung der komplexen Parteienkonkurrenzbeziehungen im niederländischen Vielparteiensystem entwickelt wurde<sup>11)</sup> und seither auch in Dänemark und Italien Anwendung fand. Die Frage lautet: „Es gibt Leute, die wählen immer dieselbe Partei. Andere entscheiden sich von Wahl zu Wahl neu. Sagen Sie mir bitte

zu jeder der folgenden Parteien, wie wahrscheinlich es ist, daß Sie diese Partei jemals bei einer Europawahl wählen werden.“ Die Parteien werden auf einer 10-Punkte-Skala – von 1 = völlig unwahrscheinlich bis 10 = sehr wahrscheinlich – eingeordnet.

Nachdem mit der Europawahl die Anzahl relevanter Parteien des bundesrepublikanischen Parteiensystems aufgrund der Erfolge der Republikaner nun auf fünf (oder sechs, wenn man die CSU nach ihrem Anspruch und Sartoris Kriterien<sup>12)</sup> separat verrechnet) angestiegen ist, kommt dieses Instrument zur Beschreibung der westdeutschen Parteienkonkurrenz gerade rechtzeitig. Wir werden uns hier auf den Aspekt der Überlappung von Parteipotentialen konzentrieren.

gungen in jedem Mitgliedsland der Gemeinschaft wurden im Zusammenhang mit den Eurobarometer-Umfragen der Kommission der EG realisiert; die deutsche Feldarbeit lag bei EMNID. Die Feldkosten der beiden Vorwahl-Befragungen wurden hauptsächlich von einem europäischen Medienkonsortium getragen, die Nachwahl-Befragung durch das britische Economic and Social Research Council (ESRC) finanziert.

<sup>11)</sup> Vgl. Cees van der Eijk/Broers Niemoeller, *Electoral Change in The Netherlands*, Amsterdam 1983.

<sup>12)</sup> Vgl. Giovanni Sartori, *Parties and Party Systems. A Framework for Analysis*, Vol. 1, Cambridge (USA) 1976.

**Tabelle 3: Europawahl-Potentiale \*) (Angaben in Prozent)**

gehören auch zum Potential von	potentielle Wähler				
	CDU/CSU	SPD	GRÜNE	REP	FDP
CDU/CSU	100	22	30	58	65
SPD	30	100	80	26	54
GRÜNE	16	31	100	2	38
Republikaner	13	4	5	100	3
FDP	24	15	27	15	100

Quelle: 2. Vorwahlumfrage der Europawahlstudie 1989 (Anm. 10).

\*) Ein Befragter wird dem Wählerpotential einer Partei zugerechnet, wenn er seine Wahlwahrscheinlichkeit für diese Partei auf einer 10-Punkte-Skala mit 7 und höher angibt.

**Das Verhältnis SPD-GRÜNE:** Vor der Europawahl gehörten achtzig (!) Prozent, oder vier von fünf der potentiellen Wähler der GRÜNEN auch zum sozialdemokratischen Wählerpotential; sie waren unter Umständen für die SPD zu gewinnen. Dem entsprachen 31 Prozent oder knapp jeder Dritte potentielle SPD-Wähler, der eventuell auch GRÜN wählen wollte. Dies ist auch in absoluten Zahlen die stärkste Überlappung von Potentialen, die die zweite

Vorwahlumfrage aufweist (Tabelle 3). Insbesondere die SPD scheint aus diesen Chancen recht wenig gemacht zu haben: Nur zwei Prozent ihrer Europawähler kamen mit Blick auf die Bundestagswahl des Jahres 1987 von den GRÜNEN, während immerhin jeder zehnte GRÜN-Wähler von der SPD kam (Tabelle 4). In absoluten Größen hebt sich dieser Wähleraustausch in etwa auf.

**Tabelle 4: (Wechsel-)Wahlverhalten zwischen Bundestagswahl 1987 und Europawahl 1989 (Angaben in Prozent)**

bei der Bundestagswahl gewählt	Europawähler					
	CDU/CSU	SPD	GRÜNE	REP	FDP	Nicht- wähler
CDU/CSU	90	5	8	50	20	24
SPD	1	84	10	16	2	30
GRÜNE	0	2	50	—	1	7
FDP	1	1	10	4	52	1
andere/nicht gewählt/weiß nicht/ keine Angabe	8	7	22	30	25	38

Quelle: Nachwahlumfrage der Europawahlstudie 1989 (Anm. 10).

**Das Verhältnis CDU/CSU-SPD:** Die CDU/CSU hatte bei dieser Europawahl von potentiellen SPD-Wählern das Meiste zu gewinnen, die SPD bei potentiellen Wählern der Union nur die zweitbesten Zuwachspotentiale: Knapp jeder Dritte oder 30 Prozent der potentiellen CDU/CSU-Wähler gehörten auch dem SPD-Potential an; etwa jeder Vierte oder 22 Prozent der potentiellen SPD-Wähler jenem der CDU/CSU. Die CDU/CSU hat nur mit Mühe und unvollständig ihre eigene Stammwählerschaft mobilisieren können, der Wählerwechsel zur CDU/CSU ist kaum der Rede wert<sup>13)</sup>. Andererseits konnte die SPD — wenn

auch in bescheidenem Umfang — vom Unbehagen im Lager der Union profitieren, jeder zwanzigste ihrer Europawähler hatte sich bei der vorhergehenden Bundestagswahl für die CDU/CSU entschieden.

**FDP:** Zwei Drittel der potentiellen FDP-Wähler gehören dem CDU/CSU-Potential an; dem ent-

toraten der Europawahlen von 1984 und 1989 — auch die Forschungsgruppe Wahlen, Europawahl. Eine Analyse der 3. Direktwahl zum Europaparlament 15. bis 18. Juni 1989 (Berichte der Forschungsgruppe Wahlen, Nr. 54). Mannheim 1989, S. 42. Aus methodischen und inhaltlichen Gründen wird im vorliegenden Beitrag als Referenzgröße (die Rückerinnerung an) das Bundestagswahlverhalten 1987 vorgezogen.

<sup>13)</sup> Zu diesem Schluß kommt — auf dem Hintergrund einer Analyse der Austauschbeziehungen zwischen den Parteielek-

spricht auf der CDU/CSU-Seite einer von vier möglichen Wählern, die auch zum liberalen Potential zu zählen sind (vgl. Tabelle 3). Während die CDU/CSU hieraus nicht profitieren konnte, ist immerhin etwa jeder fünfte FDP-Europawähler aus der Bundestagswählerschaft der Union gekommen (vgl. Tabelle 4).

Mehr als die Hälfte der potentiellen FDP-Wähler kann sich auch vorstellen, bei Europawahlen einmal die SPD zu favorisieren. Umgekehrt sieht man dies distanzierter, nur 15 Prozent der potentiellen SPD-Wähler gehören auch dem FDP-Wählerpotential an (vgl. Tabelle 3). Nennenswerte Austauschbeziehungen zwischen den Elektoraten beider Parteien haben von 1987 nach 1989 nicht stattgefunden (vgl. Tabelle 4).

Eine beträchtliche Überlappung des FDP-Potentials zeigt sich auch mit Blick auf die GRÜNEN. Diese – und nicht die FDP – haben daraus den Nutzen gezogen; jeder zehnte ihrer Europawähler hatte 1987 für die FDP gestimmt.

*Republikaner:* Was für die GRÜNEN die SPD bedeutet, ist den Republikanern die CDU/CSU. Drei von fünf (58 Prozent) ihrer potentiellen Wähler gehören auch zum Potential der Union, jeder zweite ihrer realen Europawähler kommt von der Union und hat in der Bundestagswahl 1987 für die CDU oder CSU gestimmt.

Die Affinität mit den Sozialdemokraten ist geringer: Etwa jeder vierte (26 Prozent) potentielle Re-

publikaner-Wähler ist auch ein potentieller SPD-Wähler, und etwa ein Sechstel (16 Prozent) der republikanischen Stimmen gingen in der Bundestagswahl von 1987 an die SPD. Stimmen für die Republikaner kamen etwa zu einem Drittel und damit weit überproportional von denen, die bei der vergangenen Bundestagswahl nicht gewählt haben (oder sich dazu im Interview nicht äußern mochten).

*Nichtwähler:* Die bei weitem stärkste Partei bei der Europawahl war die der Nichtwähler. SPD-Bundestagswähler (30 Prozent) sind in ihr etwas stärker vertreten als solche, die 1987 für die Union stimmten (24 Prozent): Beide großen Parteien haben ihre Bundestagswahl-Klientel nur unvollständig zur Europawahl bewegen können. Sie haben darüber hinaus die Wählerpotentiale, die sie mit kleineren Parteien teilen, kaum für sich gewinnen können. Insbesondere die regierenden Unionsparteien sind mit einer Negativbilanz aus dieser Wahl hervorgegangen. Sie haben im Vergleich zur vorangegangenen Bundestagswahl einen beträchtlichen Teil ihrer Wähler verloren, und zwar an alle Kompetitoren: an die Republikaner wie an die SPD, in bescheidenerem Umfang auch an FDP und GRÜNE. Insofern finden wir die Annahmen des Nebenwahlkonzeptes über die in solchen Wahlen systematisch veränderten Erfolgchancen von Regierung und Opposition und von großen und kleinen Parteien gut bestätigt<sup>14</sup>).

#### IV. Die (Ir-)Relevanz der Gemeinschafts-Probleme

Hatten EG-politische Streitfragen (issues) Einfluß auf die Europawahlentscheidung der Bundesbürger? Dies hängt u. a. davon ab, welchen Rang solche Fragen in der individuellen Problemwahrnehmung einnehmen sowie davon, ob eine eventuell aus anderen Gründen präferierte Partei auch unter Berücksichtigung ihrer wahrgenommenen Problemlösungskompetenz (issue-Kompetenz) in den als zentral erachteten EG-politischen Fragen noch als die beste Wahl erscheint<sup>15</sup>).

Welchen Rang nehmen diese issues im Problemhaushalt der Bundesbürger ein? Um dieser Frage nachzugehen wurde eine Liste erarbeitet, die neben nationalen Problemen (in der Bundesrepublik<sup>16</sup>)

waren dies: Rentensicherheit, Aussiedler, Reform des Gesundheitswesens und Steuerreform) und globalen Problemen (Arbeitslosigkeit, Umweltschutz, Rüstungsbegrenzung und Preisstabilität) auch spezifische Gemeinschaftsprobleme (politische Einigung der Gemeinschaft, Realisierung des Binnenmarktes bis 1992, landwirtschaftliche Überschüsse und Erweiterung der EG um die Türkei) auflistet.

Diese Liste war Bestandteil aller drei Einzelbefragungen (Wellen) der Europawahlstudie; dreimal wurde erhoben, ob jedes dieser zwölf issues als ‚sehr wichtig‘ oder als ‚nicht sehr wichtig‘ eingeschätzt wird (rating); zweimal, in den Umfragen im März/April 1989 und unmittelbar nach der Wahl, wurde nach einer Rangordnung der drei wichtigsten issues gefragt (ranking); einmal, im März/April, wurde darüber hinaus erfaßt, welche Partei(en) am besten zur Lösung der drei wichtigsten Probleme geeignet erscheinen. Im Rahmen dieses Beitrags kann nur kurz auf die Themen-Rangfolge und auf die Parteienkompetenz eingegangen werden.

<sup>14</sup>) Vgl. Anm. 7.

<sup>15</sup>) Vgl. ausführlicher Hans-Dieter Klingemann, Issuekompetenz und Wahlentscheidung, in: Politische Vierteljahresschrift, 14 (1973).

<sup>16</sup>) Im Gesamtkontext der Europawahlstudie variieren die nationalen issues zwischen den Mitgliedsländern, um die zentralen politischen Konflikte jedes Landes abdecken zu können.

**Tabelle 5: Europa-Themen kommen zumeist nicht auf die Prioritäten-Liste (Angaben sind Indexwerte<sup>a)</sup>)**

beurteilen als zentrales politisches Problem	Wähler von					
	CDU/CSU	SPD	GRÜNE	REP	FDP	alle
Arbeitslosigkeit						
potentielle Wähler <sup>b)</sup>	24	26	24	25	21	26
erklärte Wähler <sup>c)</sup>	23	22	26	18	26	25
Rentensicherheit						
potentielle Wähler	22	19	16	16	19	20
erklärte Wähler	21	24	9	23	15	19
Umweltschutz						
potentielle Wähler	17	21	25	11	20	18
erklärte Wähler	16	20	33	13	24	16
Rüstungsbegrenzung						
potentielle Wähler	6	11	15	4	10	9
erklärte Wähler	10	11	17	5	6	10
Preisstabilität						
potentielle Wähler	10	7	5	8	9	8
erklärte Wähler	11	7	3	12	16	8
Aussiedlerstrom						
potentielle Wähler	8	7	6	18	7	7
erklärte Wähler	5	5	3	20	1	6
Reform Gesundheitswesen						
potentielle Wähler	4	3	1	9	3	3
erklärte Wähler	4	5	1	4	1	5
Steuerreform						
potentielle Wähler	3	2	2	5	2	2
erklärte Wähler	2	2	0	2	5	2
pol. Einigung EG						
potentielle Wähler	4	2	2	3	4	2
erklärte Wähler	3	2	5	1	3	2
Binnenmarkt 1992						
potentielle Wähler	2	2	1	0	2	2
erklärte Wähler	2	1	0	—	3	1
landw. Überschüsse						
potentielle Wähler	1	1	1	1	0	1
erklärte Wähler	2	1	3	1	—	1
EG-Beitritt Türkei						
potentielle Wähler	0	1	1	2	0	1
erklärte Wähler	0	0	0	—	—	0

<sup>a)</sup> Der Index wurde berechnet als  $x = (3p_1 + 2p_2 + p_3) / 6$ , wobei  $x$  den resultierenden Indexwert bezeichnet,  $p_1$  den Prozentanteil der Befragten, die ein gegebenes issue als das wichtigste bezeichnen,  $p_2$  den Anteil, der ein issue als zweitwichtigstes bezeichnet, und  $p_3$  den Anteil, der ein issue als dritt wichtigstes bezeichnet. Die Indexwerte können als Spaltenprozente gelesen werden; fehlende Werte bzw. Antworten sind nicht ausgewiesen und fehlen zu 100.

<sup>b)</sup> Parteipotentialie wie in Tabelle 3; Datenbasis ist die 2. Vorwahlumfrage (Anm. 10).

<sup>c)</sup> „erklärte Wähler“ entsprechend der Wahlerinnerung in der Nachwahlumfrage.

Aus Tabelle 5 läßt sich unschwer erkennen, welcher Stellenwert den politischen Fragen und Problemen der Europäischen Gemeinschaft in der Wahrnehmung der Bundesbürger insgesamt zukommt: Alles andere ist wichtiger (genauer: wird von mehr Mitbürgern als wichtig angesehen). Ein Vergleich der Ergebnisse der zweiten und dritten Welle zeigt darüber hinaus, daß der Europawahlkampf die Relevanz dieser issues (siehe Binnenmarkt, türkischer EG-Beitritt) eher noch gedämpft, jedenfalls nicht erhöht hat.

Auch zwischen den (sich wechselseitig überlappenden) potentiellen Parteiwählerschaften gab es vor der Wahl in der Relevanzeinschätzung der Gemeinschafts-Issues keine großen Differenzen. Erwähnenswert ist gerade, daß die politische Einigung der EG von potentiellen Wählern der Regierungsparteien etwas wichtiger erachtet wurde als von anderen.

Die Unterschiede zwischen den potentiellen (vor der Wahl befragten) und den ‚erklärten‘ (nach der Wahl befragten) Parteiwählern sind ebenfalls bescheiden, aber doch etwas aussagekräftiger. Wähler der GRÜNEN haben im Vergleich zum Potential ihrer Partei vor der Wahl an europapolitischem Problembewußtsein zugelegt (von fünf auf acht, d. h. plus drei Index-Prozentpunkte). Die SPD-Wähler (minus zwei) und noch mehr die Wähler der Republikaner (minus vier) nehmen hingegen im Vergleich zu den potentiellen Europawählern ihrer Partei die genuin EG-politischen Probleme noch weniger wichtig.

Man wird aus alledem schließen müssen, daß die genuinen Fragen der Gemeinschaftspolitik kaum einen nennenswerten Einfluß auf das Europawahlverhalten der Deutschen genommen haben. Dies mag am deutlichsten für die Wähler von SPD und Republikanern gelten, deren Wahlentscheidung weder durch die Probleme des Binnenmarktes oder der Agrarüberschüsse, noch durch die Perspektiven einer Politischen Union oder einer EG-Erweiterung um die Türkei beeinflusst zu sein scheint.

Bedeutet dies, daß die Politik der Gemeinschaft insgesamt ohne Einfluß auf das Europawahlverhalten der Deutschen geblieben ist? Wahrscheinlich nicht. Es ist wohl eher so, daß sie für den durchschnittlich — d. h. nicht besonders — an Politik interessierten Bundesbürger nicht vollends überschaubar ist<sup>17</sup>). Dies ist jedoch nicht seine Schuld; es rührt vielmehr daher, daß die Entwicklung der

Europäischen Gemeinschaften in den zentralen nationalen politischen Auseinandersetzungen der vergangenen Jahre nicht thematisiert wurde — oder doch nicht hinreichend, nicht ihrem tatsächlichen Einfluß auf die sozioökonomische Entwicklung der Bundesrepublik entsprechend. Wenn dies so ist, darf es nicht verwundern, daß diese Themen und Probleme in der Öffentlichkeit kaum als dringend wahrgenommen werden.

Den Bundesbürgern ist vermutlich aus dem Verlauf der jüngeren (b)innenpolitischen Diskussion bewußt, daß die Binnenmarktentwicklung in der Bundesrepublik Arbeitsplätze kosten kann, und daß die Öffnung der Grenzen die Verbrechensbekämpfung erschweren und die unkontrollierte Zuwanderung von Ausländern ermöglichen wird. Etwas weiter zurück liegt die Diskussion um die Katalysatorpflicht, durch die auch für politisch nicht besonders Interessierte die Umwelt-Problematik mit der Politik der Gemeinschaft in Verbindung gebracht wurde. Der erste Aspekt wurde von den Gewerkschaften und, etwas verhaltener, auch von der SPD ins öffentliche (Problem-) Bewußtsein getragen, der zweite vom rechten Flügel der Union und insbesondere von den Republikanern, der dritte von den GRÜNEN und wiederum von der SPD.

Die aufgeführte Liste (Tabelle 5) enthält Formulierungen, die diese Problemfelder mit dem von einer breiteren Öffentlichkeit wahrgenommenem Gemeinschaftsbezug<sup>18</sup>) abdecken können. Sie rangieren in der Wichtigkeitseinschätzung der Bundesbürger deutlich höher als die genuinen Gemeinschaftsprobleme. Dies gilt insbesondere für die issues Arbeitslosigkeit und Umweltschutz, aber auch die Ausländerfrage (gefragt würde nach dem Aussiedlerstrom) steht zumindest für die Wähler der Republikaner ganz oben.

Diejenigen, die die genuinen Gemeinschaftsprobleme als besonders wichtig erachten, sind zumeist mehrheitlich der Ansicht, daß die Union diese am besten lösen kann. Eine Ausnahme macht hierbei die Frage der landwirtschaftlichen Überschüsse; diejenigen, die dieses Problem hervorheben, sehen es bei den GRÜNEN am besten aufgehoben. Daß diese herausragende europäische Kompetenzzuweisung nicht zu einem Wahlsieg der Union führte, ist auf die geringe Anzahl derjenigen zurückzuführen, die solchen Fragen Priorität einräumen (Tabelle 6).

<sup>17</sup>) Vgl. zum kognitiven Aspekt europäischer Orientierungen Oskar Niedermayer, Preconditions for Electoral Mobilization: A Longitudinal Analysis of Public Awareness, Knowledge, and Attitude Formation with Respect to the European Parliament, paper presented at the ECPR Joint Sessions of Workshops, Paris 1989; H. Schmitt (Anm. 8).

<sup>18</sup>) Mit der Ausnahme vielleicht der Rüstungsbegrenzung haben alle aufgenommenen issues einen Gemeinschaftsbezug in dem Sinne, daß die Regelungskompetenz der EG die nationalen Politik-Gestaltungsoptionen z. T. empfindlich begrenzt. Der Unterschied zu Arbeitslosigkeit, Ausländer und Umwelt ist lediglich, daß dies jeweils nicht so vermittelt ist und folglich kaum wahrgenommen wird.

**Tabelle 6: Die wahrgenommene Kompetenz der bundesrepublikanischen Parteien vor der Europawahl 1989 (Angaben sind Indexwerte<sup>a)</sup>)**

im gewogenen Mittel von . . . % derjenigen erachtet, die die Frage . . . für besonders wichtig halten	Als kompetenteste Partei wird/werden					
	CDU/CSU	SPD	GRÜNE	REP	FDP	keine
Arbeitslosigkeit	26	41	2	2	2	12
Rentensicherheit	35	39	2	2	2	13
Umweltschutz	16	30	36	1	2	8
Rüstungsbegrenzung	19	50	14	0	2	5
Preisstabilität	48	29	1	0	7	4
Aussiedlerstrom	26	30	2	24	2	7
Reform Gesundheitswesen	40	38	1	1	2	14
Steuerreform	37	47	1	0	5	3
pol. Einigung EG	50	22	8	0	7	0
Binnenmarkt 1992	61	30	0	—	6	3
landw. Überschüsse	13	11	56	1	1	14
EG-Beitritt Türkei	43	1	13	18	16	—

Quelle: Zweite Vorwahlumfrage der Europawahlstudie 1989 (Anm. 10).

<sup>a)</sup> Der gewichtete additive Index berechnet sich für jede issue/Partei-Kombination als  $x = (3p_1 + 2p_2 + p_3)/6$ , wobei  $x$  des resultierenden Indexwert bezeichnet,  $p_1$  den Prozentanteil der Befragten, die das issue als das wichtigste und die Partei als am besten zu seiner Lösung ansehen;  $p_2$  den Anteil, der ein issue als zweitwichtigstes und die Partei als am besten zu seiner Lösung geeignet bezeichnet, und  $p_3$  den Anteil, der ein issue als dritt wichtigstes und die Partei als am besten zu seiner Lösung geeignet bezeichnet. Die Indexwerte können als Zeilenprozente gelesen werden, fehlende Werte bzw. Antworten sind nicht ausgewiesen und fehlen zu 100.

In den vier zumeist als wichtig wahrgenommenen Problemfeldern (vgl. Tabelle 5) wird der SPD eine höhere issue-Kompetenz zugebilligt als der CDU/CSU, wobei diejenigen, für die der Umweltschutz Priorität hat, den GRÜNEN mehr zutrauen als der

SPD, und jener mehr als der Union. Die Republikaner kommen bei der Ausländerfrage auf einen beachtlichen Kompetenz-Index von 24 Prozentpunkten. Für die FDP lassen sich keine spezifischen Kompetenzschwerpunkte erkennen.

## V. Die europäischste Partei hat die Wahl verloren

Man würde im Rahmen einer nationalen Wahlstudie in Westeuropa — von Spanien und Belgien vielleicht einmal abgesehen — kaum auf die Idee verfallen, nach dem Engagement der politischen Parteien für das nationale Regierungssystem zu fragen. Die politische Gemeinschaft der Nation, auch die Legitimität des nationalen politischen Systems ist in aller Regel unter den relevanten politischen Kräften unbestritten<sup>19)</sup>.

Europawahlen sind jedoch insofern etwas anders. Zweifel, Skepsis und sogar Gegnerschaft angesichts oder gegenüber der EG ist in den (nationalen) Hauptarenen der Politik auch nach 30 Jahren des Bestehens der Gemeinschaft durchaus noch verbreitet. Die Parteien der Mitgliedsländer unterscheiden sich erheblich in der politischen Wert-

schätzung der EG<sup>20)</sup>. Auch die Wähler nehmen solche Unterschiede zwischen ihren nationalen Parteien wahr<sup>21)</sup>.

Diese Unterscheidung der Parteien nach ihrem Engagement für die Gemeinschaft nimmt in dem Maß Einfluß auf das Wahlverhalten, in dem die Wähler auch entgegen ihren allgemeinen Präferenzen für eine Partei votieren, die ihren eigenen EG-Orientierungen am meisten entspricht. (Insofern kann

<sup>19)</sup> Es gibt Anzeichen dafür, daß sich solche Unterschiede z. T. über die Regierungsbeteiligung politischer Parteien erklären lassen: Oppositionsparteien und deren Anhänger tendieren zu EG-kritischeren Sichtweisen; vgl. Hermann Schmitt, *Opinion Leaders: Did they really become more critical about the EC?*, Mannheim, ZEUS-Bericht im Auftrag der Kommission der EG, 1988.

<sup>21)</sup> Vgl. Cees van der Eijk/Eric Oppenheim, *Parties' Attitudes Toward the European Community*, paper, ECPR Joint Sessions of Workshops, Paris 1989.

<sup>19)</sup> Vgl. hierzu konzeptuell und mit empirischen Nachweisen Bettina Westle, *Politische Legitimität*, Baden-Baden 1989.

von einer generalisierten issue-Kompetenz gesprochen werden.)

Um solche Unterschiede in der Wählerwahrnehmung der Parteien zu erfassen, wurde in der ersten Vorwahlumfrage der Europawahlstudie im Herbst 1988 die folgende Frage aufgenommen: „Wie stehen Ihrer Meinung nach die bundesdeutschen Parteien ganz allgemein zur Europäischen Gemeinschaft? Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Parteien, ob diese Ihrer Meinung nach die Europäi-

sche Gemeinschaft stark befürwortet, eher befürwortet, eher ablehnt oder stark ablehnt.“ Für die Bundesrepublik konnte in der zweiten Vorwahlumfrage eine offene Frage aufgenommen werden, die in die gleiche Richtung zielt. Es wurde gefragt: „Welche Partei setzt sich Ihrem Eindruck nach am meisten für Europa ein?“ Die Ergebnisse der beiden Instrumente unterscheiden sich nicht zuletzt aufgrund der Unterschiede im Frageformat (Tabelle 7).

**Tabelle 7: Die Wahrnehmung des EG-Engagements der bundesrepublikanischen Parteien (Angaben in Prozent)**

	CDU/CSU	SPD	GRÜNE	FDP	andere	keine
alle Befragte						
sehr europäisch*	45	31	10	32	n. e.	n. e.
setzt sich ein**	39	33	3	5	2	17
Befragte mit Europawahlabsicht für:						
CDU/CSU						
sehr europäisch	66	37	12	45	n. e.	n. e.
setzt sich ein	91	3	—	2	0	4
SPD						
sehr europäisch	39	41	13	33	n. e.	n. e.
setzt sich ein	13	67	3	4	1	13
GRÜNE						
sehr europäisch	44	28	22	40	n. e.	n. e.
setzt sich ein	12	44	20	8	—	15
REPUBLIKANER						
sehr europäisch	n. e.	n. e.	n. e.	n. e.	n. e.	n. e.
setzt sich ein	35	7	—	4	30	21
FDP						
sehr europäisch	49	25	5	41	n. e.	n. e.
setzt sich ein	29	13	—	48	—	5
weiß nicht/keine Angabe						
sehr europäisch	36	22	5	24	n. e.	n. e.
setzt sich ein	34	28	3	5	2	26

Quelle: erste (\*) und zweite (\*\*) Vorwahlumfrage der Europawahlstudie 1989 (Anm. 10); n. e. = nicht erhoben.

Zu beiden Untersuchungszeitpunkten und nach beiden Instrumenten ist es die Union, die jeweils von einer relativen Mehrheit der wahlberechtigten Bundesbürger als „sehr für die EG“ beurteilt bzw. als die sich „am meisten für die EG einsetzende“ Partei eingeschätzt wird.

Die in die erste Vorwahlumfrage vom Herbst 1988 aufgenommene aufwendigere Frageversion hat den Vorteil, daß der Befragte sich bei seiner Bewertung der EG-Politik der nationalen Parteien nicht auf eine Partei — und das impliziert für viele: auf die

vom Befragten in nationalen Wahlen bevorzugte Partei — festlegen muß. Mehrere Parteien können als „sehr für die Gemeinschaft“ oder eben nur als „dafür“ etc. gekennzeichnet werden, das resultierende Bild ist trennschärfer. Hiernach ist fast jeder zweite Bundesbürger der Ansicht, die CDU/CSU sei „sehr für die EG“; nur knapp jeder dritte sagt dies von SPD und FDP, und gerade einer von zehn von den GRÜNEN.

Die Differenzierung nach der Europawahlabsicht (so unpräzise, wie diese im vergangenen Herbst



bestimmt werden konnte) ergibt darüber hinaus, daß die Union in allen Parteielektoraten<sup>22)</sup> als die europäischste Partei – oder doch in dieser Frage gleichauf mit der eigenen Partei, wie im Falle der SPD – wahrgenommen wird. Auch unter denen, die sich zu diesem Zeitpunkt noch für keine Partei entschieden hatten oder sich hierzu nicht äußerten, liegt die CDU vorn.

Die in der zweiten Vorwahlumfrage im Frühjahr 1989 in der Bundesrepublik gestellte offene Frage hat dagegen den Vorteil, daß die von der eigenen Parteipräferenz abweichende Nennung einer „sich am meisten für Europa einsetzenden“ Partei unter Umständen als Anlaß zur Revision der Wahlabsicht interpretiert werden kann. Anlaß zu solchen Revisionen gab es in den Reihen der prospektiven Unions-Wähler kaum, neun von zehn derselben waren der Ansicht, ihre Partei setze sich am meisten für Europa ein.

Bei den anderen Parteien hätte es diese Anlässe vermehrt geben können. Nur jeder fünfte Wähler der GRÜNEN sah seine Partei als diejenige, die sich am meisten für Europa engagierte (44 Prozent

nannten die SPD); etwa jeder dritte Wähler der Republikaner sah seine Partei in dieser Rolle (ebensoviele nannten die Union); nur jeder zweite FDP-Wähler sah seine Partei als die europäischste (ein knappes Drittel nannte ebenfalls die Union); schließlich sahen zwei von drei SPD-Wählern ihre Partei als diejenige, die sich am meisten für Europa einsetzt (und immerhin jeder zehnte sah die CDU/CSU in dieser Rolle). Die Union hätte wahrlich viel hinzu gewinnen können, wäre die individuelle Wahlentscheidung in nennenswertem Ausmaß vom EG-Engagement der Parteien beeinflußt gewesen.

Die Ergebnisse unserer Nachwahl-Analyse haben gezeigt, daß dem nicht so war. Man könnte dies mit dem Hinweis auf die äußerst bescheidene Relevanz von genuinen Gemeinschaftsproblemen abtun. Andererseits aber ist bekannt, daß die EG-Zustimmung der Bundesbürger rückläufig ist. Vielleicht ist der europäische Faktor im deutschen Wahlverhalten nicht das EG-Engagement, sondern die EG-Kritik der Parteien? Diese Frage wird abschließend untersucht, wobei ein besonderes Augenmerk auf die Wähler der Republikaner gerichtet wird.

## VI. Der Erfolg der Republikaner: Nationaler Protest oder Votum gegen die EG?

Das Europawahlergebnis in der Bundesrepublik war u. a. gekennzeichnet durch einen moderaten Anstieg der Wahlbeteiligung. In den ersten Wahlanalysen zeigte sich bereits, daß dieser Anstieg dieselbe Ursache hat wie der Wahlerfolg der Republikaner<sup>23)</sup>. Vor diesem Hintergrund liegt die Vermutung nahe, daß der Anstieg in der deutschen Wahlbeteiligung alles andere als einen Legitimitätszuwachs der Gemeinschaft anzeigt, sondern eher mit der – erstmalig von vielen als aussichtsreich wahrgenommenen – Kandidatur einer dezidiert EG-kritischen Partei zu tun hat<sup>24)</sup>. Haben die Republikaner bei der Europawahl europäischen oder nationalen Protest gebündelt?

Die Wähler der Republikaner sind überdurchschnittlich politisch interessiert, nur die FDP-Wähler zeigen höhere Werte. Ihr Interesse an EG-Politik hält sich dagegen in engen Grenzen (wie im übrigen auch das der SPD-Wähler); nur die Nichtwähler zeigen noch größeres Desinteresse (Ta-

belle 8). Dies würde zunächst dafür sprechen, daß auch die republikanischen Stimmen primär aus (b)innenpolitischen Erwägungen vergeben wurden.

Die Republikaner sind unzufrieden mit der Bilanz der Bonner Regierung, unzufriedener als Nichtwähler, unzufriedener auch als Sozialdemokraten und GRÜNE. Gerade jeder fünfte Wähler der Republikaner ist einverstanden mit der Regierung Kohl. Dies unterstreicht den Protestwahlcharakter republikanischen Wahlverhaltens. Aber es ist mehr als das, die Unzufriedenheit der Republikaner reicht tiefer. Jeder zweite Wähler der Republikaner äußert Unzufriedenheit darüber, wie die Demokratie in unserem Land funktioniert. Die Legitimitätsakzeptanz der Wähler aller anderen Parteien, auch das der Nichtwähler, ist deutlich höher.

Der Protest der republikanischen Wähler schließt die Politik der Europäischen Gemeinschaft mit ein. Zwei von drei Wählern der Republikaner vertreten die Ansicht, die Bundesrepublik habe keine Vorteile aus der EG-Mitgliedschaft gezogen. Unter den Wählern der anderen Parteien, auch unter den Nichtwählern, findet sich diese Meinung sehr viel

<sup>22)</sup> Republikanische Wahlabsicht war im Herbst 1988 noch keine eigene Antwortkategorie.

<sup>23)</sup> Vgl. Infas-Report, Europawahl 1989, Bonn 1989; Forschungsgruppe Wahlen (Anm. 13).

<sup>24)</sup> Vgl. H. Schmitt (Anm. 8).

**Tabelle 8: Politikinteresse, Regierungs- und Demokratiezufriedenheit sowie EG-europäische Orientierungen der Parteielektorate und der Nichtwähler bei der Europawahl 1989 (Angaben in Prozent)**

	erklärte Wähler von					
	CDU/CSU	SPD	GRÜNE	REP	FDP	Nichtwähler
<b>Politikinteresse<sup>a)</sup></b>						
sehr	20	20	14	31	43	10
etwas	77	73	86	64	55	74
überhaupt nicht	3	6	0	5	—	15
weiß nicht	0	1	0	—	1	1
<b>Interesse an EG-Politik<sup>a)</sup></b>						
sehr	13	9	17	8	23	3
etwas	80	82	76	82	74	72
überhaupt nicht	6	8	6	10	3	22
weiß nicht	0	1	0	1	—	3
<b>Regierungszufriedenheit</b>						
zufrieden	82	31	34	20	82	39
unzufrieden	12	59	65	73	11	48
weiß nicht	6	10	1	7	7	13
<b>Demokratiezufriedenheit<sup>b)</sup></b>						
zufrieden	92	76	73	44	100	73
unzufrieden	7	23	26	57	—	23
weiß nicht	2	1	0	—	—	5
<b>Für oder gegen westeuropäische Einigung?<sup>b)</sup></b>						
dafür	84	78	80	59	90	63
dagegen	11	15	17	36	6	18
weiß nicht	5	8	3	6	4	20
<b>EG-Mitgliedschaft der Bundesrepublik „gut“?</b>						
gute Sache	71	63	68	35	77	38
schlechte Sache	16	24	24	38	18	37
weder — noch	7	7	5	22	5	9
weiß nicht	6	6	3	6	—	15
<b>Hat die Bundesrepublik aus der EG-Mitgliedschaft profitiert?</b>						
BRD hat Vorteile	59	53	70	25	56	36
ist nicht der Fall	26	32	22	64	29	36
weiß nicht	15	15	9	11	16	28
<b>Bedauern oder Erleichterung, wenn EG scheiterte?</b>						
Bedauern	58	53	57	29	54	21
gleichgültig	27	28	35	32	28	50
Erleichterung	6	6	5	27	5	6
weiß nicht	9	13	4	13	14	23

Quelle: Nachwahlumfrage der Europawahlstudie 1989 (Anm. 10) und Eurobarometer 31A.

a) etwas = „ziemlich“ und „nicht besonders“ zusammen genommen.

b) „sehr“ und „ziemlich“ jeweils zusammen genommen.

weniger häufig. Jeder dritte Wähler der Republikaner spricht sich gegen die europäische Einigung aus; jeder dritte ist auch der Ansicht, daß die EG-Mitgliedschaft der Bundesrepublik eine schlechte Sache sei; jeder vierte wäre erleichtert, wenn die EG aufgelöst würde. Unter den Wählern der anderen Parteien finden sich solche Stimmen in jeweils weit geringerer Anzahl.

An diesem Ausflug in die Bestimmungsgründe republikanischen Europawahlverhaltens wird deutlich, daß in der Bundesrepublik — einem Land, das angesichts der vielfältigen und vielgestaltigen Folgen der jüngeren Geschichte wie kein anderes in die Europäische Gemeinschaft eingefügt ist — die für das Wahlverhalten relevante Kritik an der EG und (b)innenpolitischer Protest Hand in Hand gehen.

## **Jürgen W. Falter/Siegfried Schumann: Methodische Probleme von Wahlforschung und Wahlprognose**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 43/89, S. 3–14

Angelehnt am Ablauf eines Wahlabends und den darauffolgenden Wahlanalysen wird die generelle Vorgehensweise bei Wahlprognosen, Hochrechnungen, Wählerstrom- und Sozialstrukturanalysen sowie bei politischen Meinungsumfragen kurz vorgestellt; dabei wird besonderes Gewicht auf die jeweiligen methodischen Probleme der einzelnen Verfahren gelegt. Insbesondere werden die Probleme der Stichprobenziehung, von „Falschauskünften“ und von „ökologischen Fehlschlüssen“ innerhalb der jeweiligen Verfahren erörtert. Ziel des Artikels ist es, dem Leser Informationen zur Einschätzung der Möglichkeiten und Grenzen der Wahlforschung auf diesen verschiedenen Gebieten zur Verfügung zu stellen; ferner wird erläutert, was sich hinter komplexen Verfahren wie etwa den Wählerstromanalysen (welche am Wahlabend von der ARD berichtet werden) verbirgt.

## **Hans-Jürgen Hoffmann/Ursula Feist: Die Europawahl 1989 — eine klassische Nebenwahl? Ergebnisse und Analysen der dritten Direktwahl des Europäischen Parlaments**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 43/89, S. 15–24

So kurz die Wahlgeschichte zu den europäischen Direktwahlen ist, so verfestigt sind bereits einige Deutungsmuster für das Wahlgeschehen auf supranationaler Ebene. Dazu gehört die These von der low-interest-Wahl; die Definition als Nebenwahl mit dem typischen Oppositionseffekt; die Beschreibung als Experimentierfeld für neue politische Orientierungen und Verhaltensweisen, die Newcomern im Parteienspektrum eine Chance zum Durchbruch eröffnen.

Die genaue Analyse der Wahlergebnisse 1989 im europäischen Kontext bestätigt nicht alle Thesen. Verständlicherweise, denn es gibt europaweit keine einheitliche politische Kultur, ja nicht einmal innerhalb der einzelnen Mitgliedsländer. Entsprechend bunt war das Kaleidoskop der Bewegungen.

Was sich 1989 allerdings erwiesen hat: Die Wahlen standen überall unter nationalem Vorzeichen, es gab kein europäisch motiviertes Votum. Das Interesse an Europa war dort unterdurchschnittlich, wo nicht zeitgleich durchgeführte nationale Wahlen die Wähler zusätzlich motivierten. Als Nebenwahl mit besonderem Oppositionseffekt gestaltete sich der europäische Wahlgang nur in einigen Mitgliedsstaaten. Die Neigung zu politischen Experimenten mit kleineren radikalen Parteien blieb ebenfalls auf wenige EG-Länder beschränkt.

Bei genauer Betrachtung gab es — sieht man von dem fast durchgängigen Vormarsch der Ökologen ab — daher europaweit keinen eindeutigen Trend, weder zu den großen traditionellen Parteienblöcken der Konservativen oder Sozialisten, noch zu den Kleinen am rechten Rand. Wohl aber ausgeprägte Tendenzen dieser Art in einzelnen Mitgliedsstaaten.

## **Peter Gluchowski / Wolfgang Staudt / Ulrich v. Wilamowitz-Moellendorff: Die dritten Direktwahlen zum Europäischen Parlament in der Bundesrepublik Deutschland**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 43/89, S. 25–38.

Das Europawahlergebnis wird vor dem Hintergrund bundes- und europapolitischer Stimmungstrends in der Wählerschaft dargestellt und auf seine regionalen Strukturen hin untersucht. Diese Wahl fand für die CDU/CSU zu einem wesentlich ungünstigeren Zeitpunkt statt als die vorausgegangene. Die Union hatte diesmal ein ausgeprägtes Popularitätstief, das in der Mitte einer Legislaturperiode typisch für nationale Regierungsparteien ist. Aber auch die früher eher idealistischen, europabezogenen Einstellungen der Wählerschaft waren einer nüchterneren Sicht der EG gewichen. Bei grundsätzlich positiver Haltung zum europäischen Integrationsprozeß mehrten sich noch kurz vor der Wahl die kritischen Stimmen über den Nutzen der EG-Mitgliedschaft sowie die Wünsche nach Wahrung der deutschen Belange und Durchsetzung der deutschen Interessen.

Vor diesem Hintergrund gelang es den Unionsparteien nicht, ihre nach wie vor hohen europapolitischen Kompetenzen in Stimmen umzusetzen. Der nationale und europapolitische Protest kam vielmehr den rechten Parteien zugute, die erstmals für EG-kritische Wähler eine Alternative boten. Insbesondere der Wahlerfolg der Republikaner ist größtenteils auf eine starke Mobilisierung solcher Wähler zurückzuführen, die sich 1984 vor allem in Bayern und Baden-Württemberg ihrer Stimme enthielten. Das Wahlergebnis deutet so erneut auf den typischen Nebenwahlcharakter von Europawahlen hin: Da ihre Bedeutung relativ gering eingeschätzt wird, ist die Neigung der Wähler zur Protestartikulation groß. Gerade deshalb darf das Wahlergebnis weder als ein bundespolitischer Test für die Republikaner noch als ein Hinweis auf zukünftige Parteienkonstellationen im Bundestag verstanden werden.

## **Hermann Schmitt: Was war europäisch am Europawahlverhalten der Deutschen? Eine Analyse der Europawahl 1989 in der Bundesrepublik Deutschland**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 43/89, S. 39–51

Die nationalen Elemente bei der Europawahl sind offensichtlich. Ganz nach dem Konzept der Nebenwahlen hat die führende nationale Regierungspartei CDU/CSU bei dieser Wahl empfindliche Verluste hinnehmen müssen. Und dies nicht etwa aufgrund von EG-politischen Defiziten: Die CDU/CSU wird allgemein als die europäischste Partei angesehen; wenn das Wahlverhalten der Bundesbürger nach dem europäischen Engagement und der europäischen Kompetenz der Parteien gegangen wäre, hätten Christdemokraten und Christlich-Soziale aus dieser Wahl gestärkt hervorgehen müssen.

Dies war nicht so. Offensichtlich haben nationale politische Erwägungen der Wähler die Union den Europawahlsieg gekostet. In den zentralen politischen Fragen, die in der öffentlichen Wahrnehmung bestenfalls zum Teil einen nur indirekten Bezug zur Politik der Gemeinschaft haben, traute der Wähler der SPD mehr zu als der CDU/CSU. Das bundesrepublikanische Europawahlverhalten — wie das Wahlverhalten in Nebenwahlen ganz allgemein — wurde auch über Fragen entschieden, um die es „eigentlich“ gar nicht ging, die „eigentlich“ gar nicht zur Abstimmung standen.

Gerade vor dem Hintergrund der angewachsenen EG-Skepsis der Bundesdeutschen ist allerdings die gestiegene Wahlbeteiligung als ein europäisches Signal zu werten. Zum ersten Mal hat mit den Republikanern eine für hinreichend viele Wähler aussichtsreiche Partei einen dezidiert EG-kritischen Wahlkampf geführt und viele vormalige Nichtwähler zur Urne gebracht. Dies hat nicht nur europapolitische Hintergründe. Gleichwohl wird man davon ausgehen können, daß republikanisches Wahlverhalten das am stärksten auf Europa bezogene von allen war.

### Berichtigung

Durch ein technisches Versehen sind in einem Teil der Auflage unserer Ausgabe B 41-42/89 vom 6. Oktober 1989 in dem Beitrag „Die neue Rechte: Die Männerparteien“ von Joachim Hofmann-Göttig zwei Abbildungen (Abb. 2 und 5) vertauscht worden. Wir geben die Abbildungen nachfolgend in der korrekten Form wieder und bitten, diesen Fehler zu entschuldigen.

Abbildung 2: Parteipräferenz bei der Europawahl 1989 nach Altersgruppen (in Prozent)

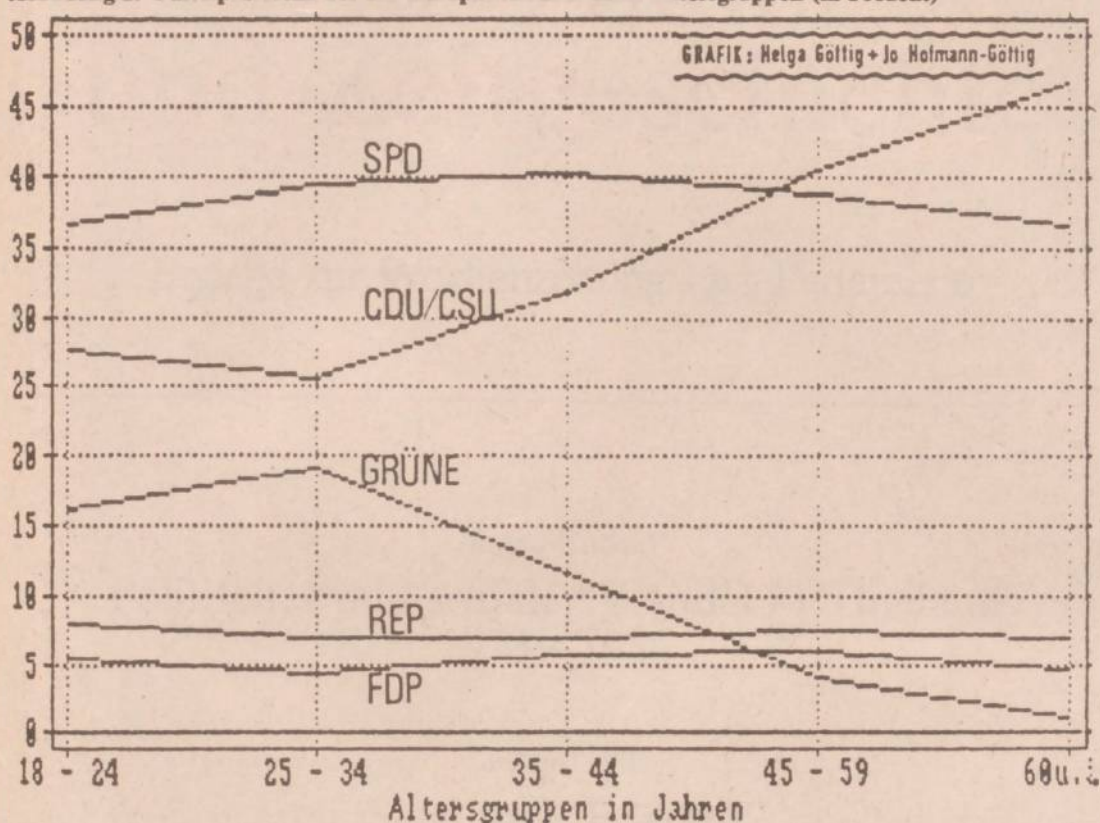


Abbildung 5: Stimmabgabe für die Republikaner bei der Europawahl 1989 nach Alter und Geschlecht (in Prozent)

